

Kulturhaus Pusdorf (Hrsg.)

Lankenau

Das verschwundene Dorf



Donat  Verlag

Kulturhaus Pusdorf (Hrsg.)

Lankenau

Das verschwundene Dorf

Mit einem Vorwort von Hans Koschnick

Donat  Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-934836-59-3

© 2003 by Donat Verlag
Borgfelder Heerstraße 29 · D-28357 Bremen
Tel.: 0421-274886 · Fax: 0421-275106
E-mail: donat-verlag@nexgo.de
Alle Rechte vorbehalten
Layout und Umschlaggestaltung:
hofAtelier Toni Horndasch, Bremen
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda

Inhalt

Vorwort	7
Zu diesem Buch	8
„Langena, Lanckenow und Lankenou“ Zur frühen Besiedlung des Dorfes	11
„rove, brande und dotslage“ im Vieland Über die Gefahren vor den Toren der Stadt zu siedeln	17
„confusion und turbation“ Dorffrieden und Gerichtsbarkeit	20
Kein Land ohne Deich Wie man sich vor Überschwemmungen schützte	24
Von Martin Peltier zu Ludwig Franzius Warum die Weser korrigiert werden musste	29
„Der Gemeindeausschuss hat beschlossen“ Sozialstruktur und Politik im Dorf	37
Wohnen in Lankenau	
Arbeiterhäuser	43
Bauernhöfe	44
Gutshäuser	46
„Das Baden in der Weser ist verboten“ Die Entdeckung des Strandes und der dörflichen Idylle	48
Das „Familien Licht-Luft-Bad Lankenau“	52
„Es waren schreckliche Zeiten...“ Bombennächte und Zwangsarbeit	57
„Endlich Frieden“ Notunterkünfte und Kinderkurstätte im Familienbad Lankenau	61

Alltagsfreuden-Alltagsorgen	66
Schule und Ferien, Arbeit und Freizeit	
„Im Fährhaus an der Weser, das es heute nicht mehr gibt“	72
Freizeit bei „Mudder Wähmann“	
„Lange Weißbrote nach französischer Art“	77
Der Campingplatz in Lankenu	
Die „goldenen“ Jahre	80
„Sentimentalitäten sind da nicht am Platze“	82
Grunderwerb und Enteignungen für die Hafenerweiterung auf dem linken Weserufer	
Hafenerweiterung – Grunderwerb – Enteignung: Was schrieb die Presse?	92
Gehen müssen – Über den Verlust von Freiheit	98
Hafenarbeit im Wandel	104
Der Bau des Neustädter Hafens	112
Wirtschaftsnotwendigkeiten contra Landschaftsschönheit	119
Dank	126
Personenregister	127
Bildnachweis	128

Vorwort

Die offizielle Geschichtsschreibung hat inzwischen verinnerlicht, dass die Lebenswirklichkeit der Menschen nicht allein von den großen Entwürfen oder Katastrophen der Politik bestimmt wird, sondern dass viel Prägenderes häufig aus der unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft in unseren Städten und Gemeinden erwächst. Insoweit ist auch der vorliegende Band, der das wirkliche Leben über Jahrhunderte in Lankenau reflektiert, ein weiterer Baustein für die wirkliche Erforschung der auf die Menschen unmittelbar einwirkenden realen Gegebenheiten.

Lankenau, ein kleines Dorf oder ein kleiner Ortsteil der großen Stadt Bremen, hat seine eigenen spezifischen Entwicklungen, war also keineswegs ein Abklatsch allgemeiner bremischer Situation. Es war nicht die Wohnstätte der Patrizier und Großeigentümer, wohl aber eine lebendige Gemeinschaft von Frauen und Männern, von Heranwachsenden und Älteren, die der Gemeinschaft ihr unverwechselbares Gesicht gab – und die natürlich von den wirtschaftlichen Entwicklungen in der alten Hansestadt mit abhingen. Etwas, was viele 1930 nach dem wirtschaftlichen Niedergang Bremens durch den betrügerischen Kollaps des Nordwolle-Konzerns mit den anschließenden Bankenpleiten unmittelbar zu spüren bekamen.

Und doch, die Menschen in Lankenau gaben sich nie auf! Wer sollte das nicht besser wissen, als ein ehemaliger Gröpelinger, der Lankenau als Erholungsstätte am Fluss gut kannte, aber stets sorgsam darauf bedacht sein musste, nicht den heranwachsenden jungen Männern in die Quere zu kommen, denn wenn es um die jungen Damen aus Lankenau ging, waren die Lankenauer sehr eigen. Ich freue mich jedenfalls über das vorliegende Werk und danke den daran Beteiligten für ihr Engagement.

Bremen, im November 2002

Hans Koschnick

Zu diesem Buch

Lankenau ist nicht nur ein verschwundenes Dorf, es ist auch ein fast vergessenes Dorf. Kaum jemand aus der jüngeren Generation erinnert sich noch daran. Allein „Lankenauer Höft“, eine Gaststätte genau an jenem Ort, wo „Mudder Wähmann“ im Fährhaus viele Jahrzehnte lang ihre Gäste bewirtete, ist ein Begriff. Die mehr als 800 Jahre dauernde Geschichte von Lankenau war bislang in keinem Buch beschrieben, obwohl es zu allen anderen Bremer Stadtteilen Veröffentlichungen gibt, und so fanden wir es an der Zeit, diese Lücke zu schließen.

Von den AutorInnen kannte keine(r) Lankenau aus eigener Anschauung. Während der Arbeit zu diesem Buch ist es für uns lebendig geworden. In einem virtuellen Spaziergang können wir das Dorf heute durchwandern, von Noltenius Wäldchen, vorbei an



Noltenius Wäldchen am Ortseingang von Lankenau, um 1950

kleinen Arbeiterhäusern und imposanten Bauernhöfen, die von Reichtum zeugen, bis zum gut besuchten Familienbad und dem benachbarten Fährhaus. Von dort blicken wir hinüber auf den riesigen Helgen der „AG Weser“; der ohrenbetäubende Lärm der Schiffsbauer wäre nach heutigen Lärmschutzbestimmungen gesundheitsschädlich. Die Lankenauer ließ das Dröhnen ruhig schlafen, bedeutete es doch für die Mehrzahl der Dorfbewohner sichere Arbeitsplätze. Der Schiffsverkehr auf der Weser offenbart Bremens Bedeutung als Handelsstadt. Auf der Binnenseite des Deiches erstrecken

sich Felder und Wiesen bis zum Horizont, es ist eine ländliche Idylle nur wenige Kilometer vor den Toren der Stadt.

Diese inneren Bilder verdanken wir den Erzählungen der Zeitzeugen, den ehemaligen Lankenauern und den Bremern, für die Lankenau ein Ort der Badefreuden und des Freizeitvergnügens gewesen ist. Alle verloren durch den Ausbau des Neustädter Hafens ein Stück Heimat, und voller Wehmut erinnern sie sich an die „gute alte Zeit“. Nur wenige Jahre nachdem der Hafen an der linken Weserseite seinen Betrieb aufgenommen hatte, veränderten sich die Anforderungen, und die Entwicklung in der Containerschifffahrt verlagerte die Umschlagstätigkeit mehr und mehr nach Bremerhaven. Heute hat der Neustädter Hafen die ihm in den 1960er Jahren zugedachte Aufgabe wieder übernommen, seit kurzem steigen die Zahlen im Stückgutumschlag. Mit den Häfen links der Weser hat das gesamte Niedervieland sein Gesicht verändert. Es wurde Gewerbegebiet,



Am Weserstrand bei Hasenbüren, 1930er Jahre

heute entsteht dort das größte Hochregallager Europas, ein weithin sichtbares Symbol der modernen Konsumgesellschaft.

Auf die Frage, ob die damalige Entscheidung richtig war, gibt es verschiedene Antworten. In den sechziger Jahren, einer Zeit des Wirtschaftsaufschwungs und der festen Überzeugung von Bremens Bedeutung als Hafenstadt, schien die Erweiterung der Kapazitäten die einzig mögliche Lösung. Niemand konnte die Entwicklung voraussehen, aber die damals getroffenen Entscheidungen sind unumkehrbar. Heute wäre eine Enteignung im „Hau-ruck-Verfahren“ nicht mehr möglich – und das ist gut so.

Die Forschungen fanden vor allem im Staatsarchiv Bremen statt, die Quellen sind jeweils am Ende des Kapitels nachgewiesen; kombiniert mit den im Text angegebenen Daten sind sie leicht auffindbar. Nicht alles konnte hier Platz finden, es hätte den Rahmen gesprengt. Wer „sein Lankenu“ nicht in allen Facetten wiederfindet oder mehr wissen möchte, möge nicht enttäuscht sein. Wir haben „Lankenu“ neu entdeckt, und gar manches gefunden, dass wir nicht missen möchten. Es hat uns Freude gemacht, und so sind wir für jeden Hinweis dankbar, der unser Bild vervollständigt.



Karte des Gebietes der Freien Hansestadt Bremen nach C.A. Heineken, 1806

„Langena, Lanckenow und Lankenou“

Zur frühen Besiedlung des Dorfes

Am 28. November 1960 ging eine über 800 Jahre lange Dorfgeschichte zu Ende. Beim Baubeginn zum Neustädter Hafen bedankte sich Hafensenator Georg Borttscheller bei den Lankenauern für „die Einsicht und das Verständnis“, das sie dem Vorhaben entgegenbrächten. Es darf bezweifelt werden, dass er damit die Stimmung der Angesprochenen korrekt wiedergab. Einige der anwesenden Bauern blickten auf eine nachweislich mehr als dreihundert Jahre alte Lankenauer Familiengeschichte zurück. Kaum einer verließ seinen Hof freiwillig, die notwendig gewordenen Enteignungsverfahren sprechen eine deutliche Sprache.

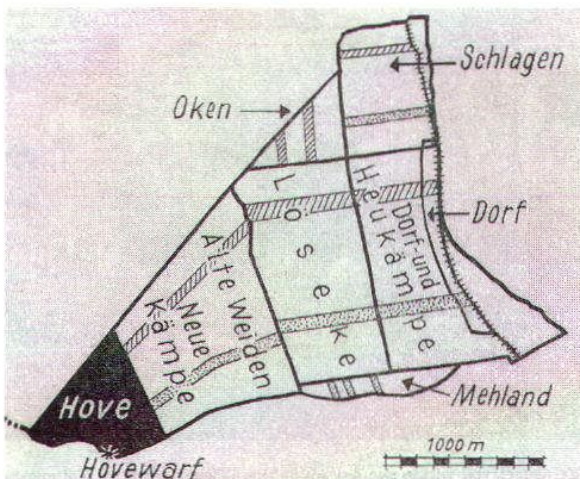
Bereits im 12. Jahrhundert finden wir einen ersten Hinweis auf eine Besiedlung. Schriftliche Quellen aus dem Mittelalter sind spärlich und beschäftigen sich vor allem mit Besitzverhältnissen. Ob es sich um den Verkauf, den Tausch oder die Schenkung eines Landes handelt, meist wird der Vorgang zur Freude der Historiker aktenkundig. So auch im März 1139, als der Erzbischof Adalbert Besitzungen des Klosters St. Pauli unter den Schutz der Kirche nahm. Neben Schipthorpe und Geestendorf, zwei Dörfern im Vieland



Hafensenator Borttscheller bei der Einweihung des Hafenbeckens II am 5. Februar 1964

an der unteren Weser, ist „Langena“ genannt. Die Bezeichnung findet sich in späteren Urkunden nicht wieder, doch der Zusammenhang lässt vermuten, dass es sich um unser Dorf handelt. 1250 können wir sicher sein, dass „Lankenov“ besiedelt war, denn gemeinsam mit Sehusen, Ratterighusen, Woltmereshusen und anderen links des Flusses gelegenen Ortschaften wurde es mit 2 solidos zum Unterhalt der großen Weserbrücke herangezogen.

Nach Bernhard Rutenberg, dem Rablinghauser Lehrer und Heimatforscher, bedeutete „Lankenaue“ im damaligen Sprachgebrauch „Seitengewässer“. Ursprünglich machte die Weser bei Rablinghausen einen Bogen in Richtung Gröpelingen. Wo später Lankenau entstand, befand sich ein Seitenarm des Flusses, eine lange Aue. Die geologischen Gegebenheiten an diesem Uferabschnitt stützen Rutenbergs Annahme. Bis zur Korrektur der Weser lief der Deich bei Lankenau stellenweise unmittelbar am Wasser entlang, das Außendeichsland fiel wesentlich schmäler aus als an den übrigen Strecken des Weserlaufs, weil hier keine Schlickstoffe angeschwemmt worden waren.



Die Lankenauer Feldmark nach einer Zeichnung von Bernhard Rutenberg

Die Nachbardörfer Rablinghausen und Woltmershausen kamen auf andere Weise zu ihrem Namen: Ratteringhusen oder Ratbringhusen geht auf die Siedlung eines Ratber o.ä. zurück, Woltmershausen ist vermutlich der Ort, an dem sich ein fränkischer Woltimer niederließ. Das gesamte Vieland war für eine Besiedlung denkbar schlecht geeignet. Lankenau lag nur 2,25 m über Normalnull, umgerechnet auf Bremer Null betrug dies gerade mal 0,03 m. Die niederdeutsche Bezeichnung „vie“ = sumpfig weist auf die Bodenbeschaffenheit hin, und um die „Bruchländereien“ landwirtschaftlich zu nutzen, mussten sie durch das

Ziehen von wasserableitenden Gräben trockengelegt werden. Die Spezialisten für diese Arbeit kamen ursprünglich von auswärts und siedelten im später nach ihnen genannten „Hollerland“. Die sechs aus Utrecht stammenden Männer erhielten vom Erzbischof die Erlaubnis, „in den unbebauten und den Einheimischen zu gar nichts nützenden Brockländereien“ zu siedeln und brachten somit ihr „Kolonisations-Know-how“ nach Bremen. Ab 1201 wurden auch Gebiete links der Weser auf die erprobte und bewährte Art nach Holländerrecht urbar gemacht. Die Landvergabe nach diesem Recht machte die Bauern zu Eigentümern mit freiem Besitz- und Verfügungsrecht, was nicht bedeutet, dass sie keine Abgaben zu leisten hatten. Dem Erzbischof als dem Landesherrn stand der „Zehnte“ zu, doch die Belastung blieb den mühsam erwirtschafteten Erträgen angemessen.

Die Annahme, dass die Besiedlung des Dorfes Lankenau im 12. Jahrhundert begann, belegen auch die Katasterkarten aus späterer Zeit. Das Land der Bauern war auf eine



Das Dorf Lankensau und Teile der Feldmark gegenüber der „AG Weser“

typische Art und Weise gegliedert: Die Flurstücke liefen in langen, durchgehenden Streifen vom Deich bis zum Ende der Feldmark. Das dazugehörige Reihendorf auf dem Deich lag auf höherem Niveau als die Ländereien. Vor dem 12. Jahrhundert entstandene Dörfer wie Mittelsbüren am anderen Weserufer zeigten eine andere Landverteilung: Die zu dem „Haufendorf“ gehörende Feldmark bestand aus Teilstücken mit unterschiedlicher Strichrichtung, sogenannten „Gewannfluren“.

Im 13. Jahrhundert wird Lankensau in unterschiedlichen Schreibweisen mehrmals erwähnt. Das Kloster in Lilienthal, das Ansgariikapitel und das des Domes besaßen Ländereien im Dorf. Elisabeth von Oldenburg schenkte der mächtigen Stadtkirche in Bremen „*terram unam in Lanckenowe*“; allerdings erwartete sie eine Gegenleistung für ihre Gabe. Sie erbat sich einen Begräbnisplatz in der heiligen Erde des Domfriedhofs, auch sollten an ihrem Gedächtnistage Spenden an die Vikare und die Armen der Kirche verteilt werden. Ganz im Sinne mittelalterlicher Glaubensüberzeugung erhoffte sie sich durch ihre Schenkung einen Vorteil für ihr Leben nach dem Tod und kaufte sich ein Stück Himmelreich.

Im darauffolgenden Jahrhundert formierte sich in der Stadt Bremen der „Volmechtige Radt“, das Bürgertum gewann an Einfluss. Die politische Entwicklung blieb nicht ohne Folgen für Lankensau. Neben der Kirche und einigen Adligen kauften oder verkauften jetzt auch reiche Bürger Ländereien in den stadtnahen Gebieten. Die erste Erwähnung eines stadtbremischen Bürgermeisters steht im Zusammenhang mit Lan-

Pro Anno 1789. hat die Rofe
 im Meierzins mit dem 22. +
 individuell war. nunm. Hofkamm.
 mit Weynen und 4 Kphorin zu-
 einft, welches finkend byfünige
 von Meinerfchagen.

Bestätigung über die Ableistung des Meierzinses
 im Jahr 1789

Lankenaue

Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle
Stromer Klaus - B	ij	Dalle

Namen von zwölf der insgesamt fünfzehn abgabe-
 pflichtigen Lankenauer Bauern aus dem Jahr 1581

kenau: „Noster proconsul“ Richard von der Motsele veräußerte am 22. Februar 1349 seinen Besitz in Lankenau an das St. Jürgen-Gasthaus, damals ein Hospiz für Arme und Kranke. Doch hatten die gesellschaftlichen Veränderungen in der Stadt Bremen auch direkte Auswirkungen auf die Bauern, die das Land in Lankenau bewirtschafteten?

Ja, denn offensichtlich gewann der Rat der Stadt über seine landbesitzenden Bürger Einfluss auf das Gebiet. Die Verfassungsstruktur änderte sich allmählich. Ein reicher Bremer Bürger, meist ein Ratsmitglied, erhielt das Amt des „Gohgräfen“ und damit die Gerichtsbarkeit in dem Bremischen Landgebiet. Zeitgleich, wenn auch nicht ursächlich damit verbunden, kam es zu einer Veränderung der bäuerlichen Besitzverhältnisse. Die meisten Höfe wurden nun nach dem „Meierzins“ verliehen und machten die Bauern zu Besitzern lediglich auf Lebenszeit. Die „Zeitleihe“ schloss die Weitergabe des Hofes an einen Erben aus; in der Realität allerdings übernahm doch meist ein Sohn des Meiers, das Einverständnis des Grundherrn vorausgesetzt, den Besitz. Erst 1720 beschloss der Rat die

Erblichkeit des Meierrechts. Die Verpflichtungen gegenüber dem Grund- oder Gutsherrn waren hoch. Hand- und Spanndienste gehörten ebenso dazu, wie der Meierzins und die „fette Gans“ oder die „jungen Hühner“, die zu Martini den Besitzer wechselten. Bei jeder neuen Bemeierung stand dem Grundherrn überdies der „Weinkauf“ (von wein = gewinnen), eine Art Grunderwerbsabgabe, zu. Der Besitzer auf Lebenszeit musste zudem „alle auf Haus und Grundstück ruhenden Lasten“ tragen, wozu auch der Unterhalt der Deiche und Wege gehörte. Für das Jahr 1581 werden für Lankenau 15 Bauern genannt, die den „16-Pfennig-Schatz“ zu zahlen hatten. Dabei handelt es sich um eine weitere Abgabe des „Meiers“ an den Grundherrn. Als man 1750 für die Erhebung der „Kontribution“, einer Grundsteuer, die Höfe zählte, bewirtschafteten 11 Bauleute oder Vollbauern und 5 Kleinbauern die Felder des Dorfes. Da es in den vergangenen 200 Jahren zu keinem nennenswerten Bevölkerungszuwachs gekommen sein dürfte, hatten 1581 wohl alle Lankenauer Bauern ihren Besitz nach dem „Meierrecht“ inne,

was mit großen Einschränkungen verbunden war. Fast jede Veränderung am Hof bedurfte der Erlaubnis des Grundherrn, ob es sich um den Bau einer neuen Scheune, dem Zuzug eines Häuslings oder die Umwidmung eines Ackerlandes in eine Wiese handelte. Auch auf der persönlichen Ebene war ein „Meier“ nicht frei, ohne Einverständnis durfte er weder heiraten noch das Land unter den Erben teilen. Überschwemmungen oder Missernten führten schnell dazu, dass der Bauer seinen Hof aufgeben musste. Dem Grundherrn war das recht, stand ihm doch bei jedem Besitzerwechsel der „Weinkauf“ zu.

Veronika Zill

Die zitierten und andere verwendete Urkunden finden sich unter den angegebenen Daten bzw. dem Stichwort „Lankenu“ im *Bremischen Urkundenbuch*, hrsg. von D.R. Ehmck und W. v. Bippen, 4 Bd., Bremen 1873. Die Verfassungsstruktur in den Bremer Landgebieten wurde von Hans Hermann Meyer in seiner Dissertation *Die vier Gohs – Zur Verfassungsgeschichte städtischer Territorien vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*, Hamburg 1977, erforscht. Wilhelm Seiler hat in *Seehausen im bremischen Nordvieland*, Bremen 1974, unter anderem das Meierrecht beschrieben.



Der Hof Petersen am Lankenuer Deich 71 um 1900



Hof Petersen 17 in den 1950er Jahren



Der Hof Vagt um 1960

„rove, brande und dotslage“ im Vieland

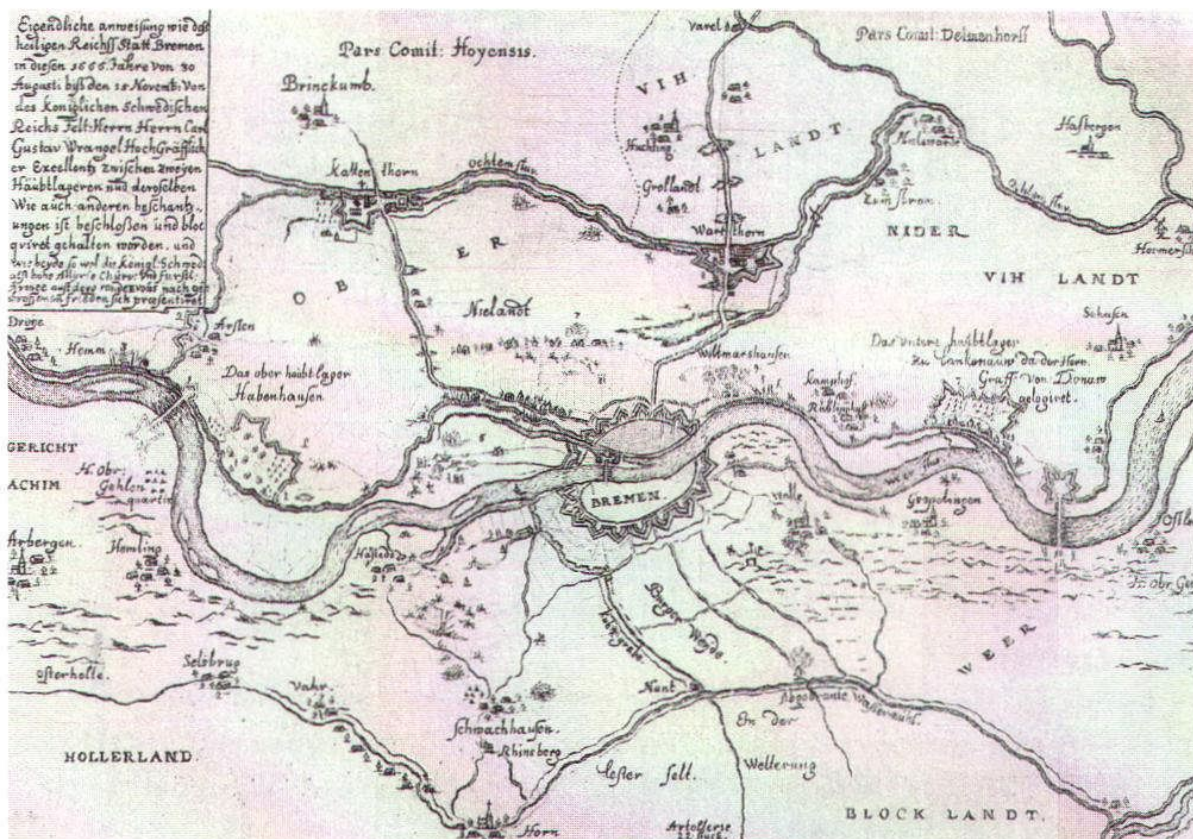
Über die Gefahren vor den Toren der Stadt zu siedeln

Ansichten der Stadt Bremen, wie wir sie im Focke-Museum oder der Dillich-Chronik finden, zeigen um 1600 die Sicherung der Altstadt durch Wälle und Mauern. Der Weserübergang war seit 1531 durch einen Turm, die sogenannte „Braut“, geschützt. Die Befestigung auf der linken Weserseite wurde nach Johann van Valckenborgs Plänen 1626 beendet, die noch wenig besiedelte Neustadt durch Bollwerke, Gräben und Wälle bewehrt. Die Landbewohner vor den Toren der Stadt brachten sich bei Kriegsgefahr hinter den Stadtmauern in Sicherheit, ihre Häuser und Felder mussten sie jedoch zurücklassen.

Im Jahre 1309, so der Bremer Chronist Renner, erlitten „dat capitel und rath to Bremen umb mennigerlei groten schaden“ durch Raub, Brandschatzung und Totschlag im Vieland. Auf Anraten des Gohgräfen erging daher der Beschluss, „ein grave to ewigen tiden“ um das gefährdete Gebiet zu ziehen.

Dass ein einfacher Graben nur unzureichenden Schutz gegen einfallende Feinde bietet, mussten die Lankenauer des öfteren erfahren. Im 16. Jahrhundert etwa geriet das Dorf zwischen die Fronten, die Folgen waren verheerend. Der bereits genannte Chronist überliefert für das Jahr 1547: „Den 8. Martii branden de fiende dat dorp Lanckenouwe af, wowol de armen luide gedinget hadden.“

Der Konflikt, der zur Brandschatzung des Dorfes führte, war religiöser und politischer Natur. Das protestantische Bremen gehörte seit 1531 zum Schmalkaldischen Bund. Kaiser Karl V., ein leidenschaftlicher Verfechter des Katholizismus und Herrscher über die Niederlande und Spanien hatte ein begehrlisches Auge auf das Gebiet der Wesermündung geworfen. Er sandte seine Truppen gen Norden, und im Februar 1547 lag ein sechstausend Mann starkes Heer vor den Toren der Stadt Bremen und forderte die Kapitulation. Die Weigerung des Rates, mit „den mutwilligen Mordbrennern und Bösewichtern“ zu verhandeln, veranlasste diese, ihrem Ruf Ehre zu machen, indem sie die Siedlungen vor der Stadt plünderten und zerstörten. Am 6. März 1547 – die kaiserlichen Soldaten lagerten mittlerweile bei Gröpelingen – begannen sie eine Brücke nach Lankenau über die Weser zu schlagen. Ein freier „Ein- und Ausgang“ ins Vieland war ihr Ziel, gleichzeitig wollten sie die Schifffahrt auf der Weser verhindern. Das Unternehmen misslang. Von Lankenau aus vereitelten Bremer Bürger und Landsknechte den Brückenbau. Daraufhin brandschatzten die kaiserlichen Truppen in einem Rachefeldzug das Dorf. Das Kriegsgeschehen verlagerte sich in den folgenden Wochen nach Hastedt und schließlich nach Nienburg, wo die Invasoren bei Drakenburg eine entscheidende Schlacht verloren. Bremen blieb frei und stellte als Zeichen seines Triumphes die erbeuteten Geschütze auf

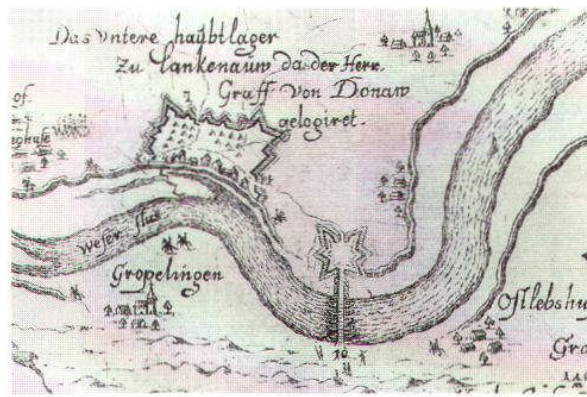


Belagerungsplan von 1666 nach der Koster-Chronik

dem Marktplat aus. Für die Stadt war der Krieg gewonnen, aber die Lankenauer hatten noch monate-, wenn nicht jahrelang mit den Folgen des Sieges zu kämpfen. Leider hört der Bericht des Chronisten an dieser Stelle auf, aber man kann sich vorstellen, was die Vernichtung des Dorfes für die Lankenauer bedeutete. Das Abrennen der Häuser geschah am 1. April, als die arbeitsreichste Zeit des Jahres vor der Tür stand. Die Felder mussten bestellt und das Vieh auf die Weiden getrieben werden. Alle Unterkünfte für Mensch und Tier waren vernichtet, das Futter in den Scheunen verbrannt. In den Wochen nach dem 1. April lagerte das Heer in Hastedt, was ihm freien Zugang ins gesamte Vieland ermöglichte. Während die Bremer ihre Befestigungen verstärkten, marodierten Soldaten auf der Suche nach Proviant durch das Umland. Trotz dieser Gefahr blieb den Lankenauer Bauern nichts anderes übrig, als ihr Vieh auf die Weiden zu treiben, selbst wenn sie den Feinden so die tägliche Fleischration auf dem Silbertablett servierten. Erst am 22. Mai war die unmittelbare Gefahr gebannt, und die kaiserlichen Truppen zogen weseraufwärts. Man konnte mit dem Wiederaufbau des Dorfes beginnen.

Knapp 120 Jahre später, im Sommer 1666, noch bevor am 15. November des selben Jahres der Friede von Habenhausen unterzeichnet wurde, versuchte wiederum ein den Bremern feindlich gesonnenes Heer eine Brücke bei Lankenau über die Weser zu bauen. Die Soldaten standen unter der Führung von Carl Gustav Wrangel, einem seit dem Dreißigjährigen Krieg bedeutenden schwedischen Heerführer. Seine Truppen „logierten“ im gesamten Vieland, bei Lankenau wurde das „untere hautlager“ und eine halbe

Meile entfernt eine von drei Schanzen des Vielandes errichtet. Die Schweden saßen an strategisch günstiger Stelle, um „die Weser und die Schiffsbrücken wohl zu bewahren“, wie der Schreib- und Rechenmeister zu St. Ansgarii Koster in der gleichnamigen Chronik überliefert. Den Bremern war die Gefahr bewusst, und um freies Schussfeld zu haben, zerstörten sie sämtliche Siedlungen in Woltmershausen.



Detail aus dem Belagerungsplan von 1666 nach der Koster-Chronik

Die Ursachen des Krieges lagen Jahrzehnte zurück. Seit dem Westfälischen

Frieden 1648 waren die Schweden Inhaber des Herzogtums Bremen. Zwei Jahre zuvor hatte der Kaiser im Linzer Diplom die Stadt als Reichsstadt anerkannt; die Schweden zeigten jedoch keinerlei Bereitschaft, auf die Hafenstadt zu verzichten. In dieser unklaren und angespannten Situation genügte die Weigerung der Bremer, den schwedenfreundlichen Oldenburgern den Elsflether Zoll zu bezahlen, um einen Waffengang auszulösen. Der erste Schwedenkrieg endete mit einem Vergleich zwischen den Kontrahenten. Bremen musste einen Teil seiner Gebiete abtreten, doch die strittigen Fragen waren nicht wirklich geklärt. Erst nach einer neuerlichen militärischen Auseinandersetzung, eben jener, in der die Bewohner Lankenaus unmittelbar von der Einquartierung feindlicher Truppen betroffen waren, gelangte man zu einem Kompromiss. Bremen behielt seine Status als Reichsstadt, musste aber die Schweden als neue Herren anerkennen. Lankenaus als Teil des Gohes Niedervieland blieb unter Bremer Herrschaft.

Warum versuchte man gerade auf der Höhe von Lankenaus, eine Brücke über die Weser zu schlagen? Ein Blick auf die Karte gibt Aufschluss: Das Flusstal an dieser Stelle war eng, durch den Bogen der Weser die Fließgeschwindigkeit des Wassers vermindert. Hinzu kamen weitere strategische Vorteile für die feindlichen Belagerer: Der Ort lag außerhalb der Reichweite der städtischen Kanonen, doch nah genug, um den Bremern die Bedrohung vor Augen zu führen. Auf beiden Seiten der Weser, sowohl im Werderland als auch im Niedervieland, konnten sich die Truppen, ohne großen Widerstand der Bevölkerung befürchten zu müssen, mit Proviant versorgen. Immerhin musste man mehrere tausend Mann verköstigen.

Veronika Zill

Die *Renner Chronica* der Stadt Bremen, transkribiert von L. Klink, enthält die Beschreibung über die Brandschatzung Lankenaus. Ein Bericht darüber findet sich auch in der *Koster-Chronik* im STAB 2-P.1.-241. Die Veröffentlichungen von Herbert Schwarzwälder, *Reise in Bremens Vergangenheit*, Bremen 1965, und *Bremen im 17. Jahrhundert – Glanz und Elend einer alten Hansestadt*, Bremen 1996, geben Auskunft über den Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen.

„confusion und turbation“

Dorffrieden und Gerichtsbarkeit

Konflikte untereinander und mit Nachbardörfern versuchten die Lankenauer meist friedlich zu regeln, denn niemand konnte ausschließen, schon bald auf einen „Nebenmenschen“ angewiesen zu sein. In Notfällen – wenn einem das Dach über dem Kopf abbrannte oder eine Kuh beim Kalben Hilfe brauchte – zahlte sich ein gutes Verhältnis zu den anderen Dorfbewohnern aus und war daher der Pflege wert. Doch die Gerichtsakten zeigen, dass sich nicht jeder Streit zur Zufriedenheit aller Beteiligten beilegen ließ. Meist ging es dabei um Land, Weiderechte oder einfach um „die gute Erde“. Wer bei unlöslichen Konflikten einschritt und welche rechtlichen Möglichkeiten ein Kläger hatte, offenbaren die zwei folgenden Fälle.

Im Juni 1694 beschwerten sich „sämtliche Rabblinghuser Dorffleute“ über den Verdross, der ihnen beschert worden sei. Zum Stein des Anstoßes avancierte im wahrsten Sinne des Wortes ein „Grentzscheidungsstein“, der „zu nicht geringer turbation und confusion“ zwischen den beiden Dörfern führte. Die Lankenauer hatten sich nämlich erdreistet, diesen „in eigentätiger Weise hinweg zu räumen“. Ende des 17. Jahrhunderts gehörten die beiden Nachbardörfer noch zu unterschiedlichen Kirchspielen. Die Rab-



Warten auf ein Kalb vor dem Hof Rose, 1934



Kirche in Rablinghausen

linghauser pilgerten nach St. Martini, die Lankenauer mussten die Segnungen der Kirche am anderen Weserufer in Gröpelingen in Empfang nehmen. Gut fünfzig Jahre später, nach der feierlichen Einweihung der Rablinghauser Kirche am 7. Mai 1750, waren die strittigen Dörfer im selben Kirchenbezirk vereint und trafen sich sonntäglich unter der gleichen Kanzel. Allein wegen der Mahnworte des Pastors hätten sie zu diesem Zeitpunkt wohl keinen vergleichbaren Disput mehr beschworen.

Nun fiel einem anderen die Aufgabe zu, die Kontrahenten zu einem gut nachbarschaftlichen Verhältnis aufzufordern. Die Gerichtsherrschaft in den Landgebieten ließ die Stadt Bremen von einem ihrer Vertreter ausüben. Das Umland war in vier territorial geschlossene Gerichtsbezirke unterteilt, nämlich das Ober- und das Niedervieland, sowie das Holler- und das Werderland auf der rechten Weserseite. Diese „Gohe“, so die Bezeichnung für diese Einheiten, wurden vom Gohgräfen „regiert“. Zu des Erzbischofs Zeiten bekleidete einer seiner Ministerialen den Posten, später besetzten vornehme Bremer Bürger das Amt. Es war Bürde und Ehre zugleich. Die Aufgaben des Gohgräfen gestalteten sich vielfältig. Außer der niederen Gerichtsbarkeit – Kapitalverbrechen verhandelte man bereits damals mit wenigen Ausnahmen in der Stadt – gehörte die Aufsicht über Deiche, Wege, Flote und Schläge zu seinen Pflichten.

Doch kehren wir zum Grenzstreit zurück: Nach der schriftlichen Beschwerde beim Gohgräfen veranlasste dieser einen Ortstermin am 10. Juni 1695. Die Parteien einigten sich, setzten die Grenze neu fest und trennten sich im scheinbaren Einvernehmen. Fünf Jahre später eskalierte der Konflikt erneut, weil die Lankenauer trotz des massiven Wi-



Kartoffelernte auf den
„Schlagen“, 1926

derspruchs ihrer Dorfnachbarn den Stein am helllichten Tag wegräumten und sich des Eigentums der Rablinghauser bedienten. Nun wandten sich die Geschädigten direkt an die „hochgebietenden lieben Herrn und Oberen“ und machten von ihrem Appellationsrecht Gebrauch. Der Rat der Stadt sollte die Lankenauer daran erinnern, dass sie „den Grentzstein zu setzen schuldig“ seien. Mit dieser Nachricht hört die Überlieferung auf, es ist anzunehmen, dass ein Befehl von oberster Stelle Wirkung zeigte. Aus den Quellen kennen wir nur die Perspektive der Beschwerdeführer; ob die Lankenauer sich ebenfalls im Recht wähnten, wissen wir nicht. Sie waren zumindest selbstbewusst genug, um sich wiederholt über den Richterspruch des Gohgräfen hinwegzusetzen.

Mit der Franzosenzeit, die gerade in der Verwaltung nachhaltige Änderungen zur Folge hatte, wurde das Amt des Gohgräfen abgeschafft. Ab 1814 waren zwei Landherrschaften für die Landgebiete zuständig. Ihr Sitz befand sich im Zentrum der Stadt, und die niedere Gerichtsbarkeit unterstand fortan dem Senat. So waren es auch stadtbremische Gerichte, die im zwölf Jahre andauernden Prozess des Jürgen Rutenberg gegen die gesamte Dorfschaft Lankenau entschieden. Dieses Mal ging es um Weidrechte auf der Allmende, dem Gemeindeland.

1837 und 1849 verteilten die Lankenauer den oberen und unteren Groden neu. Nach dem Deichrecht stand die Erde des Aussendeichsgroden nun nicht mehr allein den Anliegern, sondern allen zum Unterhalt der Deiche Verpflichteten zu. Beschlossen wurde dies auf einer vom Landherrschaft angeordneten Zusammenkunft in Klattes Haus, das gleichzeitig eine Wirtschaft war, sodass niemand mit trockener Kehle diskutieren musste. Die Androhung, dass die „nicht Erscheinenden als der Mehrheit zugehörig gerechnet“ würden, sorgte für eine rege Beteiligung. Jürgen Rutenberg und Diedrich Pieper ließen sich aus nicht bekannten Gründen von ihren Frauen vertreten, was in einer Zeit, in der Frauen zu schweigen hatten, doch recht erstaunlich ist. Es wurde lange palavert, alle Einwände bedacht, und schließlich ein Beschluss gefasst. Der Groden sollte in Zukunft allen gehören, das demokratische Zeitalter kündigte sich an. Die Neuerung kam den Kleinbauern

Geflügelzucht auf dem Hof Petersen, um 1929



zugute. Für Jürgen Rutenberg allerdings, einen Brinksitzer mit nur einem halben Tagewerk Eigenland, ergab sich daraus ein entscheidender Nachteil: Nach der neuen Regelung durfte nur noch Rindvieh auf das Gemeindeland getrieben werden. Ihm stand das Weiderecht für eine halbe Kuh zu, er besaß aber weder eine halbe noch eine ganze. Statt dessen nannte er 60 bis 80 Stück Gänse sein eigen, die er in jahrzehntelanger Tradition auf dem Groden „fett machte“, um sie zu Martini oder an Weihnachten für insgesamt 50 Reichstaler zu verkaufen. Den übrigen Bauern war dieser Zustand schon lange ein Dorn im Auge, fraßen doch die Gänse auf ihrem Weg über den Deich das Gras mitsamt der Wurzel fort und taten sich an den angrenzenden Saatfeldern gütlich. Rutenberg konnte es nicht fassen, dass ausgerechnet seine „kleinen, glattfüßigen Gänse“ zu einer Gefahr für die Deichsicherheit beitragen sollten und beschritt den Rechtsweg. Zwölf Jahre prozessierte er gegen die Lankenauer – am Ende erfolglos. Trotz des Beistandes von zwei bekannten Bremer Anwälten, mehreren Eingaben an den Landherrn und schließlich einer vierzehnteiligen Bittschrift an den hohen Senat blieb den Rutenberg'schen Gänsen das saftige Gras auf dem Groden zukünftig verwehrt. Mit der gewerbsmäßigen Geflügelzucht war es vorbei, und der Brinksitzer musste sich einen anderen Verdienst suchen. Die später geborenen Lankenauer Kinder profitierten von alledem. Sie erinnern sich gern an den Heimatforscher und Lehrer Bernhard Rutenberg, und sind mehr oder weniger dankbar, dass er kein Gänsezüchter geworden ist.

Veronika Zill

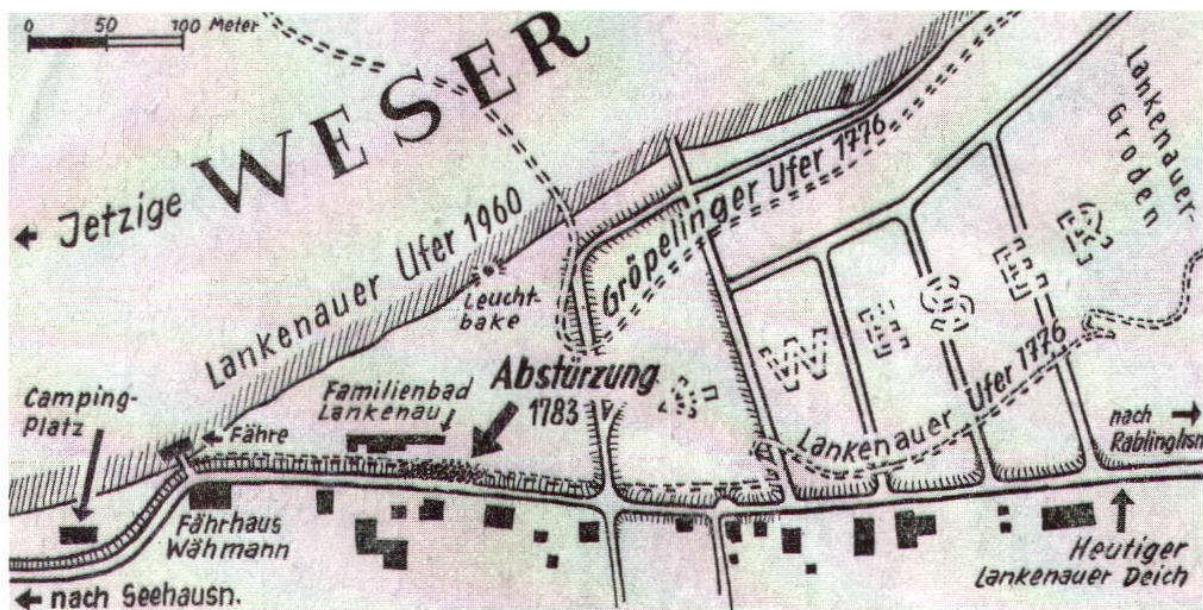
Die Grenzstreitigkeiten sind in einer Akte im STAB 2-Q.6.B.IV.9 nachzulesen. Rutenbergs Versuche, sein „Recht“ einzuklagen, finden sich ebenfalls unter STAB 2-Q.6.B.III.2. Die kirchliche Zugehörigkeiten der Dörfer hat Achim Saur in *250 Jahre Kirche Rablinghausen – Spuren und Erinnerungen*, Bremen 2000, dargelegt. Allgemeine Angaben zur Gerichtsherrschaft des Gohgräfen sind der im Kapitel 1 erwähnten Veröffentlichung von Hans Hermann Meyer zu entnehmen.

Kein Land ohne Deich

Wie man sich vor Überschwemmungen schützte

Die Nacht vom 16. auf den 17. November 1783 war ruhig und klar, der Wasserstand niedriger als gewöhnlich, als gegen Mitternacht ein Gepolter die Lankenauer Bauern Ahlert Meyer und Lür Lange unsanft aus dem Schlaf riss. Direkt vor ihrer Haustür stürzte der Deich auf einer Länge von 122 Fuß in die Fluten der Weser. Voller Schrecken nahmen sie die Folgen des Unglücks in Augenschein: Die Deichkappe und der Innendeich standen noch, den gesamten Aussendeich hatte der Fluss mit sich genommen. Die Höfe der Betroffenen lagen unweit jener Stelle, an der viele Jahrzehnte später das Familienbad Lankenau seine Zelte aufschlug. Doch Ende des 18. Jahrhunderts gab es dort keinen flachen Sandstrand. Das Fahrwasser führte mit etwa 10 m Tiefe unmittelbar hinter dem Deich entlang und hatte unsichtbar, aber nachhaltig den Deichfuß zerstört. Sofort benachrichtigte die Dorfschaft den niedervieländischen Gohgräfen Meinertzhausen, der seinerseits unverzüglich den Rat zu Bremen über den Vorfall informierte. Eile schien geboten, denn der Winter mit seinen Hochwassern stand vor der Tür. Niemand konnte sich das Geschehen so recht erklären, war doch bei der letzten Prüfung wenige Wochen zuvor der Deich in untadeligem Zustand gewesen.

Über viele Jahrhunderte gehörten die Deichschauungen im Nordvieldand zu einem drei mal pro Jahr wiederkehrenden Ritual. Es kam dem Pastor zu, den Termin dafür von der Kanzel herab öffentlich zu machen, wobei es nicht alle Gottesmänner mit Freu-



Der Deichbruch von 1783 nach einer Zeichnung von Bernhard Rutenberg



Lankenauer Felder, um 1932

de erfüllte, derart profane Ankündigungen in ihrer Kirche zu verlesen. Eine Weigerung hätte allerdings die Pfändung einer Kuh zur Folge gehabt, eine empfindliche Strafe für einen armen Landpfarrer.

Am Tag der Schauung hatte sich jeder Bauer an seiner durch Pfähle gekennzeichneten Deichstrecke einzufinden, um Rede und Antwort zu stehen. Schon von weitem sah er den Zug der Kontrolleure über die kilometerlangen Ochtum- und Weserdeiche auf sich zukommen. Vorneweg ließ sich der Gohgräfe kutschieren und nicht selten von Freunden in weiteren Kutschen begleiten. Der Landvogt als Vertreter der städtischen Obrigkeit ritt hinter ihm, ebenso die Landes- oder Deichgeschworenen. Sie waren die Abgeordneten der Bauernschaft und verpflichtet, das ehrenvolle aber zeitraubende Amt reihum anzunehmen. Häufig dauerte die Prozedur länger als einen Tag, die „Zehrungskosten“, die am Ende des Jahres auf alle umgelegt wurden, schlugen entsprechend zu Buche. Sorgfältig überprüften der Gohgräfe und seine Helfer den Deich auf seine vorgeschriebene Höhe und Festigkeit, und ob er frei von Maulwurfgängen und Hasenkesseln war. Immer wieder mussten säumige Bauern ermahnt und schließlich „gewrogt“, d.h. bestraft werden. Im schlimmsten Fall verlor ein Hofinhaber seinen Besitz. Zuvor trat das Deichgericht an Ort und Stelle zusammen und steckte feierlich einen Spaten, wodurch das Land herrenlos wurde. Wer den Spaten zog, verpflichtete sich, den Deich wiederherzustellen – eine überaus ernste Sache, hing doch das Wohl der gesamten Dorfgemeinschaft davon ab.

Durch das Unglück im November 1783 kamen auf die betroffenen Bauern unvorhergesehene und hohe Kosten zu. Der Schicksalsschlag traf Lür Lange, seine Frau und die fünf unmündigen Kinder hart. Er bewegte sich schon längere Zeit an der Grenze

zum wirtschaftlichen Ruin und hatte zwei Jahre zuvor eine Insolvenz unterschrieben. Damit er auf seinem Hof bleiben konnte, bürgten der Bauern Lür Rose aus Lankenau und ein zweiter aus Hasenbüren für den Unterhalt seiner Deichstrecke. Für die Reparation des Deiches standen sie wohl nicht gerade. 93 Reichstaler und 27 Grote mussten laut Schlussrechnung dafür aufgebracht werden, eine Summe, über die Lür Lange nicht verfügte. Die Schuldigen für den Deichbruch fand man schnell, sie waren aber nicht haftbar zu machen. Sie saßen am anderen Weserufer und hatten, um ihr eigenes Land zu schützen, die Weser mittels einer Schlinge vom Gröpelinger Ufer abgedrängt. Die Verengung des Flussbettes erhöhte die Fließgeschwindigkeit des Wassers und war so den Lankenauern „ein fürchterlicher Feind geworden“. Für langwierige Verhandlungen



Hochwasser am Rablinghauser Groden, 1962

über die Finanzierung des neuen Deiches blieb keine Zeit. Eilig schoss der Gohgräfe die Summe aus den „Administrationsgeldern“, also Steuergeldern, vor, allerdings in der Hoffnung, sich die Auslagen von irgend jemandem wiederzuholen. Dabei gerieten auch die Gutsherrn ins Visier, die den Hof an Lür Lange vergeben hatten. Doch die rechtliche Situation ließ keinen Spielraum: Nach dem Meierrecht war allein der Hofinhaber für die Deichpflege verantwortlich. Der Plan, sich den Vorschuss von Lür Lange erstatten zu lassen, schien naheliegend, aber nicht realistisch. Dennoch – nach nur vier Wochen meldete der Landgeschworene Johann Henrich Vagt aus Lankenau, dass der beschädigte Deich wieder in untadeligem Zustand sei. Ende gut, alles gut! Dieses Mal führte der Deichbruch nicht zu den befürchteten Schäden im Nierdervieland.

Rechtzeitig bannte man die Gefahr durch Bündelung aller Kräfte, denn die Winterhochwasser kamen so sicher wie das Amen in der Kirche.

Der Deichbau schützte zwar das bewirtschaftete Land, zwängte aber gleichzeitig die das Vieland umschließenden Flüsse in enge Grenzen, die sie nicht immer einhielten. Es gab Sommer- und Winterdeiche. Die Hochwasser im Sommer waren nicht so gefürchtet, brachten sie doch mit der Überschwemmung auch fruchtbaren Schlick, der den Boden düngte. Ein Wassereinbruch im Winter machte jedoch die Aussaat von Winterfrucht unmöglich.

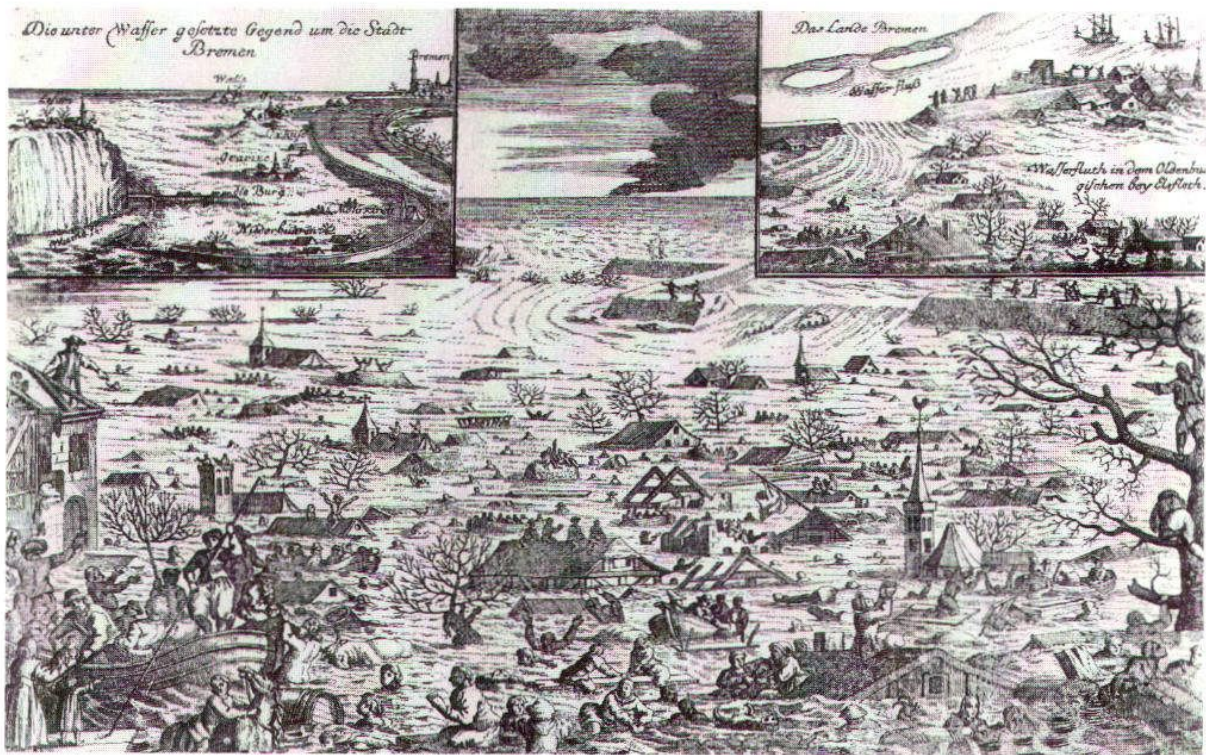
Das Wasser bedrohte das Vieland von zwei Seiten: Brach ein Ochtumdeich, lief es ungehindert bis an den Weserdeich heran. Dieser war höher als der Schutzwall an der Ochtum, gewährleistete aber nicht immer, dass das Land trocken blieb. Besonders das



Überschwemmung im Niedervieland nach der Sturmflut im Februar 1962

Zusammenspiel mehrerer ungünstiger Umstände führte zu den in den Quellen oft erwähnten Katastrophen. Bei Sturmflut floss das Weserwasser nicht ab; setzte gleichzeitig Schneeschmelze oder gar Eisgang ein, drückten an der engen Flussstelle bei Lankennau Eisschollen gegen die Deiche. Tag und Nacht liefen die Deichwachen ihre Strecken ab, um einen Bruch sofort zu melden. Doch gegen Naturgewalten vermag Menschenkraft nicht immer etwas auszurichten, und Überschwemmungen gehörten viele Jahrhunderte zur leidvollen Erfahrung der Lankennauer. Zuletzt stand das gesamte Nieder- und Mittelland im Februar 1962 unter Wasser. Für 33 Quadratkilometer hieß es „Land unter“, nachdem ein Orkan das Wasser der Nordsee in die Wesermündung getrieben hatte. In der Nacht vom 16. auf den 17. Februar brachen die Ochtumdeiche, und trotz des Katastrophenalarms verloren sieben Menschen ihr Leben. Gegen 22.00 Uhr überspülte das Wasser die Sommerdeiche zwischen Lankennau und Hasenbüren, und drei Stunden später meldeten die Deichwachen einen Schaden am Hasenbürener Umdeich. Das Dorf Strom war schnell von den Fluten eingeschlossen, in der Nacht lief das gesamte Nieder- und Mittelland voll Wasser. Die Kosten allein für die Wiederherstellung der Deichsicherheit beliefen sich auf 17,8 Millionen DM.

Im Unterschied zu 1783 trafen die Reparaturen nun keinen einzelnen. Die Gründung von zwei Deichverbänden 1850 leitete eine Entwicklung ein, durch die nach und nach die Deichlasten auf alle Grundstücksbesitzer der Stadt Bremen übertragen wurden. Seit 1876 übernimmt der Deichverband alle Kosten für die Neuanlage sowie Erhöhung



Reproduktion alter Stiche über Sturmfluten im 18. Jahrhundert

oder Wiederherstellung der Schutzwälle. Heute sind die Deiche Eigentum des Landes und stehen über die Deichverbände unter der Aufsicht des Bremer Senates.

Ob der Gohgräfe nach dem Deichbruch 1783 seine Auslagen jemals wieder zurück-erhielt, ist in den Quellen nicht vermerkt. Eine erfreuliche Nachricht bleibt noch zu ver-melden: Lür Lange musste seinen Hof nicht aufgeben. Am 27. Februar 1843 finden wir eine Unterschrift, wahrscheinlich ist es die seines Sohnes oder Enkels, unter einer von 14 weiteren Lankenauern gezeichneten Bittschrift an die Inspection und Administrati-on des Schiffszuges. Offensichtlich war er nun nicht mehr auf die Einkünfte aus der Landwirtschaft angewiesen, sondern hatte mit dem „Aufpferden“ einen einträglichen Nebenerwerb gefunden.

Veronika Zill

Zu den Deichschauungen sei auf die im vorigen Kapitel erwähnten Veröffentlichungen von Hans Her-mann Meyer und Wilhelm Seiler verwiesen. Die Hochwasser, Überschwemmungen und Deichbrüche sind zusammengefasst von Wolfgang Pfeifer in *Bremen im Schutz seiner Deiche*, Bremen 1963. Der Deichbruch von 1783 kann in einer Akte im STAB 2-Q.6.B.III.1 (Deiche und Wege im Niedervieland) nachgelesen werden. Die Quellen zum Schiffszug mit Pferden auf der Unterweser sind an gleicher Stelle unter der Signatur 2-R.10.I.1 zu finden.

Von Martin Peltier zu Ludwig Franzius

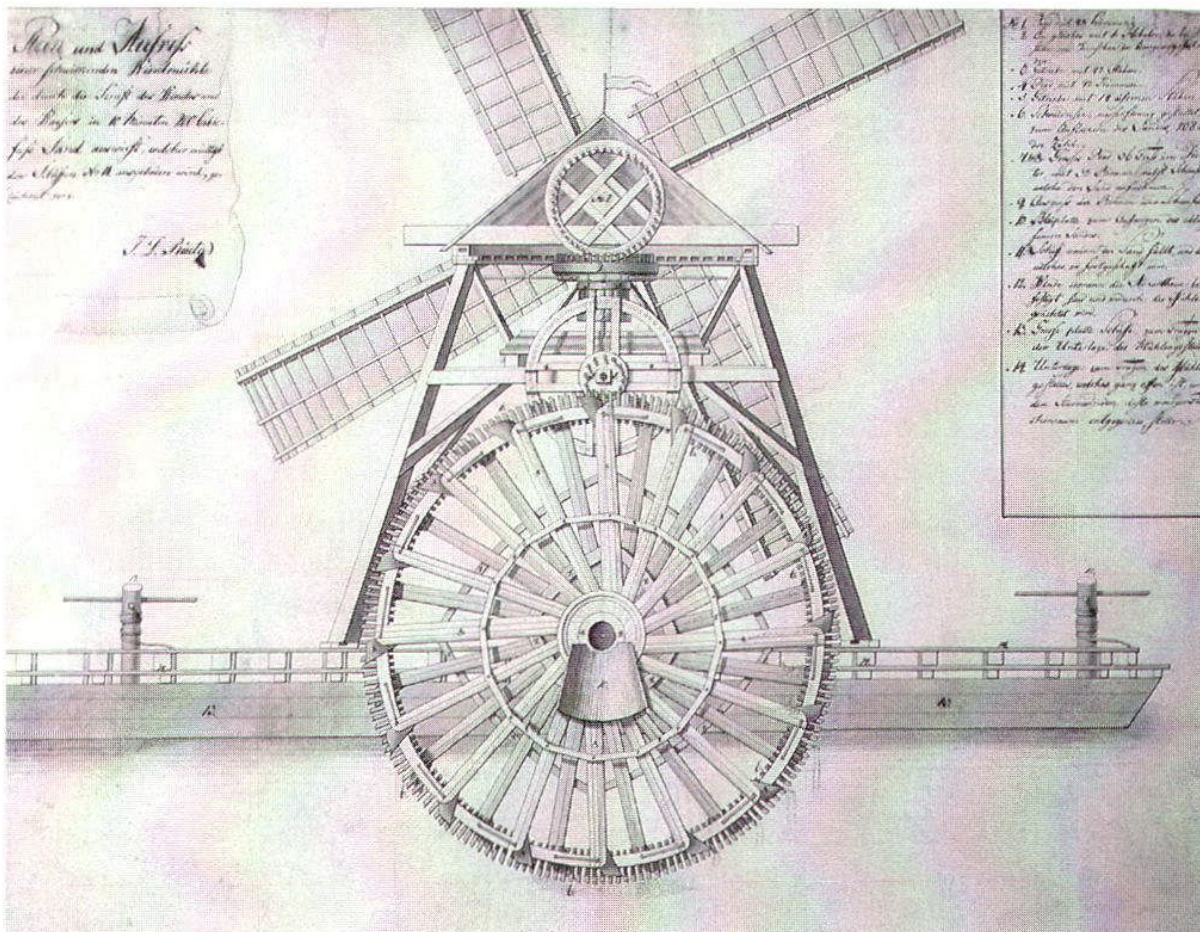
Warum die Weser korrigiert werden musste

Die Weser war den Bremer Handelsherrn eigentlich nie tief genug. Im Jahr 2002 betrifft die Forderung nach einem Ausbau der Wasserstraße die Außen- und Unterweser. Von den Wirtschaftsverbänden bis zu den Politikern – alle sind sich einig, dass allein die „zügige Verbesserung der Fahrwasserverhältnisse“ die Lösung enthält. Ein Blick zurück in die lange Geschichte der Weserkorrektur lässt daran zweifeln, und man fühlt sich bei diesem Thema an das Märchen vom Hasen und Igel erinnert. Kaum war die Weser ausgebaut und die Fahrrinne vertieft, fuhren bereits größere Schiffe mit mehr Tiefgang durch die Meere. Jahrhundertelang und wiederkehrend sind daher die Klagen, dass ein tideunabhängiges Einlaufen in die bremischen Häfen nicht möglich sei und gegen diesen Mischstand schnellstens etwas getan werden müsse.

So geschah es auch Ende des 17. Jahrhunderts. Damals erreichte tatsächlich kaum ein Schiff problemlos die Häfen an der Schlachte, besonders wenn der Wind ungünstig stand und das Wasser abließ. Bürgermeister Harmsen nahm 1680 die Situation persön-



Anfang der 1950er Jahre kehrte die „Bremen“ als Modell nach Lankenu zurück



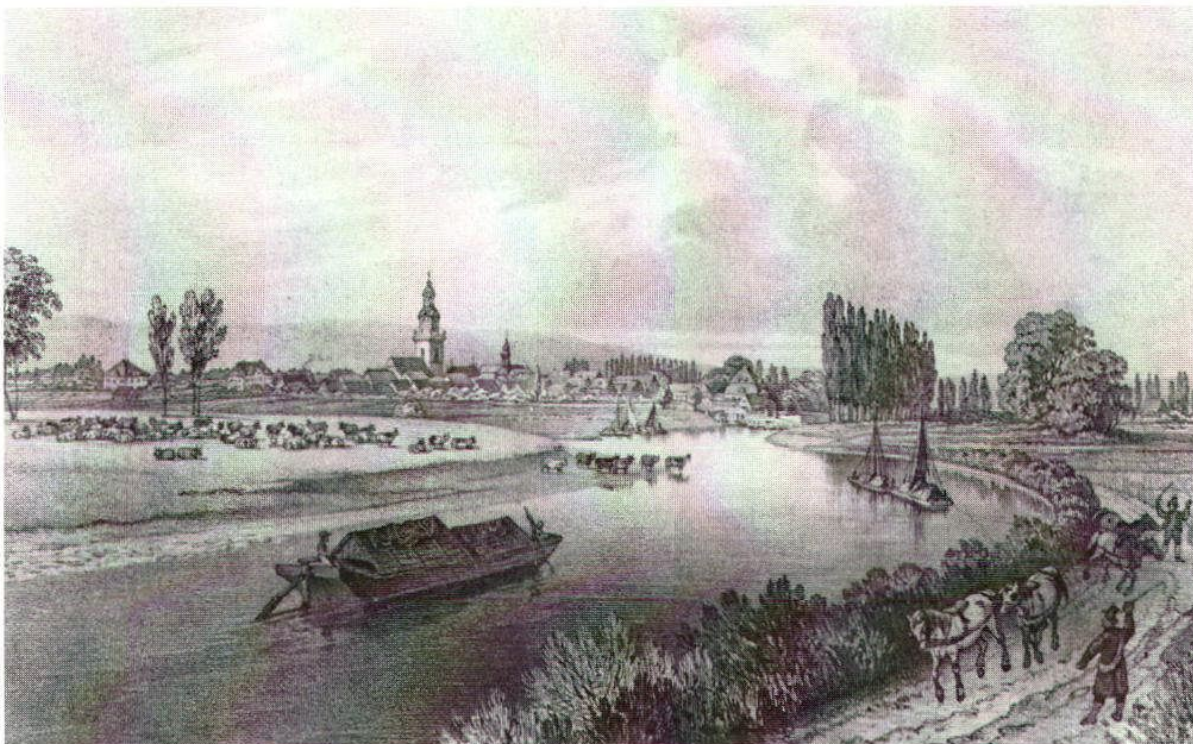
Von Martin Peltier entwickelte Sandmühle zur Vertiefung der Weser

lich in Augenschein, aber weder er noch die zwei Jahre zuvor gegründete Kommission zur Austiefung der Weser vermochten, ein Konzept vorzulegen. Die Ursache für die Erhöhung des Flussbettes war eine unwillkommene Folge des Deichbaus, der eine Ablagerung des mitgeführten Sandes in den Uferregionen verhinderte. Als sich 1730 der französische Baumeister Martin Peltier erbot, mittels einer mechanischen Maschine und mit Hilfe göttlichen Beistandes „den Weserstrom von der Freyen Reichstadt Bremen an bis nach dem Vegesack“ schiffbar zu machen, stieß er auf offene Ohren und Staatsäckel. Zwei glückliche Umstände trafen aufeinander: Ein genialer Erfinder, der die Möglichkeit erhielt, seine Sandmühle auf Staatskosten zu bauen, und eine Bremer Kaufmannschaft, die schon lange händeringend nach einer Lösung ihrer Probleme suchte. Am 24. Dezember 1738 machten sich die Beteiligten ein gegenseitiges Weihnachtsgeschenk und brachten den Vertrag unter Dach und Fach. Einen Teil der Kosten trugen die Elterleute, die als Sprecher der Kaufleute deren Interessen vertraten. 7000 Taler waren für das Projekt veranschlagt. Drei Jahre später – eigentlich sollte das Unternehmen längst abgeschlossen sein – entschied man sich für den Bau einer zweiten, noch größeren Sandmühle. 1746 waren 23000 Taler in den Sand gesetzt, und lediglich, so Peltier in seinem Abschlussbericht, „drei beträchtliche Sandbänke zum Teil gänzlich weggetrieben“. Nur unzulänglich verbarg die gewundene Formulierung die Tatsache, dass das Experiment

gescheitert war. Die Entlassung, es war übrigens trotz des Fehlschlags eine ehrenhafte, versüßten die Handelsherrn dem Baumeister mit 200 Talern – nicht aus eigenen Taschen, sondern aus der Staatskasse. Die öffentliche Versteigerung der beiden Sandmühlen brachte den lächerlichen Betrag von 600 Talern.

Die Bremischen Kaufleute und der Rat der Stadt werteten das Ganze als Desaster, doch es gab noch eine andere Perspektive. Die Lankenauer traf der vereitelte Versuch, die Weser schiffbar zu machen, nicht allzu sehr. Im Gegenteil – die Versandung des Fahrwassers hatte ihnen und anderen Bauern eine zusätzliche Einnahmequelle beschert, denn die mit Waren beladenen Segelschiffe zog man, wo Wind und Flut nicht ausreichten, mit Pferden in die Stadt. Von Vegesack bis zur Moorlosen Kirche boten die rechts der Weser lebenden Bauern diesen Service an, ab der Ochtummündung „treidelten“ die Niedervieländer die Kähne. 15 Lankenauer Bauern, meist Kleinbauern im Besitz eines Pferdes, erwirtschafteten 1843 im neuen Beruf des „Aufpferders“ einen Teil ihres Einkommens. Rechnet man deren Familien dazu, hat ein guter Teil der etwa 200 Einwohner davon gelebt, wenn auch nicht ausschließlich, denn die Landwirtschaft blieb Lebensgrundlage. In Lankenau, wo die Weser nahe am Deich vorbeiführte, versorgten die Mädchen und Frauen die Schiffsbesatzungen mit Proviant, auch dies ein willkommener Zusatzverdienst.

Das Treideln bot den Lankenauern nicht nur Vorteile, es führte auch zu einem handfesten Streit mit den Herren der Stadt. Dabei ging es um den Leinpfad, also jenen Weg, auf dem die Bauern mit ihren Pferden liefen. Der Senat (bis 1821 hieß das Gremium Hochweiser Rath) verlangte von der Dorfschaft, einen Abschnitt ihres Deiches als Trei-



Pferdelinienzug bei Rinteln, Zeichnung von Georg Osterwald, um 1835

delpfad zur Verfügung zu stellen. Wahrscheinlich verstanden die Lankenauer die Welt nicht mehr, immerhin galt der Deich seit Menschengedenken als besonders schützenswertes Stück Land. Sie selbst durften weder darauf reiten, noch es befahren. Wenn sie ihr Vieh dort weideten, wurde es konfisziert („geschüttet“) und musste ausgelöst werden. Nun sollten auf Anordnung von oben täglich Dutzende Pferde und Menschen über den Deich laufen, und die Unterhaltskosten bei den Eigentümern bleiben? Als der Staat darüber hinaus Erde vom Lankenauer Groden, also Gemeindebesitz, für die Befestigung des Leinpfads forderte, war für die Dorfbewohner das Maß voll. Sie weigerten sich trotz Weisung von höchster Stelle. Zum ersten aber – und wie die Zukunft noch zeigen sollte – nicht letzten Mal ignorierte man in dem Konflikt die Proteste der Lankenauer und entschied zu Gunsten der Allgemeinheit. Die „Zugeständnisse“, welche die Bauern am Ende machten, gab es für den Staat jedoch nicht zum Nulltarif. Die Dorfbewohner erbaten sich das Privileg, dass „die Schiffe, welche bis zur Schanze heraufsegeln, von dort aus vorzugsweise mit Lankenauer Vorspann weiterbefördert werden“. An diesen Teil der Abmachung mussten die Bauern den Senat ein Jahr später noch einmal erinnern.

Der Schiffszug an der unteren Weser entwickelte sich mittlerweile zu einem einträglichem Geschäft – in Konkurrenz mit den Hasenbürenern. Den Schlepplohn legte die Behörde in Gebührentabellen fest. Er hing von Gewicht und Umfang der Ladung ab. Vom Schießpulver und Kramgut, über Daunen, Bast, Hopfen und Hüten, Tabak, Caffee, Rum und Opium, bis zu Wein und Champagner – alles wurde von den Pferdebauern



Zuchtpferde von Albert Petersen, um 1928



Ausfahrt der „Bremen“ im August 1929

Richtung Stadt gezogen. Ab 1818 griff der Staat direkt in die Beförderung der Warentransportschiffe ein und ernannte einen Aufseher. „Zeit ist Geld“ galt schon damals, und möglichst ohne Wartezeiten sollte jedes Schiff nach Bremen geschleppt werden. Bis 1843 beobachtete der Aufseher von Hasenbüren aus den Schiffsverkehr, danach lag die Dienstwohnung im unteren Teil von Lankenau, von wo die Fahrwinne gut zu sehen war. Für jedes Schiff kauften die „Aufpferder“ einen „Expeditionsschein“, mit dem sie in den Kaufmannskontoren an der Schlachte abrechneten. Die Kosten teilten sich Kaufleute und Schiffer im Verhältnis 2/3 zu 1/3. Ohne Expeditionsschein zu schleppen, blieb streng verboten, doch nicht jeder hielt sich an die Vorschriften. Auch ein Staatsangestellter konnte in Versuchung geraten, wie im Fall des Aufsehers Miltenberg nachzulesen ist. Ihn überführte man 1843 des Betruges, weil er doppelte Expeditionsscheine ausgestellt hatte, um seinen Verdienst zu steigern. Nötig wäre dies nicht gewesen, denn mit einem Jahressalar von 250 Talern in Gold und einer Leistungszulage von 50 Talern für besonders treue Dienste war die Arbeit gut dotiert. Deshalb bewarben sich nach Miltenbergs Entlassung 21 Kandidaten, vom Zigarrenmacher bis zum Landwirt, um die vakante Stelle. Das Glück traf Gerhard Meentzen, einen erfahrenen Seemann, der darüber hinaus den Vorzug aufwies, „gar keine Spirituosen“ zu trinken. 28 Jahre blieb er zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten auf dem Posten, bis sie ihn 1871 nicht mehr brauchten. In diesem Jahr löste der Senat die Behörde für den Pferdezug auf, die Statistik liefert die Begründung dafür: Von 2017 Schiffen im Jahr 1850 sank die Zahl der

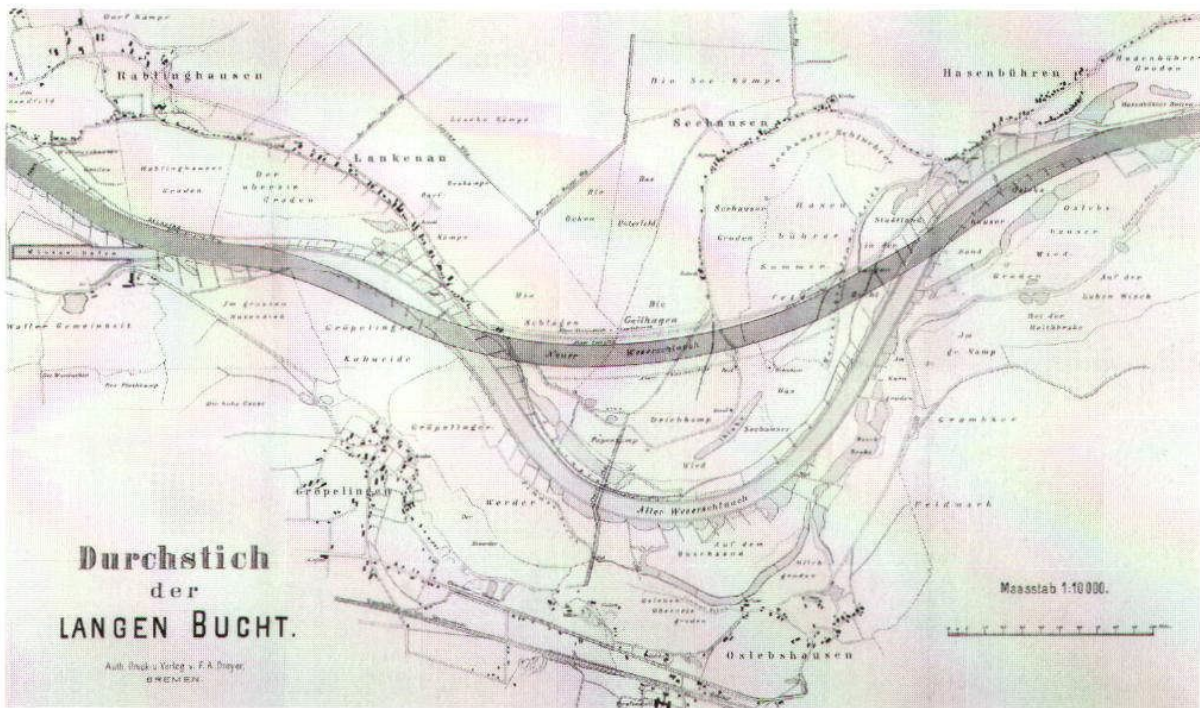


Korrektion der Weser unter der Leitung von Ludwig Franzius zwischen 1886 und 1895

getreidelten Schiffe innerhalb von 20 Jahren auf 211 jährlich. Gegen die Konkurrenz der Dampfschiffe ließ sich mit Pferdestärken nichts mehr ausrichten. Seit 1853 zog ein Dampfschiff sogar mehrere Segler „in Reihe“ die Weser aufwärts, ein Bild, das den Bremern bis nach dem Zweiten Weltkrieg vertraut war.

Seit 1854 gelang es, das Fahrwasser der Weser durch systematische Ausbaggerungen so weit zu verbessern, dass dreißig Jahre später Schiffe mit einem Tiefgang von 2,75 m die Stadt erreichten. Das entscheidende Hindernis befand sich jedoch nach wie vor in der Höhe des Dorfes Lankenau. Dort machte die Weser einen halbkreisförmigen Bogen, der den Flut- und Ebbestrom bremste. Der Durchstich der sogenannten „Langen Bucht“ fand vor der eigentlichen „Korrektion der Unterweser“ statt und war 1886 abgeschlossen. Das gesamte Projekt stand unter der Planung und Leitung des Wasserbaudirektors Ludwig Franzius. Dem Unternehmen war größerer Erfolg beschieden als dem 150 Jahre zuvor gescheiterten Versuch des Martin Peltier, die Weser schiffbar zu machen. Stolz meldete Franzius am 27. Oktober 1893, „dass Schiffen bis zu 5 m Tiefgang die Fahrt zwischen Bremen und Bremerhaven“ möglich sei. 30 Millionen Mark mussten die 170000 Bremer dafür aufbringen, was mit Hilfe einer Anleihe auch gelang. Sowohl Oldenburg als Weseranrainer und Profiteur des verbesserten Handelsweges als auch das Reich verweigerten dem Projekt die finanzielle Unterstützung.

Für die Lankenauer hatte die Verlegung des Flussbettes vor den Deichen ihres Dorfes sichtbare Auswirkungen. Ein Teil ihrer Feldmark, der sogenannte untere Groden, lag nach Abschluss der Arbeiten am rechten Weserufer. Der alte Deich und die Landstraße mussten verlegt werden. Das geschah nicht ohne das Einverständnis des Gemeinderates, des Kreistages und des Deichverbandes. Es ging um die Kosten – aber nicht nur. Ein



Plan zum Durchstich der „Langen Bucht“, 1886

strittiges Thema zwischen der Baudeputation, Abteilung Wasserbau und dem Deichverband bildete die „vollständige Unterhaltung und Verteidigung des neuen Deiches“, der mit 1350 Metern einen Kilometer kürzer als der vorherige war. Fünf Jahre lang, so die Forderung des Deichhauptmannes, sollten die Deichlasten für den neuen Schutzwall von denen getragen werden, die den „Stromschlauch“ haben wollten. Das rechte Vertrauen in die Konstrukteure fehlte offensichtlich. Am Ende erfüllten die Bauherren fast alle Bedingungen der Lankenauer. Der Staat zeigte sich großzügig, sein Interesse an der reibungslosen Durchführung des Riesenprojekts wird deutlich. Die Unterhaltskosten für den Deich blieben vier Jahre bei der Baudeputation, für das verloren gegangene Land am unteren Groden war jährlich auf Staatskosten eine festgelegte Menge guter Deicherde den Lankenauern frei Haus zu liefern. Die neu verlegte und mit „bestem Pflaster“ versehene Straße lief nicht mehr *auf* der Deichkappe, sondern, der Bitte des Gemeinderates entsprechend, 2 m unterhalb entlang der Binnendossierung. Den meisten Dorfbewohnern hatte der Durchstich der Langen Bucht Vorteile gebracht. Eine nicht vorhergesehene aber erfreuliche Folge betraf die Bodenverhältnisse. Die gesamte Lankenauer Feldmark war trockener geworden. Die Gräben, die durch Siele selbständig entwässerten, „zogen“ nun besser, seit der Wasserstand der Weser bei Ebbe niedriger ausfiel.

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass einige Lankenauer nichts als Nachteile von der Weserkorrektur hatten. Dazu gehörten einige Bewohner zwischen Lankenan und Seehausen, die umgesiedelt wurden, weil ihre Häuser im Wege standen. Außerdem schnitt die neue Landstrasse einige Landwirte von ihren Grundstücken ab, und die versprochenen Rampen mussten sie wiederholt einfordern. Am schlimmsten traf es Hermann Hinrich Klatte in Lankenan Nr. 39 und seinen Nachbarn Hermann Kruse, deren



Das „Haus der Korbflechter“, musste 1927 einer von mehreren Weserkorrekturen weichen

Wohnhäuser am 20. März 1884 bis auf die Umfassungsmauern nieder brannten. Ursache war eine in 22,5 Metern vorbeifahrende Lokomotive, die bei Erdarbeiten für den Weserdurchstich eingesetzt wurde. Ihr Funkenflug hatte das Reetdachhaus des Geschädigten in Brand gesetzt.

Veronika Zill

Die Akten zu den zitierten Quellen befinden sich im Staatsarchiv Bremen unter folgenden Signaturen: Verhandlungen mit Martin Peltier in STAB 2-R.10.f.2. und 2-R.10.f.3.e, Schiffszug mit Pferden an der unteren Weser STAB 2-R.10.i.1, Vertiefung und Korrektur der Unterweser STAB 2-R.10.f.1.a, Folgen der Weserkorrektur für Lankenau in STAB 4,17-106.16. Zum Durchstich der Langen Bucht und dem Werk von Ludwig Franzius vgl. Walter Franzius, *Ludwig Franzius-Bremens großer Wasserbauingenieur*, Bremen 1982. Über die aktuellen Forderungen zur Weservertiefung berichtete der *Weser-Kurier* am 2. November 2002.

„Der Gemeindeausschuss hat beschlossen“

Sozialstruktur und Politik im Dorf

Während vieler Jahrhunderte lebten in Lankenau nur Bauern und ihre Arbeitskräfte. Die einzelnen Bauernstellen mussten über ausreichend Land verfügen, um die Familie, der auch die Knechte und Mägde angehörten, zu ernähren, und so blieben die Höfe bis 1876 generell ungeteilt. Erst die fortschreitende Industrialisierung machte eine Parzellierung der stadtnahen Gebiete wünschenswert und bewirkte eine Modifizierung der Gesetze.

„Die Contributions-Beschreibung de Anno 1750“, eine Auflistung zur Steuererhebung, gibt Einblick in die damalige Sozialstruktur von Lankenau: 11 Bauleute lebten im Dorf, zu ihren Vollhöfen zählten 144 Morgen (1 ha entspricht etwa 4 Morgen) oder 72 Tagwerke Land. Damit lebten in Lankenau mehr reiche Bauern als in irgendeinem anderen Dorf im Niedervieland. Außerdem sind insgesamt 5 Kleinbauern genannt, sie bewirtschafteten 6 bis 20 ha pro Hofstelle. Die Gruppe der Brinksitzer mit nur geringem Landbesitz war 1750 in Lankenau nicht vertreten, im Nachbardorf Seehausen stellten sie die größte Gruppe der Einwohner. Den Landbesitzern zuzurechnen sind auch die „Vorwerker“, die in der oben zitierten Liste nicht genannt werden. Als reiche Bremer Bürger waren sie auf die Erträge aus ihren Lankenauer Gütern nicht angewiesen, und diese Tatsache trennte sie unsichtbar, aber deutlich von der übrigen Dorfgemeinschaft.

Am unteren Ende der sozialen Skala fanden sich 6 Häuslinge, die bei einem der Bauern zur Untermiete wohnten und nicht selten als Gegenleistung dessen Deichstrecke unterhielten. Ihr Auskommen fanden sie als Knechte, Seefahrer oder bei der „Convoye“, der staatlichen Gesellschaft zur Verbesserung des Weserfahrwassers. Auch die Kleinbauern vermochten vom Bodenertrag allein nicht zu leben; viele von ihnen arbeiteten später als Treidler oder betrieben nebenbei ein Gewerbe, wozu es allerdings einer offiziellen Genehmigung bedurfte. Die „Lichtzieher“, Grobbäcker, Schlachter, Rademacher und Schmiede, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts bei der Stadt um eine „concession“ ansuchten, mussten gute Argumente vorbringen, denn weder die stadtbremischen Berufskollegen noch die aus den Nachbardörfern waren an einer Konkurrenz interessiert. 101 Personen aus den



Albert und Albert Petersen bei der Feldarbeit, um 1930

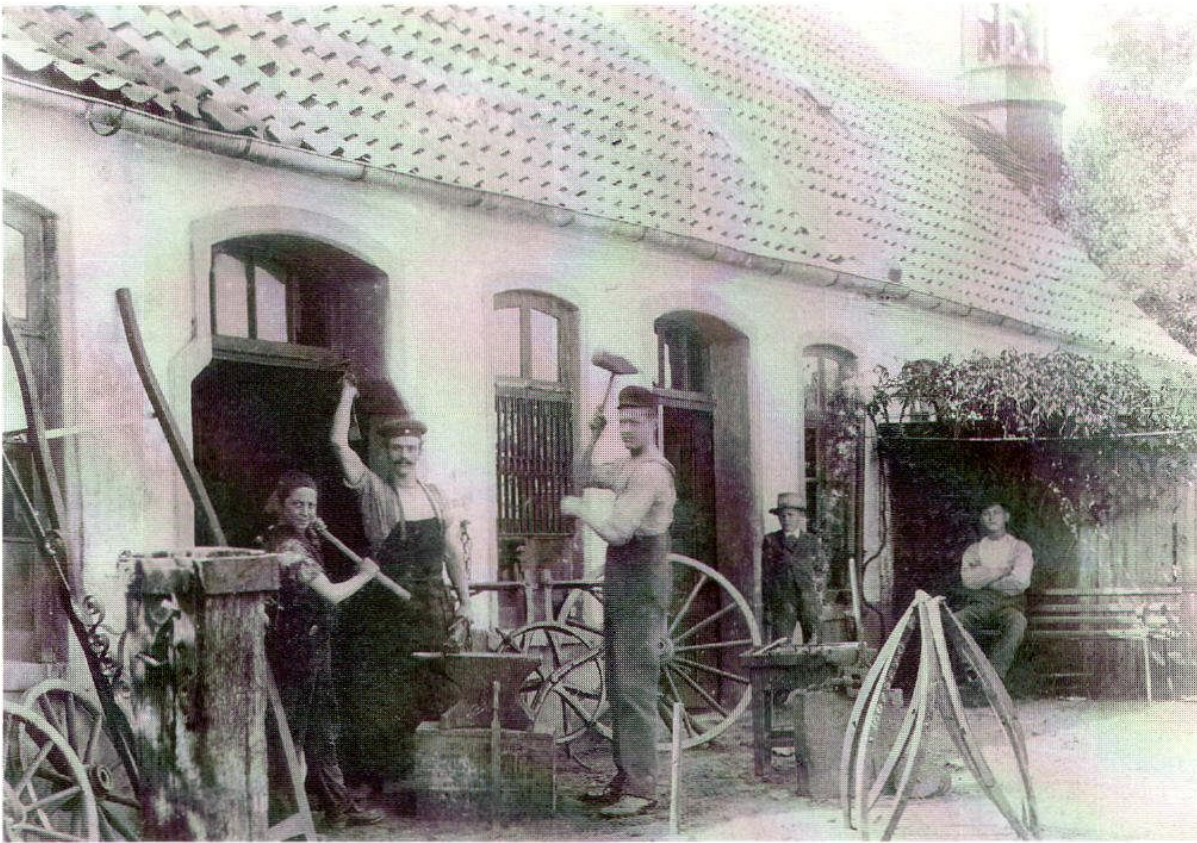
1. I. Lankens
 2. Geselke Klatt
 3. Finck Klatt
 4. Ernst Freytag
 5. Riggert Brunermann
 6. Hermann Humund
 6. Für Rose

Auszug aus der Unterschriftenliste, 1833

niedervieländischen Dörfern unterstützten mit einer eigenen Bittschrift im Januar 1833 den Antrag des Schmiedemeisters Christoffer Meyer aus Sittensen. Er hatte noch eine weitere Hürde zu überwinden. Als Auswärtigem stand ihm das Recht, sich zu „setzen“, nicht zu. Erst wenn sichergestellt war, dass er nicht irgendwann der kirchlichen Armenkasse zur Last fiel, konnte er mit einer Genehmigung rechnen. Die Antragsteller formulierten ihr „dringendes Bedürfnis“ nach einem dörflichen Schmied und pochten auf die „Grundsätze der Gleichheit“ zwischen Stadt und Land. Ausserdem erinnerten sie den Senat daran, dass bei einem abschlägigem Bescheid unnötig Geld ins hannöversche und oldenburgische Ausland ginge und waren zum Schluss erfolgreich. Der Schmied erhielt die Erlaubnis, sich niederzulassen mit der Auflage, „keine von ihm gefertigte Schmiedearbeit, sei sie bestellt oder unbestellt, in die Stadt oder Vorstadt zu bringen“.

Ab 1860/61 gab es Gewerbefreiheit, das Recht der Freizügigkeit setzte sich 1867 durch. Nun durfte jeder siedeln, wo er ein Erwerbsgrundlage fand, als Folge differenzierte sich die Dorfbevölkerung zusehends und wuchs von 193 Einwohnern 1812 auf 298 im Jahre 1885. Nach dem Bau der Hafenanlagen auf der rechten Weserseite – der Freihafen wurde im Oktober 1888 eingeweiht – stieg die Attraktivität Lankenaus als Wohngebiet, denn hier waren die Mieten geringer als anderswo. Die neu hinzuziehenden Arbeiter mussten sich aber in politischer Hinsicht noch einige Jahrzehnte jenen Kräften fügen, die in Lankenau in langer Tradition die Geschicke bestimmten.

Ihre Angelegenheiten regelten die Bauern meist unter sich. In mindestens jährlichen Abständen versammelte sich die landbesitzende Dorfgemeinschaft, um über die Rechte am Gemeindeland zu verhandeln. Die Lankenauer tranken dazu ihr „Pfungsbier“. Absprachen, die man bei dieser überaus geselligen Zusammenkunft traf, waren für jedermann bindend. Geladen wurden allein die Grundbesitzer, von diesen wahrscheinlich nur die Vollbauern. Zumindest ist den Quellen nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob auch Köther (Kleinbauern) an diesen frühen Versammlungen teilnahmen. Es gab keinen Zweifel daran, wer im Dorf „das Sagen“ hatte, und bis weit in das 20. Jahrhundert sollte sich daran wenig ändern. Noch 1889 tagte die „Bauerschaft“, Johann Humund leitete als „Landswaren“ die Zusammenkunft. Parallel dazu existierte seit einigen Jahren ein zweites Gremium der kommunalen Selbstverwaltung: 1870 schrieb das „Gesetz die Landgemeinden betreffend“ die Direktwahl eines Gemeindevertreters und seiner Beisitzer vor. Nach wie vor rekrutierten sich die politischen Amtsträger aus den



Dorfschmiede in Rablinghausen, um 1900

alten Reihen. Albert Petersen, ein Großbauer, wurde der erste Gemeindevorsteher von Lankenu, auch die Weggeschworenen und Siedepuerten kamen aus seiner sozialen Schicht. Die Gemeindeversammlung tagte in Klattes Haus, auch er war ein Vollbauer. Immerhin lud man alle haushaltsvorsitzenden und männlichen Gemeindeglieder ein, auch die Häuslinge oder „Miethleute“, wie man sie im Protokoll nannte. Sie verfügten über je eine Stimme, den Grundbesitzern mit mehr als 24 Morgen standen 24 Stimmen pro Person zu. Dazwischen lagen die Köther mit je sechs Stimmen und die Brinksitzer mit zwei Stimmen pro Nase. Wer in Kost und Lohn oder unter „Curatel“ stand, öffentliche Armenunterstützung bezog oder in einem Debitelverfahren befangen war, hatte politisch keine Rechte, was auch für Frauen galt. Somit war sichergestellt, dass alles beim Alten blieb. Dennoch – die ersten Schritte zur demokratischen Selbstverwaltung waren zurückgelegt und die sich daraus entwickelnde Dynamik nicht mehr aufzuhalten, wie ein erster Machtkampf zwischen den Vertretern der alten und der neuen Zeit im März 1874 zeigt. Einige Mitglieder der Lankenuer Gemeinde – es waren die aus dem Arbeiterstand – empörten sich beim Landherrs über „das rücksichtslose Verfahren ihres Gemeindevorstehers“, der den Rechnungsabschluss für das vergangene Jahr, ohne ihn der Gemeindeversammlung vorgelegt zu haben, in alter Manier einfach abgezeichnet hatte. Außerdem forderten sie, die Versammlungen künftig von 6.00 Uhr abends auf später zu verschieben, schließlich wollten sie nicht durch jede Zusammenkunft $\frac{1}{4}$ Arbeitstag versäumen. Der Gemeindevorsteher fühlte sich durch die Beschwerde per-



Hof Petersen am Lankenauer Deich 71, um 1900

sönlich beleidigt und hielt eine Verlegung der Zeit für nicht zweckmäßig, „da dann wahrscheinlich noch mehr Mitglieder in noch aufgeregteren Zustand als bis jetzt der Fall eine ruhige Verhandlung der Versammlung beeinträchtigen würden.“ Am liebsten hätte die politische Elite den Zeitgeist ignoriert und wäre, wie in alten Zeiten, unter sich geblieben. Nachdem sich die ersten Wogen geglättet hatten, zeigte sich Albert Petersen flexibel und lenkte ein: Die nächste Versammlung fand um 8.00 Uhr abends statt, die Rechnungen wurden sorgfältig verlesen und noch einige Zeit zu jedermanns Einsicht bereit gehalten. Er blieb übrigens viele Jahre im Amt. Auch wenn er zahlenmäßig nicht die Mehrheit der Dorfbewohner vertrat, war Albert Petersen ein geachteter Mann in Lankenau. Das zeigte sich eindrucksvoll bei seiner Beerdigung, als beinahe das ganze Dorf bereitstand, um ihm auf seinem letzten Weg die Ehre zu erweisen.

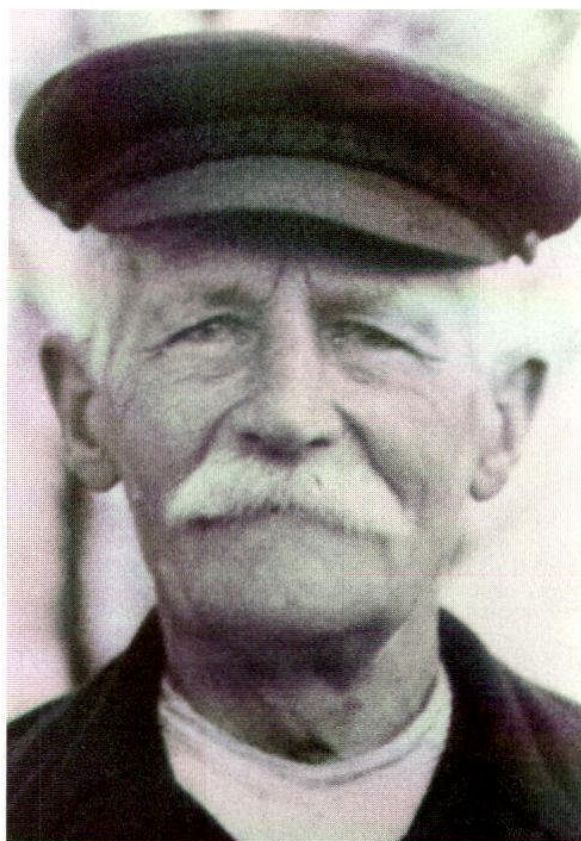
Bis nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich wenig an den politischen Mehrheiten im Dorf. Die Wahlklassen verringerte man auf zwei, die Zuständigkeiten der Gemeinde wurden erweitert. Die kirchliche Armenkasse ging in den Besitz der bürgerlichen Gemeinden über, auch das Schulwesen fiel in deren Aufgabenbereich. Die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts 1919 brachte die Abschaffung des Klassenwahlrechts, endlich durften auch die Frauen ihre Stimmen abgeben. Lankenau wählte als neuen Gemeindevorsteher den Sozialdemokraten Hüneke. Er galt den Lankenauern als strenger Mann, der winters pünktlich um 8.00 Uhr morgens kontrollierte, ob jeder den Schnee vor seiner Haustür gefegt hatte. Die in den 1920er Jahren

aufgewachsenen Kinder erinnern sich gern an ihn. Bei der Sperlingsplage 1925 – man mag kaum glauben, das es so etwas einmal gab – drückte er den erfolgreichen Jägern fünf Pfennige pro Spatz in die Hand. Auch mit erlegten Maulwürfen war Geld zu verdienen, und besonders findige Burschen stahlen die Kadaver nachts aus Hünekes Garten, um am nächsten Tag wiederum die Prämie zu kassieren. Politisch konnte Hüneke mit einer sicheren Mehrheit rechnen, er blieb bis 1933 im Amt.

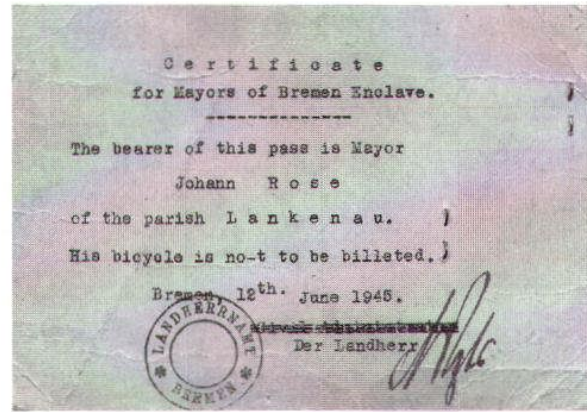
Die erste Gemeindeausschusssitzung nach der nationalsozialistischen Machtergreifung eröffnete der neu etablierte Vorsteher mit einer „markigen Rede“ und schloss mit dem Deutschlandlied. Seine Aufgabe erfüllte er nicht allein kraft einer demokratischen Wahl durch den Gemeindeausschuss, sondern der Landherr als „Führer“ des Landgebietes sprach ein gewichtiges und endgültiges Wort bei seiner Einsetzung. Wer politisch nicht in das System passte, war unwillkommen, und so vermerkt das Protokoll dieser ersten Sitzung lapidar: „Die Linke war nicht anwesend“. Ab 1937 wurde aus dem Gemeindevorsteher der Bürgermeister, im selben Jahr findet sich im Stempel der Gemeinde das Hakenkreuz. Als sich 1938 Bürgermeister Petersen weigerte, den nationalsozialistischen Forderungen gemäß aus der Kirche auszutreten, wurde sein Amt kommentarlos von einem anderen übernommen. Auch in Lankenu fanden sich genug Kandidaten, die die neue Ideologie tatkräftig unterstützten.

Die Protokolle der Sitzungen während der Kriegsjahre spiegeln nichts von den Katastrophen, die in der Welt passierten. „Verschiedenes lag nicht vor“, schließen die meisten Berichte, begleitet von der Formulierung „Einwendungen werden nicht erhoben“. Abgesehen von der Festsetzung der Hundesteuer verfügte der „linientreue“ Gemeindeausschuss mitsamt dem Bürgermeister kaum über eigene Kompetenzen.

Nach dem Ende des Krieges – Lankenaus Tage als selbständige Landgemeinde waren bereits gezählt – fanden sich kaum geeignete Kandidaten für den Bürgermeisterposten. Sie waren noch „bei der Wehrmacht“ und aus dem Krieg noch nicht ins Dorf zurückgekehrt, oder sie kamen als ehemalige Mitglieder der nationalsozialistischen Partei für das Amt nicht in Frage. Johann Rose war der letzte Lankenuer Bürgermeister, allerdings nur für gute sechs Monate. Ende Dezember 1945 wurden auch die letzten selbständigen



Gemeindevorsteher „Hüneke von der Straße“,
Mitte der 1920er Jahre



Ausweis von Bürgermeister Rose, 1945

Landgemeinden der Stadt zugeschlagen. Danach existierten im Niedervieland drei Ortsämter: in Strom, Seehausen und Lankenu. Auf der personellen Ebene änderte sich nichts, Bürgermeister Rose war nun Ortsamtsleiter. Sparmaßnahmen führten 1951 zu einer Eingliederung Lankenaus nach Seehausen, die Forderungen der Dorfbewohner nach einer „volksnahen Verwaltung“ blieben ohne Wirkung.

Die Contributionsbeschreibungen im 18. Jahrhundert lagern im Staatsarchiv unter STAB 2-Q.6.A.3. Dort befinden sich auch die Unterlagen zu den Handwerkern (STAB 2-Q.6.B.III.16), dem „Pfungsbier“ (STAB 2-Q.6.B.III.2 und Q.6.B.V.6 für Seehausen), den Anfragen um das Niederlassungsrecht (STAB 2-Q.6.B.III.7) sowie die Protokolle der Gemeindeversammlungen (STAB 6,20/8) und die Berichte darüber an den Landherrn (STAB 4,17 Lk 5). Zu den Ortsämtern des Niedervielandes sei die vom Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen herausgegebene Schrift *Leben aus der Gemeinschaft-Die Ortsämter in Bremen*, Bremen o.J., empfohlen. Die Gesetze zu den Landgemeinden finden sich in den Gesetzesblättern der Freien Hansestadt Bremen 1870, S. 251-277, Gbl. d. F. H. B. 1933, S. 35, Gbl. d. F. H. B. 1919, S. 249 und im Reichsgesetzblatt I, S. 49 und S. 343.

Wohnen in Lankenau

Arbeiterhäuser

Vermutlich gab der 1878 geborene Christian Friedrich Brauer seine Stimme bei der Wahl zum Gemeindeausschuß 1921 dem Sozialdemokraten „Hüneke von der Straße“ – wie er bei den Lankenauern nach seiner Adresse genannt wurde. Politisch stand C. F. Brauer noch weiter „links“ – als Beschäftigter im Hafen war er einige Zeit eingetragenes Mitglied der kommunistischen Partei. Gelernt hatte er den Malerberuf, aber um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, musste er flexibel sein. Als guter Tänzer eröffnete er in seiner Jugend eine Tanzschule – „da konnte man hübsche Mädchen kennenlernen“ –, bevor er bei der Lagerhaus unterkam. Der Spitzname „Schwungbein“ blieb noch lange an ihm haften. Etwa 1920 kaufte C.F. Brauer ein von der Pusdorfer Firma „August Reiners“ gebautes Haus am Lankenauer Deich, das aber nicht „in eins“ bezahlt werden konnte. Das finanzielle Risiko war groß, und hätte nicht ein nach Nordamerika ausgewanderter Bruder im letzten Moment unter die Arme gegriffen, wäre die Familie Brauer aus Lankenau wieder weggezogen. Der neue Wohnort lag in günstiger Nähe zu den Arbeitsplätzen der männlichen Familienmitglieder. Alle drei verdienten ihr Brot in Walle und Gröpelingen; die Hafenanlagen befanden sich in unmittelbarer Nachbarschaft. Die Weser



Typisches Arbeiterhaus am Lankenauer Deich, 1923



Gegen Bezahlung setzte der Fährmann Molde Passagiere über die Weser

stellte im Gegensatz zu heute kein Hindernis dar, man überquerte sie mit Fähren oder eigenen Ruderbooten.

In den folgenden Jahren lebten die Brauers am finanziellen Limit. Die Vermietung des Souterrains und einzelner Zimmer brachte etwas Geld ins Haus, Interessenten für billige Wohnungen meldeten sich zuhauf. Dazu gehörten auch einige Seeleute, die in Lankenau während der Ent- und Beladung ihrer Schiffe tageweise logierten. Die ersten Jahre in Lankenau blieben für die Familie Brauer schwierig, nicht nur wegen

der finanziellen Unsicherheit. Arbeiter, die ins Dorf zogen, mussten um ihre Akzeptanz kämpfen – im wahrsten Sinne des Wortes. „Wie wir hingezogen sind, waren wir Fremde“, erinnert sich der Sohn Walter Brauer. Die Integration gelang erst, nachdem sie sich „freigehauen“ hatten. Die Prügeleien fanden im Garten der Gaststätte Hinze statt, zuvor hatten die Männer „ordentlich aufgetankt“. Voß, ein alteingesessener Lankenauer, trug bei einer dieser Schlägereien ein blaues Auge davon, „danach waren wir anerkannt“. In den folgenden Jahrzehnten gelang der soziale Aufstieg; beim Bau des Neustädter Hafens gehörten die Brauers zu den Unternehmern am Ort. Sie hatten sich ein Fuhrgeschäft aufgebaut, fühlten sich als „alteingesessene Lankenauer“ und wehrten sich vehement, aber erfolglos gegen die Enteignung ihres Besitzes.

Interview mit Walter Brauer, geboren 1914, und Günter Brauer, geboren 1926.

Bauernhöfe

„Aufstehen, der Schwede kommt“, wurde Johann Rose begrüßt, wenn er die Kneipe betrat. Fast alle Dorfbewohner kannten die Erzählung, nach der 1648 im Jahr des Westfälischen Friedens ein Soldat in Lankenau zurückblieb, der als erster den Hof am Deich Nr.12 bewirtschaftete. Fünfzehn Generationen lebten seitdem von den Erträgen der Bauernstelle, die zu den größten im Dorf zählte. Jahrhunderte war das Anwesen dem „Meierrecht“ unterworfen, und die Abgaben an zwei verschiedene Gutsherren ließen sich die Roses jährlich bestätigen. Aus dem Jahre 1717 datiert die erste Eintragung, 1887 wurde zum letzten Mal bezahlt. Die Schriftstücke befinden sich in Familienbesitz.

Bei der Wahl der Vornamen zeigte man Tradition: Fast alle Hoferben hießen Lür oder Lüder. Johann Rose bildete eine Ausnahme. Als Jüngster übernahm er die Landwirtschaft erst, nachdem seine drei Brüder unerwartet in jungen Jahren starben. Sein berufliches

Ziel, Kaufmann zu werden, rückte in unerreichbare Ferne, seine Kenntnisse in der Führung eines Wirtschaftsbetriebes sollten ihm später zugute kommen. Der Hof prosperierte, vor allem durch die unternehmerischen Fähigkeiten von Dora Rose. Sie heiratete 1932 auf den Hof ein. Johann Roses Wahl fiel auf eine Frau, die schon von Kindesbeinen an mit allen zu einer Landwirtschaft gehörenden „Frauenarbeiten“ vertraut war. Dazu gehörte die Verantwortung für die Geflügelzucht, und wenn vor Weihnachten die Bestellungen aus Bremen eintrafen, scheute sie sich nicht, selbst das Schlachtmesser anzusetzen. Ihr wahres Steckenpferd blieb jedoch die Käseerei. Gelernt hatte sie das Handwerk schon in ihrer Jugend, auf dem Hof Rose machte sie ein florierendes Unternehmen daraus. 42 Geschäfte in der Stadt, darunter das Rote-Kreuz-Krankenhaus, belieferte sie mit dem von ihr hergestellten „Diät – Sahneschichtkäse“. Etwa ein Drittel der Milchproduktion des Hofes ging auf diese Weise in die Direktvermarktung. Für die Zustellung der Produkte spannte sie die gesamte Familie ein, die Kinder mussten auf ihrem Weg zur Schule die Kunden beliefern und in der Vorweihnachtszeit die bratfertigen Gänse per Fahrrad nach Schwachhausen bringen. Dora führte ein strenges Regiment, gegen ihre fünf Männer im Haus konnte sie sich gut behaupten. Vier Söhne und potentielle Hoferben hatte sie geboren und damit ihre



Schluck vorm Schlachten, um 1938

Stellung in der Familie gestärkt. Sie selbst fühlte sich nicht als emanzipierte Frau – war es aber. Durch ihre Tätigkeit trug Dora Rose nicht unerheblich zum Familieneinkommen bei, ihr „Beruf“ erfüllte sie mit großer Zufriedenheit. Die traditionelle Rolle einer Bäuerin hat sie nach ihrer eigenen Ansicht dennoch nie verlassen. Ihre Stärken zeigte sie ein weiteres Mal nach der Enteignung des Besitzes. Sie machte kein Hehl daraus, dass nach ihrer Meinung der Abriss von Lankenu nicht nötig gewesen wäre, „die hätten doch den neuen Hafen



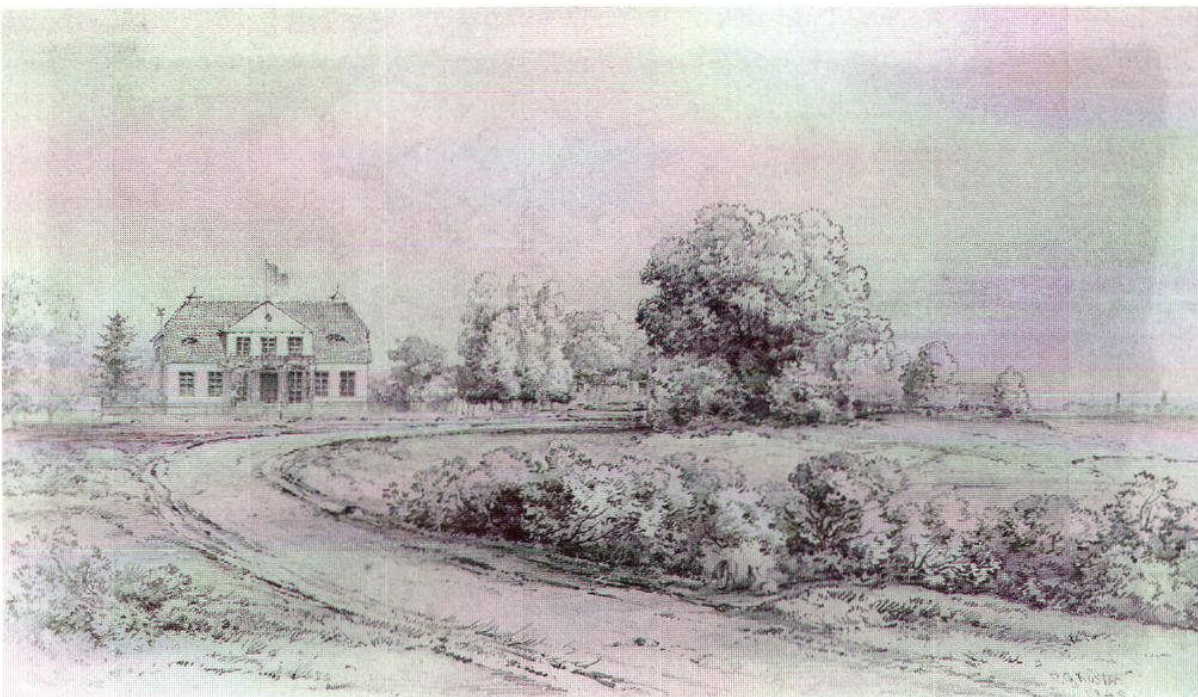
Auslieferungsfahrzeug für die Direktvermarktung

ins Feld bauen können“. Doch trotz der Trauer über den Verlust des Hofes gelang es ihr, der ungewohnten Situation etwas Gutes abzugewinnen. Endlich war sie nicht mehr sieben Tagen in der Woche an die bäuerliche Arbeit gebunden, und sie nutzte die Freiheit, um Reisen zu machen. Mit 59 Jahren erwarb sie den Führerschein und eine für sie neue Flexibilität, die sie auch im hohen Alter nicht aufzugeben gedachte. Dora Rose starb im August 2002 mit 99 Jahren.

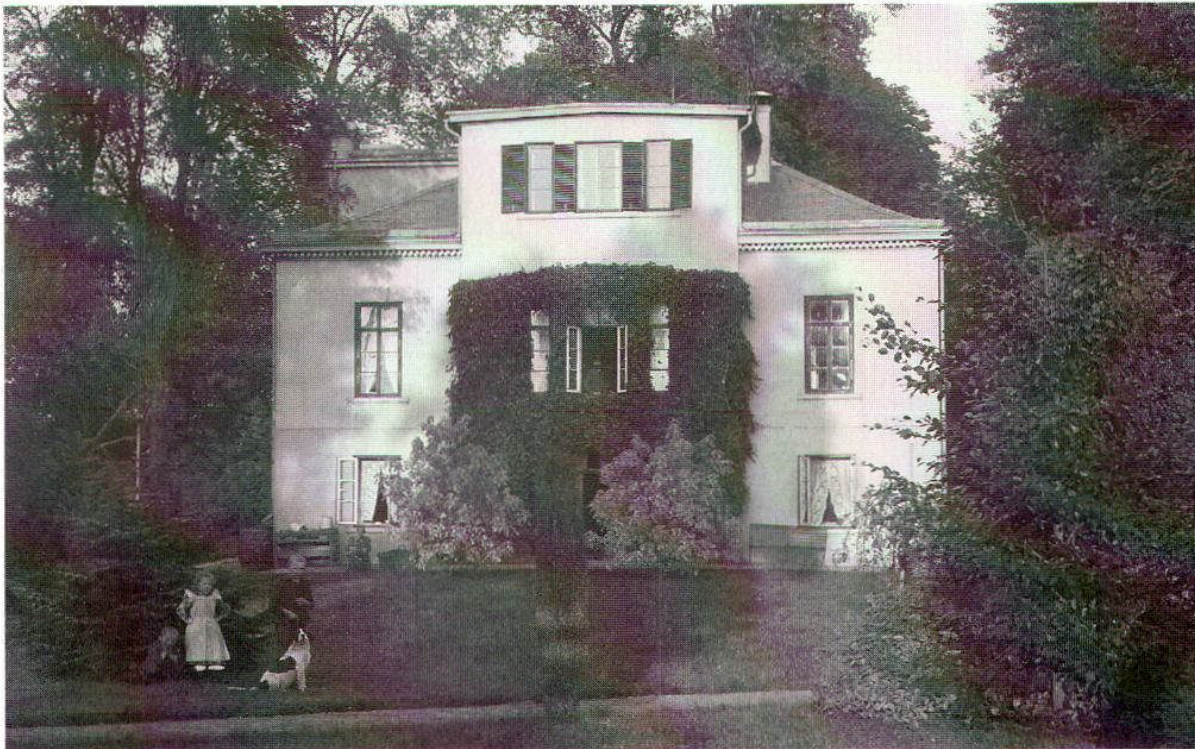
Interview mit Dora Rose, geboren 1903, und Hermann und Georg Rose, beide 1936 geboren.

Gutshäuser

In Lankenau gab es mehr „Vorwerke“ oder Gutshäuser als in allen anderen niederrheinischen Dörfern. Die Anwesen unterschieden sich nicht nur äußerlich von den großen Bauernhöfen. Es waren herrschaftliche und repräsentative Häuser, die sich wohlhabende Stadtbremer Familien für ihre Sommeraufenthalte bauen ließen. Die landwirtschaftlichen Flächen, die zu den Gutshöfen gehörten, wurden von einem Pächter, dem „Hofmeier“, verwaltet. Er hatte keinerlei Besitzrecht an dem Land, im Gegensatz zu den „echten“ Meiern in Lankenau, die ihre Höfe auf Lebenszeit besaßen. Das bekannteste Vorwerk am Lankenauer Deich 20 gehörte lange Zeit der Familie Noltenius. Ende des 17. Jahrhunderts errichtet, wechselten die Besitzer in den folgenden Jahrhunderten



Das Vorwerk des Konsul Boye, 1848



Haus der Familie Noltenius, um 1910

mehrmals. Illustre Namen sind in den Urkunden zu lesen, wie der von Dr. Isaak von Meinertzhagen, er ist uns bereits als Gohgräfe und oberster Gerichtsherr des Niedervielandes begegnet. Auch Dr. Melchior Holler, dessen Witwe das Vorwerk an die Familie Meinertzhagen verkauft hatte, ist in der Lankenauer Geschichte kein Unbekannter. Er war der Vertragspartner der Familie Pieper, die viele Jahre lang Abgaben an ihn leisten musste.

Das den ehemaligen Lankenauern bekannte Haus am Deich Nr. 20 wurde 1825 von der Frau des Bürgermeisters Schöne in Auftrag gegeben. Am 26. April 1854 kam das Gut in den Besitz der Familie Noltenius. In den ersten Jahren wurde es als Sommersitz genutzt, und die einzelnen Familienmitglieder lagerten für die Wochen ihres Landaufenthaltes ihre Kleiderkisten auf dem Dachboden. Friedrich Noltenius machte es zu seinem ersten Wohnsitz, er galt als „schwarzes Schaf“ der Familie, nachdem er seine Köchin geheiratet hatte. Der räumliche Abstand zu seinem berühmten Clan kam ihm wohl gelegen. Den Lebensstil behielt er nach dem Umzug bei. Mit Gärtner und Dienstmädchen führte er sein Landhaus fast wie ein herrschaftliches Haus in der Stadt, bei Stapelläufen oder anderen Großereignissen sandte er den vorbeifahrenden Schiffen einen Flaggengruß. Zuletzt bewohnten die Nachfahren der Familie Noltenius das Haus am Lankenauer Deich 20, 1966 wurde es abgerissen.

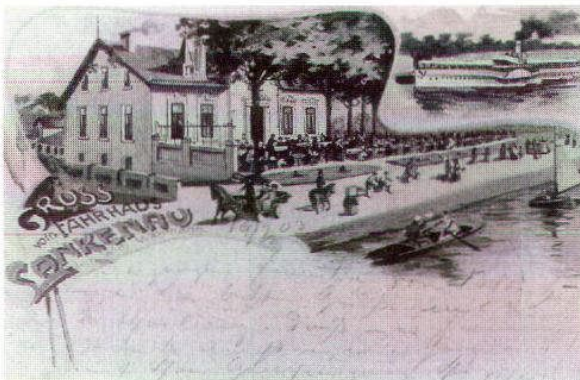
Interview mit Ursula Möse, zu den historischen Daten vgl. L. Halenbeck, *50 Ausflüge in die Umgegend von Bremen*, Bremen 1893.

Veronika Zill

„Das Baden in der Weser ist verboten“

Die Entdeckung des Strandes und der dörflichen Idylle

Friedrich Engels weilte ab 1838 für drei Jahre in Bremen, um nach dem Willen seines Vaters in der Hansestadt das Kaufmännische zu erlernen. Eines Sonntags im Juli 1840 begab er sich auf einen Ausflugsdampfer nach Bremerhaven. Kaum ließ das Schiff die Neustadt hinter sich, sah er bis nach Vegesack nur noch „bremische Wüste, rechts und links Weidengebüsch, sumpfige Wiesen, Kartoffelpflanzungen und eine Masse Braunkohlfelder“. Es regnete den ganzen Morgen, und das scheußliche Wetter mag Friedrich Engels' Blick auf die Landschaft getrübt haben, denn nicht wenige Zeitgenossen sahen das Gebiet vor den Toren der Stadt mit anderen Augen. Seit 1817 das erste Dampfschiff die Weser befuhr, nutzten mehr und mehr Bremer den Wasserweg für ihre Vergnügungsfahrten. Entlang des Flusses lockten Anleger, an denen die Boote ihre menschliche Fracht an Land entließen. Die Gasthöfe, die nahe der Stege auf Besucher warteten, konnten an schönen Sommertagen nicht über den Umsatz klagen. Zahlreich strömten die Stadtleute auch auf dem Landweg, der allerdings eine gute körperliche Konstitution verlangte. Die Fahrtrouten jener Zeit verhinderten ein komfortables Reisen, vor allem, wenn die Ausflügler die Grenzen der Stadt und damit die gepflasterten Straßen hinter sich hatten. Der Weg nach Woltmershausen und weiter nach Rablinghausen und Lankenu glich einem Abenteuer. Doch die Städter begannen das dörfliche Leben zu entdecken und scheuten weder Mühen noch Radbrüche, um einige freie Stunden oder gar Tage vor den Toren der Stadt zu verbringen. Den Lankenuern bedeutete das Interesse an der ländlichen Idylle eine zusätzliche Einnahmequelle, die sich einige beherzt erschlossen. Adam Storck berichtet 1822 von „Klattes Haus“ in Lankenu, das einen eigenen Anleger vorwies und damit Ziel so mancher „Lustschiff“ Passagiere war. Auch aus „höheren geselligen Zirkeln“ verzeichnete der Wirt Besucher. Deren Blick auf die Landbevölkerung



Postkarte mit dem Fährhaus Lankenu, vor 1903



Die Gaststätte „Lehnings Sommergarten“, um 1913

war ambivalent: Einerseits beneideten sie das friedliche Dasein der Dorfbewohner, ohne die Härten des Landlebens zu realisieren, andererseits konnten sie sich angesichts der einfachen Verhältnisse als besonders fortschrittlich und gebildet empfinden. Der „Zug aufs Land“, der in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzte, sollte bis zum Verschwinden von Lankennau anhalten. Verstärkt wurde dieser Trend durch die Entdeckung des Strandes. Sich freiwillig ins Meer oder einen Fluss zu begeben, um des Vergnügens willens darin zu baden, lag außerhalb der Vorstellung der antiken und mittelalterlichen Menschen. Sie fürchteten sich vor den Fluten, die unberechenbar und ohne Vorwarnung Häuser, Felder und Ernten zu überschwemmen drohten. Noch die im 18. und 19. Jahrhundert von den Pastoren an den Weserdörfern gehaltenen Predigten vermitteln ein Bild jener allgegenwärtigen Gefahr, gegen die weder „Menschenhilfe noch Kraft“ etwas auszurichten vermochten.

Der Blick auf den Streifen, an dem die Elemente Wasser und Erde aufeinander trafen, änderte sich um 1750. Nun galt der Strand als Ort der Romantik, der Erholung, der Erotik und der Gesundheitsvorsorge. Erst flanierten Aristokraten, später auch reiche Bürger in den neu gegründeten Seebädern an der Nord- und Ostsee. Nach Norderney, das 1826 als eine Hochburg des Badetourismus galt, verkehrte von Bremen aus ein regelmäßiges Dampfschiff. Der „einfache Mann“ hatte weder Geld noch Zeit, um solcherlei Vergnügen nachzugehen. Doch es sollte nur noch wenige Jahrzehnte dauern, bis das Baden auch für das „Volk“ zu einem beliebten Freizeit- und Feierabendpaß wurde.



Strandleben in Lankennau, um 1925

Warnung.

Das Baden oberhalb und unterhalb des abgesteckten Badeplatzes ist lebensgefährlich und wird hiedurch verboten.

Wer beim Baden außerhalb des durch Warnungspfähle abgesteckten Badeplatzes betroffen wird, soll unter Umständen sofort verhaftet und mit Gefängnisstrafe belegt werden.

Bremen, Mai 1857.

Die Polizei-Direction.



Wasserfreuden am Weserstrand, 1938

Die ersten Badeanstalten entstanden Mitte des 19. Jahrhunderts. Bald danach frönten die Bremer vom Peterswerder bis nach Mittelsbüren mit offizieller Genehmigung dem neuen Vergnügen. Gleichzeitig sah sich die Obrigkeit veranlasst, gegen das „wilde Baden“ vorzugehen, das nach landherrlichen Verordnungen (z.B. vom 17. August 1896) streng verboten war. An heißen Sommertagen machte sich die Exekutive auf den Weg, um Ordnungswidrigkeiten am Fluss zu ahnden. Am feinsandigen und besonders attraktiven Strand von Lankenau schritt der Landjäger aus Hasenbüren ein. So machte er unter anderem am 15. August 1898 „die Wahrnehmung, dass im alten Weserarm bei der Fähre zwischen Lankenau und Gröpelingen etwa 15 Personen sich badeten.“ Bei der Strafverfolgung zeigte sich die Obrigkeit unerbittlich. Die Mandate brachte der Mann mit der Pickelhaube persönlich vorbei; ein Beschuldigter, der weder zahlungsfähig noch pfändbar war, musste einen Tag Haft abbüßen, da er im Nichterscheinungsfalle mit einer Vorführung zu rechnen hatte. Für den Staat bot die konsequente Verfolgung der Ordnungsübertreter eine sprudelnde Einnahmequelle. Das Bußgeld betrug für Kinder zwei Mark, Erwachsene zahlten drei, später zwölf Mark in die Staatskasse.

Auch die im August 1898 bei verbotenen Tun Beobachteten konnte der Landjäger ermitteln. Unbeabsichtigt hatten sie am Tatort ein „Corpus delicti“, ein Etui mit Visitenkarten, zurückgelassen. Ihre Beteuerungen, die Sachen beim Brombeerpflücken verloren zu haben, wobei sie auch ein wenig die Füße ins Wasser gehalten hätten, ersparten ihnen die Ordnungsstrafe nicht. Die Mandate füllten nicht nur die Kassen, mit den ständigen Strandkontrollen gedachte die Obrigkeit außerdem, die „Sittlichkeit“ im Auge zu behalten. Immerhin entledigten sich die Badenden eines Großteils ihrer Kleidung oder sprangen sogar nackt ins erfrischende Nass. Die Sicherheit am Weserstrand konnten die Patrouillen wohl kaum garantieren, zu Badeunfällen kam es immer wieder. Von einem solchen Unglück berichtete der Molenwärter Diedrich Haase aus Rablinghausen am 22. April 1900. Er beobachtete fünf junge Burschen, die „auf einem Boot auf der Weser umher fuhren und allerhand Allotria trieben“. Ihrem Benehmen nach schienen sie nicht ganz nüchtern zu sein, und es ereignete sich ein folgenschwerer Unfall, bei dem einer der Beteiligten ertrank – was den Landjäger aber nicht davon abhielt, gegen die übrigen vier vorzugehen. Mittlerweile, so zeigt dieser Fall, gestaltete sich der Nachweis der Ordnungswidrigkeit zunehmend schwieriger. Auf die Anzeige bekannten sich nur zwei schuldig, die anderen bestritten die Tat. Der verhörende Polizeibeamte durchblickte den Schachzug, wie er in einer „ex officio Stellungnahme“ an seinen Vorgesetzten verriet: „Sie wollen die Gesamtstrafe geringer halten, die sie danach dann doch alle zusammen bezahlen.“ Meist handelte es sich bei den Beschuldigten um Arbeiter, die ohnehin mit jedem Pfennig rechnen mussten. Viele nutzten auch die Möglichkeit, Berufung gegen das Verfahren einzulegen oder wiesen Zeugen vor, die ihnen für die fragliche Zeit ein Alibi verschafften. Bis 1930 hielt den Landjäger aber nichts davon ab, seine Pflicht zu tun. 1928 erwischte er mehrere Personen, darunter viele Kinder aus Gröpelingen, die noch von Erwachsenen angestiftet worden waren, nur ruhig zu baden, da ihnen keine Gefahr drohe. Die Realität an den Stränden der Weser hatte die Gesetzgebung längst



Baden in Lankau vor dem Hof Petersen, um 1930

überflügelt. Für die in den 1920er Jahren aufgewachsenen Lankauer trübte die Angst vor einem nahenden Polizisten keineswegs die Wasserfreuden. Das Baden war ein verbreitetes Freizeitvergnügen für alle geworden, und im August 1930 lenkte der Senat endlich ein. Eine neue Badeordnung trug der Tatsache Rechnung, „dass das Baden in der Weser nicht kontrolliert werden kann“.

Veronika Zill

Die General-Akten der Polizeidirektion der Freien Hansestadt Bremen STAB 4,14/1, besonders VIII.F.17.n und VIII.F.18, geben Auskunft über das verbotene Baden. Friedrich Engels' Erinnerungen an seinen Aufenthalt in Bremen sind veröffentlicht in Friedrich Engels, *Über die Bremer – Briefe · Aufsätze · Literarisches*, Bremerhaven 1966. Zur Kulturgeschichte des Badens sei Alain Corbin, *Meereslust – Das Abendland und die Entdeckung der Küste*, Frankfurt/Main 1994, empfohlen. Zu den Wegen ins Nordvieland und zur Entdeckung der ländliche Idylle sind die *Geschichte(n) hinterm Tunnel – Ein historisches Lesebuch*, hrsg. vom Kulturladen Pusdorf, Bremen 1994, lesenswert. Das Landleben im 19. Jahrhundert beschrieb Adam Storck, *Ansichten der Freien Hansestadt Bremen*, Nachdruck, Bremen 1977. Den damaligen Blick auf die Dorfbevölkerung veranschaulicht J. G. Kohl in *Alte und neue Zeit – Episoden aus der Cultur=Geschichte der freien Reichs=Stadt Bremen*, Bremen 1971.

Das „Familien Licht-Luft-Bad Lankenau“

Das Familienbad am Lankenauer Strand bewirtschaftete der 1913 gegründete gleichnamige Verein. Die Initiative zum Bau ging vom Besitzer des Fährhauses aus, der als kluger Geschäftsmann die Zeichen der Zeit erkannte und sich ausrechnete, dass ein Bad vor den Türen seiner Gastwirtschaft seinen Umsatz steigern würde. In seinem Antrag an das Landherrnamt im Mai 1907 argumentierte er mit dem dringenden Bedürfnis nach einer derartigen Einrichtung und rannte offene Türen ein. Der Gesundheitsrat propagierte schon lange die „Wohltaten regelmäßiger Licht- und Luftbäder“ und sah darin „einen großen Nutzen für die Volksgesundheit bei verhältnismässig geringen Kosten“. Nun galt es, die Hürden der Bürokratie zu nehmen, und der behördliche Schriftverkehr zu Wähmanns Antrag zeigt, wer vor der Genehmigung eines Bades an einem öffentlichen Gewässer ein Wort mitredete. Zuerst musste die Deputation für die Unterweserkorrektion grünes Licht geben. Die Behörde trug die Verantwortung für die Schifffahrt, die sie durch eine Badeanstalt nicht beeinträchtigt hielt. Allerdings wies sie auf die Gefährdung ungeübter Schwimmer durch den Sog vorbeifahrender Dampfer hin. Den vorerst abschlägigen Bescheid verdankte Wilhelm Wähmann der Medizinalkommission, die „erhebliche hygienische Bedenken“ äußerte. Die Tatsache, dass sich die Auslaufstelle des linksweserischen Kanalnetzes nicht weit von der projektierten Badeanstalt befand, regte



Familie Lehde mit Freunden vor der Gründung des Familienbades, 1911



Feste im Familienbad Lankenau, Mitte der 1920er Jahre

Zweifel an der Qualität des Wassers. Also wurde der Rablinghauser Gemeindevorsteher zum Messen ausgeschickt und meldete eine Entfernung von 380 Metern. Das schien dem verantwortlichen Mediziner zu nah, der Antragsteller musste sich gedulden. Auch ohne offizielle Genehmigung herrschte auf Wähmanns Gelände ein reger Badebetrieb, wie die Beschwerde eines Mittelsbürener Wirtes zeigt, der sich am 7. August 1913 bitter beim Senat über den Lankenauer Konkurrenten beklagte:

„Mir sind zur Zeit vor Erteilung der Erlaubnis des Familienbades verschiedene Auflagen gemacht, wovon ich einen Kostenaufwand von 1500 M. gehabt habe. Ferner muß ich an die Unterweserkorrektion für die Benutzung des Strandes jährl. 200 M. abtragen. Dann muß ich dem stündig zu haltenden Badegehülfen wöchentlich 30 M. Lohn zahlen.

Seitdem nun in Lankenau gebadet wird, ziehen sich die Badegäste, besonders die jungen Leute mehr u. mehr von Mittelsbüren weg u. nach Lankenau hin, wovon ich enorm geschädigt werde. Dieses hat seinen Grund darin, wie ich von dem Publikum erfahre, dass die Badenden in Lankenau in Allem große Freiheit haben, sich also untereinander viel erlauben können und sich deshalb, besonders Kellnerinnen dort aufhalten, was besonders veranlasst, dass sich die jungen Leute dorthin ziehen.“

Die hier verurteilte Unsittlichkeit fand ihr Echo in einem Zeitungsartikel, in welchem ein Besucher „Unerquickliche Szenen im Familienbad Lankenau“ schildert:

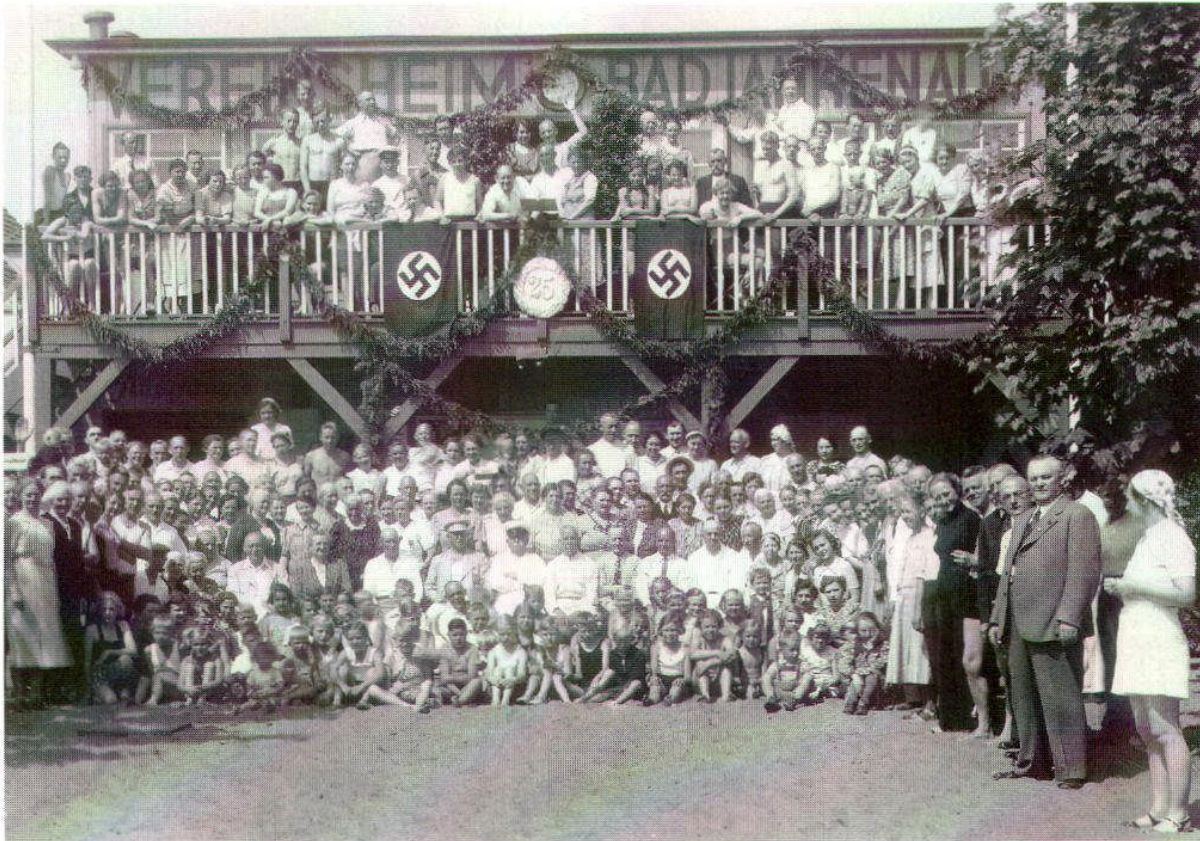
„Auch ich konnte der Versuchung nicht widerstehen, dem bereits vielbesprochenen Familienbad Lankenau einen Besuch abzustatten. Wir waren Zeugen einer direkt widerlichen Szene. U.a. waren da zwei Damen (es schienen Kellnerinnen zu sein) welche sich [...] nicht versagen konnten, ihre Körper den kühlen und wohltuenden Fluten anzuvertrauen. Genug, wenn ich sage, dass die betreffenden Damen in kurzer Zeit eine nach Hunderten zählende Menge, Männer, Frauen und Kinder um sich versammelt hatten.“

Am 23. April 1914 wurden solche Zustände am Lankenauer Strand – wenigstens vor Wähmanns Haustür – endlich beendet. Die jederzeit widerrufliche Erlaubnis, das Bad zu errichten, verband die Behörde mit Auflagen, die vor allem die Sittlichkeit betrafen. Der von jedem Besucher geforderte Anstand war streng zu beachten, photographische

Apparate oder gar Ferngläser auf dem Gelände blieben unter Androhung von Strafe verboten. Da Frauen und Männer gemeinsam badeten – ein erst nach Vorlage des Trauscheins gewährtes Privileg –, sollten die Geschlechter wenigstens einen gebotenen Mindestabstand wahren, und undurchsichtige, den Körper von den Schultern bis zu den Knien bedeckende Badekleidung tragen. Untersagt war es, in der Weser zu baden, gestattet wurde lediglich das „Plantschen“ auf einem eingefriedeten Strandstreifen, der bei Flut höchstens ½ m Wassertiefe aufweisen durfte. Dass diese Regeln vor allem auf dem Papier Gültigkeit hatten, zeigen die Strandfotos jener Tage, die auch beweisen, dass das Verbot zu fotografieren leicht umgangen werden konnte.

Eine andere Vertragsklausel dagegen sollte den Verein zukünftig noch teuer zu stehen kommen. Das Bauamt für die Unterweserkorrektion durfte jederzeit Änderungen am Weserufer vornehmen, ohne dass den Mitgliedern eine Entschädigung zustand. Zu Beginn der 1930er Jahre pochte der Staat zum ersten Mal auf sein verbrieftes Recht, der Verein erhielt die nicht erbetene Gelegenheit, einen Umzug zu üben. Auf dem Groden, unweit entfernt der ursprünglichen Stelle, entstand 1931 ein neues Vereinsheim. Für die erheblichen finanziellen Aufwendungen legten die Mitglieder ihr Geld auf den Tisch. Die Arbeit, die mit dem Bau verbunden war, nahmen sie ohne Murren auf sich. Das Engagement für „ihren Verein“ schien ihnen selbstverständlich, schon in den Jahren davor war es ihr Verdienst, dass das Familienbad Lankenau auch auf Bremer aus anderen Stadtteilen eine magische Anziehungskraft ausübte. Die zahlreich veranstalteten Sommerfeste lockten Besucher von weither, sie reisten mit der Straßenbahnlinie 7, der Fähre oder dem Fahrrad an. Die einmal im Jahr veranstaltete „italienische Nacht“ bot sogar den in Lankenau ansässigen Kindern einen Grund, den Eintritt von 50 Pfennig pro Nase zu bezahlen.

Die im Laufe der Jahre erbauten Ferienhäuschen im Bad wurden den Besitzern ein zweites Zuhause. In den heißen und sonnigen Sommermonaten verbrachten die Menschen ihre Freizeit vor den Toren der Stadt. Die Familie Lehde aus der Neustadt gehörte zu den Mitbegründern des Vereins und kam daher als eine der ersten in den Genuss einer Dependence auf dem Lande. Bei besonderen Ereignissen bildete das Domizil an der Weser einen Anziehungspunkt für den gesamten Freundeskreis. Beim Stapellauf der „Bremen“, einem der größten Passagierschiffe, das jemals von der „AG Weser“ gebaut wurde, nutzte jeder seine gute Beziehung zu Verwandten oder Bekannten in Lankenau, um einen „Logenplatz“ zu ergattern, wie sich die 1917 geborene Annemarie Cording erinnert: „An dem Tag hatten wir im Bad einen ungeheuren Besucheransturm, alle erhofften sich einen guten Ausblick hinüber zur ‘Akschen’. Wir hatten inzwischen ein festes Holzhäuschen mit vorgebauter Veranda. Auch wir hatten allerlei Besuch bekommen, die besten Plätze bekamen wir Kinder. Wir durften auf dem Dach unseres Häuschens sitzen und hatten von dort den herrlichsten Ausblick! Nun ging der Stapellauf los, die Besucher standen dicht gedrängt am Ufer entlang. Als der ‘Riese’ ins Wasser rutschte, ergoß sich eine gewaltige Flutmenge über den Werfthafendeich, und ehe alle Besucher am Strand das begriffen hatten, war die Welle auf unserer Seite angelangt, und all die Zuschauer



25-Jahr-Feier des Vereins „Licht-Luft-Bad Lankeneau“

standen knietief im Wasser. Das gab ein Gedränge und Geschubse. Wir auf dem Dach konnten uns an dem Schauspiel erfreuen.“

Von der politische Entwicklung nach 1933 blieb der Verein nicht unberührt. Man verabschiedete ohne Zögern den alten Vorstand und ersetzte ihn durch eine linientreue Führungsriege, welche die Geschicke „zum Wohle des Volkes“ leiten sollte. Obwohl bei der 25-Jahr-Feier 1939 das Vereinsheim mit den Symbolen nationalsozialistischer Macht geschmückt war, blieb die Politik im Familienbad weitgehend vor der Tür. Gerade hier wollte man doch den Alltag hinter sich lassen und Arbeitslosigkeit oder drohende Kriegsgefahr vergessen.

Während des Zweiten Weltkrieges blieb keine Zeit für ein geselliges Baden, das Familienbad verwaiste. Erst nach 1945 kehrte wieder Leben ein, mehrere Wochenendhäuser dienten Wohnungslosen als vorläufiges Zuhause.

Das Ende der stadtbekanntes Lankeneauer Einrichtung kam mit dem Ausbau des Hafens. Da sich das Gelände seit Gründung des Vereins im Besitz des Staates befand, erübrigte sich ein Enteignungsverfahren. Dennoch sollten mehr als zehn Jahre nach der Kündigung des Pachtvertrages K.K.Nr. 3109 am 10. November 1960 vergehen, bis das Familienbad endgültig seine Pforten schloss. Die Bemühungen um einen neuen Standort begannen sofort. Prominente Fürsprecher wie der Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller versprachen, „eine dicke Lanze“ für den Verein zu brechen. Als



Transport nach Arsten, 1970

Domizil schlug man ein Gelände in Arsten vor. In der Nähe des Korbhauses, einer 1984 abgebrannten Gaststätte am Weserdeich, ließ man sich schließlich nieder. Die Verhandlung für die Kostenübernahme zogen sich in die Länge, denn nachdem drei im Wege stehende Häuser abgerissen waren, hatte der Senat keine Eile zu entscheiden, aus welchen „Töpfen“ die Mittel für den Umzug kommen sollten. Immerhin belief sich der Voranschlag für die Erschließung des Geländes am Korbhaus inklusive der anfallenden Entschädigungszahlungen für Mitglieder, die nicht umzuziehen gedachten, auf 458 500 DM. Bei der 50-Jahr-Feier 1964 lag der Verein inmitten einer Baustelle. Der Zugang zur Weser war abgeschnitten, direkt am Gelände führte die Arbeitsstraße vorbei. Von Erholung konnte keine Rede mehr sein, und die Bitten der Vereinsführung um einen baldigen Umzug wurden drängender. Die meisten Lankenauer hatten das Dorf inzwischen verlassen, was Probleme besonderer Art mit sich brachte, wie ein Schreiben des Vorsitzenden Walter Schnitker an den Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr vom 14. Februar 1964 verdeutlicht: „Unser Vereinsgelände liegt jetzt sehr einsam und ist schutzlos aller Willkür preisgegeben ... Wie groß die Gefährdung des Geländes ist, zeigt der letzte Einbruch, bei dem 28 Häuschen aufgebrochen wurden. Wir mussten auch feststellen, dass unkontrollierbare Elemente in unseren Häuschen kampiert hatten. Unter anderem wurde auf Stearinkerzen eine Mahlzeit gekocht.“

Am 29. Juli 1968 genehmigte der Senat endlich 210 000 DM für die innere Erschließung des Geländes am Korbhaus. Die Umsiedlung begann im gleichen Jahr. Das Vereinsheim und die meisten Häuser riss man ab, einige wenige verfrachteten die Eigentümer per Tieflader an den neuen Standort. 1971 war der Umzug abgeschlossen. Ein Jahr später gab sich der Verein den Namen „Freizeitgemeinschaft Arsten e.V. ehem. Verein Bad Lankenau“.

Veronika Zill

Die Gründung des Familienbades ist in einem Aktenkonvolut im STAB unter 4,14/1 VIII.F.17.n und 4,14/1 VIII.F.18 zu finden. Ergänzend sind die Quellen des Gesundheitsrats, Akte betr. Licht und Luftbäder, allgemeines, 1906–1927, unter der Signatur M.II.c. 4,21 – 392 verwendet worden. Die Unterlagen über den Umzug nach Arsten sind ebenfalls im STAB unter 4,35/3 Heli V 17 einzusehen.

„Es waren schreckliche Zeiten...“

Bombennächte und Zwangsarbeit

Keine dreißig Jahre zählte Walter Brauer, als er 1941 vor Sewastopol im Schützengraben lag, neben sich einen Kameraden und doch allein. Über ihm explodierten die Leuchtraketen, und in dieser ausweglosen Situation hielt er es für angebracht, Bilanz zu ziehen. „Wenn ich morgen einen vorn Kopp krieg, hab’ ich wenigstens eine gute Jugend gehabt.“ Seine Gedanken gingen zurück nach Lankenau. Dort hatte er seine Kindheit und Jugend verbracht, doch der Ort seiner Sehnsucht schien lediglich aus der Ferne paradiesisch. Die Kriegswirklichkeit an der „Heimatfront“ sah anders aus. Das Dorf war in besonderer Weise gefährdet, weil es in der Einflugschneise zu den zweitgrößten Hafenanlagen Deutschlands lag. Auch die Konzentration der Schiffswerften am gegenüberliegenden Weserufer machte diesen Teil Bremens zu einem bevorzugten Ziel der alliierten Flugzeuge. „Der Engländer hat die Bomben, die er über den Häfen nicht los wurde, auf dem Rückflug über Lankenau ausgeklinkt“, lautet noch heute die Erklärung dafür. In Wirklichkeit ließ die Zielgenauigkeit der Angreifer, besonders in den ersten Kriegsjahren, zu wünschen übrig – zumindest aus deren Sicht. So galt der britische Luftangriff am 10. Februar 1941 eigentlich der Deschimag Schiffswerft auf der anderen Weserseite. Von den 150 eingesetzten Bomben, schlugen etliche in Lankenau ein. Fünf davon fielen auf den Bauernhof der Familie Seekamp am Lankenauer Deich 47, zum Glück verlor niemand sein Leben. Auch die 31 Stück Vieh gelang es, unversehrt ins Freie zu treiben. Alle Nach-



Brandbombeneinschlag auf dem Hof Vagt

barn beteiligten sich „lebhaft“ an der Bergung, was ihnen von Seiten der Luftschutzverantwortlichen des „Abschnitt Süd“ die Note „gutes Gesamtverhalten“ eintrug. Wegen der besonderen Gefährdung stellte die Heeresverwaltung rund um das Dorf mehrere Flugabwehrgeschütze auf und stationierte auf dem Groden eine Batteriebefehlsstelle der 5./Res. Flakabt. 262. Die Menschen fühlten sich gleichwohl nicht geschützt. Seit Kriegsbeginn plante das Luftschutzamt der Hansestadt 281 einsturz- und splittersichere Bunker, vor allem Erdbunker. Die Erfahrung lehrte jedoch, dass sie keineswegs sicher waren; bei einem Angriff auf Woltmershausen wurde ein solcher Schutzraum zu einem Massengrab für 19 Menschen. Die späteren bombensicheren Hochbunker ließen die Machthaber vor allem von ausländischen Zwangsarbeitern erbauen. Der Hochbunker in Lankenau befand sich am Boyesweg, etwa in der Mitte des Dorfes. Wer am Ortsrand wohnte, durfte bei Voralarm keine Zeit verlieren. Die Familie Petersen rechnete jederzeit mit diesem Notfall, der im Laufe der Kriegsjahre zum Normalfall wurde. Auf dem Anhänger ihres Fahrrads befestigten sie in weiser Voraussicht einen Stuhl, auf dem sich die Großmutter transportieren ließ. Die Maßnahme erwies sich als überlebenswichtig,



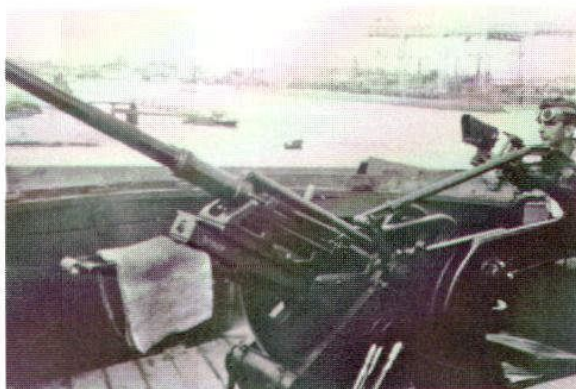
Die Familie Kriewitz, leicht verletzt nach dem 1. Luftangriff auf Bremen am 18. Mai 1940

denn das Bauernhaus wurde nicht nur einmal von Bomben getroffen. Der Bunker am Boyesweg sollte bei der Enteignung Jahrzehnte später noch zu einem Zankapfel zwischen den Behörden avancieren. Er war Bundeseigentum, und das Land Bremen besaß kein Recht an dem Bauwerk. Seiner Sprengung gingen etliche Verhandlungen voraus.

Der Bauunternehmer Mester und seine Frau gehörten zu den ersten Kriegstoten in Lankenau. Kurz vor dem Unglück kehrte er aus der Stadt in sein Heimatdorf zurück. Das Stadtgebiet galt als „Luftschutzort I.

Ordnung“, das ländliche Lankenau stufte die Behörde als Gebiet III. Ordnung ein, doch die erhoffte Sicherheit auf dem Land gab es nicht mehr. Ausgerechnet auf sein Haus, das nahe am Bunker stand, fiel eine Luftmine und tötete die beiden Bewohner. Zu diesem Zeitpunkt war bereits die gesamte Lankenauer Feldmark mit Bombenrichtern übersät, nur die dünne Besiedlung des Gebietes verhinderte eine steigende Anzahl von Opfern. Die Gefahr stieg mit den Kriegsjahren, ab 1942 änderten die Gegner ihre Strategie. „Area bombing“, die flächendeckende Bombardierung von Wohngebieten, begann. Dagegen nutzten auch die Sperrballons über Lankenau nichts. Am 18. März 1943 tauchten die ersten amerikanischen Flugzeuge am Bremer Himmel auf, am 13. Juni des selben Jahres starteten sie eine Großoffensive auf die U-Bootwerft der „AG Weser“. Sie lag dem Dorf genau gegenüber, und die Auswirkungen des Krieges standen den Bewohnern täglich mehr vor Augen. Den schwersten Angriff erlebte Bremen in der Nacht vom 18. auf den

19. August 1944. In fünf Wellen flogen 273 britische Bomber über Bremen, die gesamte Stadt war ihr Zielgebiet. In dieser Nacht wurde auch die fast 200 Jahre alte Rablinghauser Kirche zerstört; die Schule der Lankenauer Kinder an der Wiedhofstraße, die bereits vorher Beschädigungen aufwies, brannte bis auf die Grundmauern ab. Der Schrecken nahm kontinuierlich zu, bei Helligkeit griffen die Amerikaner an, bei Dunkelheit kamen die Engländer. Das „round the clock-bombing“ traf besonders die Zivilbevölkerung. Immer mehr Nächte verbrachten die Menschen im Bunker, zeitweise konnten sie ihn tagelang nicht verlassen. Die in den 1930er Jahren geborenen Kinder kannten nichts anderes als Krieg. Auch Hermann Rose und sein Bruder Georg lernten, mit der Gefahr umzugehen. Gelassen beobachteten sie, wie direkt über ihrem Haus die Bomben ausgeklinkt wurden, sie wussten aus Erfahrung, dass sie erst auf der anderen Weserseite einschlagen würden.



Flakschütze in Lankenau, 1940



Hochbunker am Boyesweg

Wie alle Bremer sehnten die Lankenauer das Ende des Krieges herbei. Eine Gruppe allerdings, nämlich die im Dorf lebenden Zwangsarbeiter, wussten, dass mit der steigenden Frequenz der Luftangriffe der Tag ihrer Befreiung nahte. Gleichzeitig stellten die Brandbomben, Sprengbomben, Luftminen oder Markierungsbomben, die sogenannten „Christbäume“, für sie eine besondere Bedrohung dar, denn der schützende Bunker blieb ihnen verwehrt. Während fast alle anderen zum Boyesweg eilten, schloss man Zwangsarbeiter auf den Höfen ein – schließlich waren sie in dieser Zeit ohne Aufsicht. Fast jeder Bauer in Lankenau bewirtschaftete seinen Hof mit Hilfe von holländischen, französischen, polnischen oder russischen Hilfskräften. Sie waren nicht freiwillig in das Dorf gekommen und den Landwirten von der Behörde zugewiesen worden. Die Zwangsarbeiter auf den Lankenauer Bauernhöfen wurden unterschiedlich behandelt – die meisten von ihnen schlecht. Die nationalsozialistische Rassenideologie vom „russischen und polnischen Untermenschen“ war vielen in Fleisch und Blut übergegangen und fand in der Praxis ihre Anwendung. Nach ihrer Befreiung bestätigten mehrere Zwangsarbeiter, dass man sie „wegen Geringfügigkeiten entsprechend der Naziparolen“ verprügelt hatte. Diese Behandlung, dazu der ständige Hunger und die harte Arbeit, führten bei einigen zu Hass gegen die Unterdrücker, der nach Kriegsende ein Ventil fand. Ein Bauer wurde in einem Racheakt in die Weser getrieben – so jedenfalls besagen es die Gerüchte. Was



Flakeinheit auf dem Lankenauer Groden

im Mai 1945 wirklich geschah, lässt sich nicht mehr herausfinden. Tatsache bleibt, dass der betroffene Bauer bei Kriegsende verschwand. Dass für die meisten Lankenauer ein Racheakt glaubhaft schien, zeigt auch, dass sie von der elenden Situation der Zwangsarbeiter wussten. Auf dem Dorf lässt sich nichts verbergen, jeder, der auf dem Land wohnt, kann ein Lied davon singen.

Der aus Polen stammende Alfons T. hatte Glück im Unglück. Zwanzig Jahre zählte er, als er 1943 auf einen Hof an der Lankenauer Landstraße 166 kam. Unter „persönlicher Verantwortung“ sowie gegen den Einspruch der NSDAP und anderer Bauern hatte Georg Haake ihn aus einem „Russenslager“ in Woltmershausen geholt. Er durfte mit der Bauernfamilie am Tisch essen, sogar Weihnachten mit ihnen feiern, und sein „Arbeitgeber“ sorgte dafür, „dass uns bei Alarm der Zutritt zum Hochbunker nicht verwehrt wurde.“ Solch „überaus freundliche und humane Einstellung gegenüber den ausländischen Arbeitern“ stand im Gegensatz zu der Auffassung der meisten anderen Bauern – nicht nur in Lankenau. Seine Haltung brachte Georg Haake „viele Unannehmlichkeiten seitens der Bauern und der NSDAP“, zeigt aber auch, dass Widerstand durchaus möglich war. Einige ehemalige Zwangsarbeiter blieben nach der Rückführung in ihre Heimat den Lankenauer Bauernfamilien verbunden und hielten Kontakt. Es sind wenige, und ihr Schicksal während der Kriegsjahre ist nicht repräsentativ für das der meisten Zwangsarbeiter.

Veronika Zill

In drei Arbeiten, die sich im STAB befinden, wurden der Luftschutz und die Luftangriffe auf Bremen von Jörg Fechtmann, Gerd Tielebier und Reinhold Thiel wissenschaftlich untersucht. Der Letztgenannte hat auch *Die bremische Flugabwehr im Zweiten Weltkrieg*, Bremen 1995, veröffentlicht. Die Quellen zu den Luftangriffen auf Lankenau sind im STAB unter 4,77/1-46, 4,77/1-102 und STAB 3,1-M.2.h.3.Nr.144 I zu finden, ebenso die Verhandlungen unter 4,35/3 I. Heli B36. Die Schriftstücke zur Zwangsarbeit stammen aus dem privaten Archiv von Hinrich Haake.

„Endlich Frieden“

Frauen- und Kinderalltag in Bad Lankenau nach 1945

Der Krieg machte das Familienbad zu einem gefährlichen Ort, die Folgen waren nach 1945 mit den Händen zu greifen. Versprengte Bomben, gestrandete Schiffe und zurückgelassenes Kriegsgerät zogen die Kinder trotz des elterlichen Verbots magisch an. Die Besitzer der Wochenendhäuser kamen schon lange nicht mehr dazu, „nach dem Rechten zu sehen“, das Vereinsleben stand still. Die Not setzte neue Prioritäten, und in „Bad Lankenau“ sollte für einige Jahre nichts mehr so sein, wie es einmal war. Einige Eigentümer verpachteten oder verkauften ihre Häuser an obdachlose Familien, einen anderen Teil erhielt das Arbeiterhilfswerk zur Errichtung einer Kinderkurstätte. Die karitative Organisation hatte sich aus der im Krieg verbotenen Arbeiterwohlfahrt reorganisiert. Bremen beschritt einen Sonderweg und schloss im Gegensatz zu anderen Städten die kommunistischen Mitglieder nicht aus. Einige Jahre später gliederte man im Zuge einer Umstrukturierung des Verbandes das Arbeiterhilfswerk in die Arbeiterwohlfahrt ein.

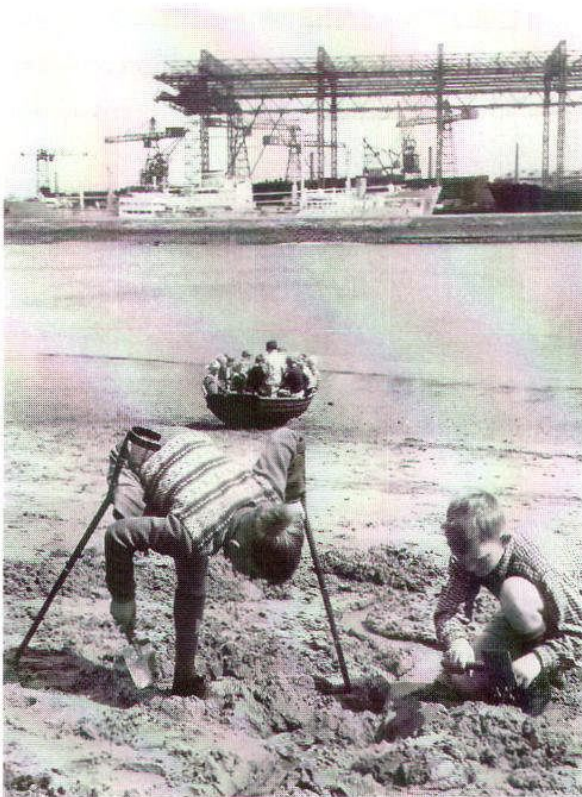
Die Idee, für bedürftige Kinder eine stadtnahe Erholung zu bieten, entsprach einer langen Tradition. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts propagierten eigens dafür gegründete Verbände wie der „Verein Prießnitz“ oder der „Verein für Ferienkolonien“ diesen Ge-



Aufräumarbeiten am Lankenauer Strand, 1946

In Lankenau
 da ist der Himmel blau
 da tanzt der Ziegenbock
 mit seiner Frau-
 im Unterrock!

Kinderlied über Lankenau



Kurstätte Bad Lankenau, 1948

einer besonderen Einschätzung des Ernährungsamtes immer gut gefüllt, die Verpflegung nach dem „Rationssatz A“ stellte die Einrichtung den Krankenhäusern gleich. Den privilegierten Status sicherten Spenden aus dem Ausland. Im Bad Lankenau gab es keine Lebensmittelknappheit. Das wussten auch jene, denen es nicht so gut ging, wie die Polizeiberichte beweisen. Immer wieder gelang es den Hungrigen außerhalb der eingezäunten Kurstätte, die Wachmänner zu überlisten. Das Ende der Stadtranderholung für Kinder kam mit dem Hafenausbau. 1961 schloss die Arbeiterwohlfahrt ihre Pforten am Lankenauer Deich. Die Organisation erhielt am 17. Mai 1963 eine Entschädigung von 35 000 DM für die in den vergangenen fünfzehn Jahren errichteten Gebäude. Das Geld

danken. Für die durch den Krieg traumatisierten Kinder gab es außerhalb der Kurstätte kaum Angebote, den erlebten Schrecken zu verarbeiten. Im Sommer 1946 kamen die ersten zur „Stadtranderholung“ nach Lankenau. Zunächst fanden pro Jahr vier bis fünf Kuren mit bis zu 350 Personen statt, nach der Währungsreform, als die finanzielle Unterstützung für das Projekt geringer ausfiel, reduzierte man die Zahl. Wer dabei sein durfte, entschied das Jugendamt. Immer überstieg die Schar der Anwärter die vorhandenen Plätze, und nicht jede Bitte ließ sich erfüllen. Die Kuren dauerten vier bis sechs Wochen, die Kinder reisten aus allen Stadtgebieten an. An Sammelstellen von Betreuerinnen aus Lankenau erwartet, brachte man sie mit der Straßenbahn, der Fähre oder auf der Ladefläche eines alten Lastwagens ins Bad. Der reglementierte Tagesablauf sah heilgymnastische Übungen ebenso vor wie freies Spiel, beaufsichtigtes Baden, regelmäßige medizinische Untersuchungen oder den für die kleineren Kinder obligatorischen Mittagschlaf. Die drei pro Tag verabreichten Mahlzeiten gehörten zu den Höhepunkten: „Nie wieder war der Butterkuchen so gut wie in Lankenau“, erinnert sich eine Zeitzeugin an die sonntägliche Verköstigung, von der auch das Personal profitierte. Tatsächlich waren die Vorratskammern dank



Wiegen der Kinder, 1948

investierte man in andere Projekte. Schon in den 1950er Jahren war es zu einer ersten Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte gekommen: „Stadtranderholung für Großmütter“ lautete ein neues Programm, das Engagement des Wohlfahrtsverbandes in der „Altenpflege“ hatte begonnen.

Gewichtszunahme der 9. Klasse im Kurkennau 1948

	Bis vorher	1/2 kg	1 kg	1 1/2 kg	2 kg	3 kg	4 kg	5 kg	6 kg	abgenommen
9. Klasse von 1.6. bis 1.8. → Kinder	1	9	35	70	156	64	21	2	1	—

357 Kinder gewogen
Durchschnittszunahme: 2,072 kg

Tabelle zur Gewichtskontrolle

In direkter Nachbarschaft zur Kinderkurstätte wohnten in den Jahren nach Kriegsende mehrere ausgebombte Familien. Auch deren Kinder litten unter der Lebensmittelrationierung und mogelten sich gelegentlich unter die in langen Essensschlangen anstehenden Kurkinder. Wiltrud Meineke und Friederike Butkus brachte die Sorge um ihre Kinder zusammen, ihre Freundschaft hält bis heute.

Eigentlich hätten sich die beiden Frauen schon lange vor 1946 über den Weg laufen können, denn Friederike kam als Kind während der Sommerferien fast täglich mit der Fähre von Gröpelingen nach Lankenu zum Baden. „Da oben auf dem Deich, da muss Amerika sein“, staunte sie als Sechsjährige beim Anblick der imposanten Bauernhöfe auf dem Weserdeich. In diesem „Amerika“ lag Wiltruds Zuhause, das für sie in keiner Weise dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten glich. Mit zwei Brüdern wuchs sie in einem Haus am Lankenuer Deich auf. Sie gehörte zu jenen Dorfbewohnern, die es „nicht



Notunterkünfte im Familienbad Lankenu, um 1948

Dicke hatten“. Der Vater fand sein Auskommen bei der städtischen Müllabfuhr, die zu Beginn seiner Berufsjahre noch mit Pferden arbeitete. Sein Einkommen reichte gerade, um die Familie zu ernähren, vor allem, „weil die Mutter gut wirtschaften konnte“. Auch Wiltrud liebte es, am Sandstrand zu spielen, allerdings gestattete die Mutter ihrer Tochter dieses Vergnügen erst nach Erledigung der Haushaltspflichten. Als einziges Mädchen in der Familie war sie für „Frauenarbeit“ zuständig, ein ärgerlicher aber unverrückbarer Tatbestand.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zogen beide Frauen mit ihren Familien in ein ehemaliges Wochenendhaus im Familienbad. Die vorherigen Besitzer freuten sich, ihr Eigentum gerade noch rechtzeitig in klingende Münze umzusetzen; nicht wenige benachbarte Badehütten waren von den frierenden Anwohner in den kalten Nachkriegswintern bereits zu Brennholz verarbeitet worden. 1400 Mark musste Wiltrud Meineke für ihr Haus auf den Tisch legen, es war ihr gesamtes Ersparnis. Bald zeigte sich, dass zur Ausstattung der Badehütten, für eine ganzjährige Bewohnung nicht konzipiert, weder Wasser noch Strom oder gar Toiletten gehörten. Die Frauen ahnten, dass ein Umzug in ein komfortableres Zuhause nicht in Aussicht stand, also krepelten sie die Ärmel hoch und zogen die Hosen an. Frauen in „Männerkleidung“ waren noch kein alltäglicher Anblick, besonders nicht in einem Dorf wie Lankenu. Doch Wiltrud Meineke war bereits geübt darin. Während des Krieges sah sie sich gezwungen, nicht nur die Aufgaben, sondern auch die Konfirmationshose ihres Bruders zu übernehmen. Als erste Baumaßnahme zimmerten sie gemeinsam mit den Ehemännern einen „Donnerbalken“. Wasser gab es nur aus einer Pumpe, die aber einige hundert Meter entfernt auf dem Hof eines benachbarten Bauern stand. „Mit einem Eimer Wasser schrubbt sie das ganze Haus, und von dem was übrig bleibt, kocht sie noch Kaffee draus“, lautete ihre Devise, und mit dem kostbaren Nass sparsam umzugehen, ist bis heute Gewohnheit geblieben. Für Wärme sorgte ein alter Kanonenofen, dessen Kapazität in den kalten Wintermonaten 1947/48 nicht ausreichte. Nach frostigen Nächten hingen die Eiszapfen von der Decke, der Fußboden vereiste. Heizmaterial musste „organisiert“ werden, und Wiltrud Meineke stockte den Brennvorrat auf, indem sie am Ufer der Weser aus den Eisschollen Kohlestückchen herauschlug. Entlang des Flusses existierten mehrere Verladeplätze, von dort trieben in Eis eingeschlossene Kohlereste direkt an den Strand des Familienbades. Die harte Arbeit trug ihr eine schwere Nierenbeckenentzündung ein. Das Beschaffen der Lebensmittel wuchs zu einer tagesfüllende Aufgabe. Glücklicherweise arbeiteten die Ehemänner beim „Amerikaner“, so verfügte man über „Tauschgüter“. Jeder wusste, was ein Eimer Farblack, eine Schachtel Zigaretten oder

Ab 1946 lebte Friederike Butkus mit ihrer Familie für mehrere Jahre in Bad Lankenau



ein Stück Seife in Eier, Butter oder Milch umgerechnet wert war. Zu den Lankenauer Bauern gingen sie nur in Notfällen, „viele waren geizig“. Wie alle anderen nutzten die Frauen jeden Quadratmeter Boden, um Kartoffeln oder Gemüse anzupflanzen. Kaninchenverschläge und Hühnerställe klebten an jedem Haus, der Sonntagsbraten blieb dennoch die Ausnahme. Wenn es ans Schlachten ging und niemand zur Stelle war, galt es, selbst Hand anzulegen. Doch trotz der Schwierigkeiten, das Überleben der Familie zu sichern, denken die beiden Freundinnen gern an die vier Jahre im Familienbad Lankenau zurück. Vor allem die Samstagabende, die sie bei Schwof und Tanz im Fährhaus Lankenau verbrachten, möchten sie nicht missen. Den aus schwarzgebranntem Kartoffelschnaps hergestellten Eierlikör brachte man zur Tanzveranstaltung mit. „Tante Käthe“ vom Fährhaus kassierte dafür den üblichen Obolus Korkengeld. Es waren schwierige Jahre – aber nicht nur. Das Lebensgefühl jener Zeit war auch geprägt von dem Umstand, den Krieg überstanden zu haben, jung und noch einmal davon gekommen zu sein.

Veronika Zill

Die Informationen zu den Notunterkünften im Familienbad verdanken wir Wiltrud Meineke, geboren 1925, und Friederike Butkus, geboren 1917. Die Akten über die Kinderkurstätte befinden sich im Archiv der Arbeiterwohlfahrt in Bremen, die Fakten über die Auflösung der Kurstätte sind im Staatsarchiv Bremen unter 4,35/3 Heli V 17 nachzulesen.

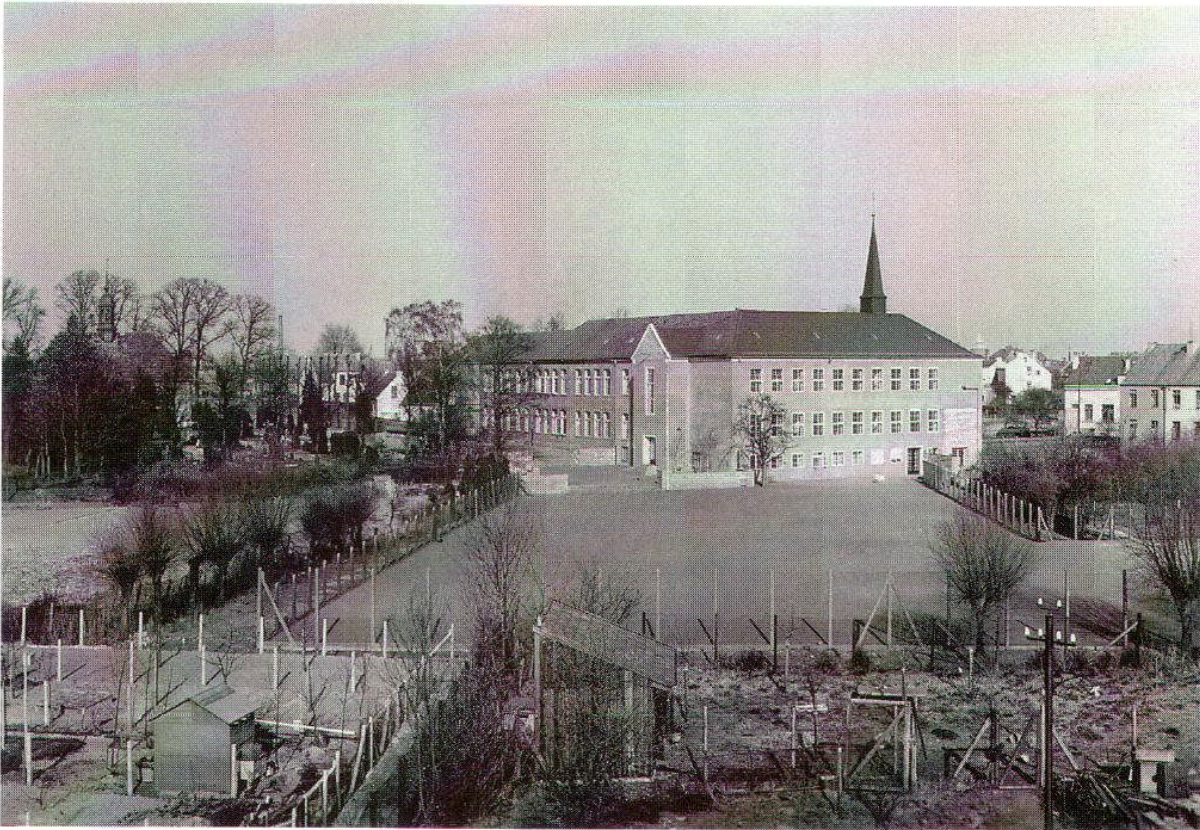
Alltagsfreuden – Alltagsorgen

Schule und Ferien, Arbeit und Freizeit

Bernhard Knust war am Lankenauer Deich 58 zu Hause. Auf seinem Weg zur Schule in den 1920er Jahren kam er am Bauernhof von Tönjes Klatte vorbei, auf dem er den größten Teil seiner Freizeit verbrachte. Danach lag noch das Haus seiner Großeltern an seiner Strecke, lauter für ihn wichtige Adressen, die er auf seinem Heimweg ansteuerte. Überall fühlte er sich zu Hause und war damit in der glücklichen Lage, sein „Mittagsmenü“ zu wählen. Hörte er ein „Pannkoken gefft's“ aus Großmutter's Küche, fiel die Entscheidung in Sekundenschnelle.

Seine Vorbereitung auf „den Ernst des Lebens“ fand in Rablinghausen statt, eine Schule in Lankenau gab es nicht, Unterricht für die Kinder des Dorfes hingegen schon – zumindest für einige Jahre. Denn in die 1690 gegründete Kirchspielschule im Nachbardorf mochten die Lankenauer Großbauern ihre Kinder nicht schicken. Sie zogen es vor, ihren Sprösslingen das ABC in der Stube eines Bauernhofes beibringen zu lassen. Der 17-jährige Hilfslehrer, der sich 1768 der Dorfjugend annahm, stand zwar unter der Aufsicht des Rablinghauser Pastors, doch bezahlt und kontrolliert wurde er von den Bauern. Das Schreiben und Lesen vermittelte er seinen Schülern mit Hilfe der Bibel, dem wichtigsten Lehrmittel jener Tage. Wer den Unterricht besuchen durfte, entschied damals noch allein die Eltern. Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht 1844 wehte ein anderer Wind. Nun diente die Schule nicht mehr nur dazu, auf ein gottgefälliges Leben vorzubereiten. Die neuen Lehrpläne forderten auch Kenntnisse in den „Realien“ wie Naturkunde oder Geographie. Die Nützlichkeit dieses Wissen vermochten viele Landbewohner nicht einzusehen, doch Erziehungsberechtigte, die das Schulgeld sparen oder ihre Kinder wegen der Arbeit auf dem Hof nicht entbehren wollten, mussten mit Strafanzeigen rechnen.

Für die in den 1920er und 1930er Jahren aufgewachsenen Kinder war das alles längst Geschichte. Wochentäglich, auch samstags, mussten sie in die Wiedhofstraße. Nur an besonders kalten Wintertagen, wenn Bauer Pooß mit dem Pferdeschlitten vorfuhr, um seinem einzigen Sohn den langen Fußweg zu ersparen, kamen auch die anderen in den Genuss einer Freifahrt. Der Weg war nicht nur Last, sondern bot auch die Möglichkeit, allerhand „Erfahrungen“ zu machen: Mädchen ärgern, sich verlieben, Eis „probieren“, bei Ehlers die Gräben „testen“, ein kurzes Weserbad nehmen oder Äpfel klauen; die täglichen drei bis vier Kilometer ergänzten die schulischen Vorbereitungen auf das Leben. Nach dem stundenlangen erzwungenen Stillsitzen tat es zudem gut, sich richtig auszutoben. Auch wer in der Gruppe der Stärkste war und wer sich zu fügen hatte, konnte auf dem Heimweg geklärt werden. Nur schade, dass die Lehrer am nächsten Tag



Der Schulneubau an der Wiedhofstraße, 1937



Wandmälde in der Schule an der Wiedhofstraße mit einer Darstellung des Niedervielandes, um 1937



Lehrerkollegium der
Rablinghauser Schule,
Mitte 1930er Jahre



Weihnachtsspiel im
Odeum unter der Regie
von Lehrer Wöhlbier,
um 1928



Klassenausflug nach
Neuwerk mit Lehrer
Schröder, um 1934

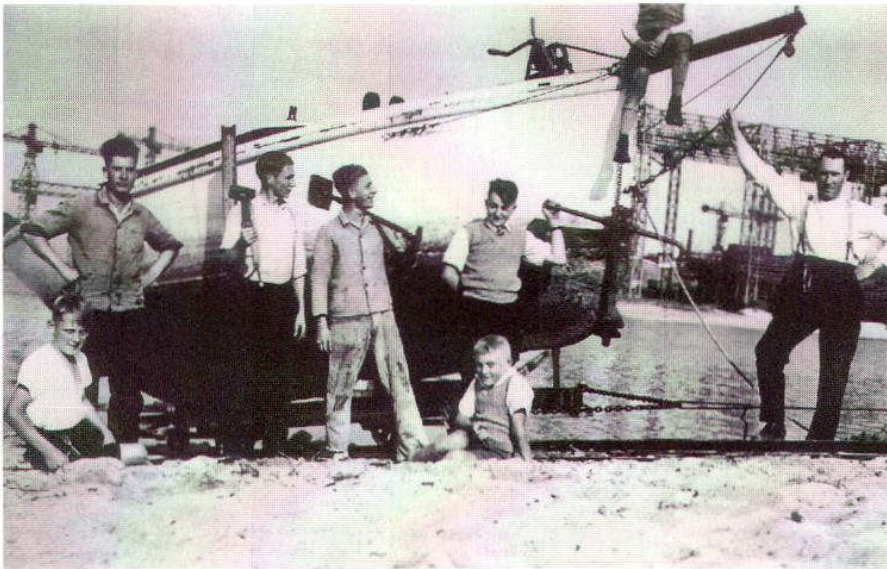
Schlittenfahrt mit
Bauer Pooß, um 1928



meist wussten, was außerhalb der Wiedhofstraße vorgefallen war. Der Rohrstock kam auch bei diesen Verfehlungen zum Einsatz, auf den sich einige Pädagogen bestens verstanden. Körperliche Bestrafungen gehörten zum selbstverständlichen Erziehungsinstrumentarium und waren auch den Eltern aus ihrer Kindheit bekannt.

1936/37 errichtete die Behörde einen Neubau, der als modernster in Bremen galt. Die Schule besaß einen Lichthof, einen Zeichen-, Musik- und Physiksaal sowie Aquarien und Terrarien in den Fluren. Sie machten den Biologieunterricht anschaulich. Die Kinder durften zusehen, wie die Schlange eine Maus vertilgte. Als Futter für die Fische brachten sie aus Faßmers Graben die Wasserflöhe mit. Nur sieben Jahre existierte das Haus an der Wiedhofstraße, bevor es einem Bombenangriff im August 1944 zum Opfer fiel. Die Schule wurde nicht wieder aufgebaut. Die Einrichtung an der Rechtenflether Straße nahm die Lankenauer bis zur Gründung einer neuen Rablinghauser Schule am Dorfkampsweg im Jahre 1951 auf. Dadurch verlängerte sich der Weg für die Dorfkinder um weitere zwei Kilometer pro Tag.

Die lang ersehnten Ferien brachten nicht nur Freiheit; in vielen Bauernfamilien war es selbstverständlich, dass die Kinder auf den Feldern mithalfen. Erst wenn alle Pflichten erledigt waren, durften sie den riesigen Spielplatz direkt vor der Haustür nutzen. Das Familienbad kannten die Lankenauer nur von außen, und keiner war bereit, für ein Vergnügen Eintritt zu bezahlen, das fünfzig Meter weiter ebenso viel Spaß machte. Auf „die im Bad“ sahen sie ein wenig mitleidig herab, mussten diese sich doch mit einem kleinen und abgegrenzten Sandstreifen begnügen, während ihnen selbst kilometerlange Strände zur Verfügung standen. Dort galten ungeschriebene Gesetze: Jede Familie nannte eine bestimmte „Kuhle“ ihr eigen, hier hielt man sonntags mit den Nachbarn ein Schwätzchen. Die Kinder pflegten eigene Vorlieben: In die Böschung des Deiches bauten die Jungs tiefe Gänge, in die sie sich bei Regenwetter zurückziehen konnten, um unbeobachtet Vaters Tabak zu probieren. Das Verbot, in der Weser zu baden, wurde schlicht ignoriert. Es machte sogar besonderen Spaß, sich an vorbeifahrende Bockschiffe



9m lange selbstgebaute
Segelyacht von
Lankenauer Arbeitern,
um 1938



Freizeit auf der Parzelle
am Rote Sand, um 1935



„Klönchnack“ am
Westerdeich, um 1920

zu hängen, um sich dann mit der Strömung nach Lankenau zurücktragen zu lassen. Ein beliebtes Vergnügen war das Tauchen. Der Fähranleger zog die Mutigen besonders an; hier konnten sie mit einem dicken Stein beschwert bis auf den Grund der Weser sinken. Bei einer Tiefe von immerhin 12 m ist der Wasserdruck enorm, und die Mutprobe war daher nicht ungefährlich. Als Beweis, auf dem Grund gewesen zu sein, brachten sie eine Handvoll Weserschlick mit nach oben.

Verabreden brauchte man sich nicht, auf der Straße fanden die Kinder immer Spielkameraden. Soziale Unterschiede machten sich beim gemeinsamen Zeitvertreib kaum bemerkbar, „man spielte einfach miteinander“. Die Jungs blieben dabei lieber unter sich und vergnügten sich beim Schlag- und Fußball oder dem Treiben von alten Fahrradreifen. Zu den Mädchen und deren langweiligen Spielen hielten sie Abstand. Nach der Pubertät änderte sich der Blick auf das andere Geschlecht, die Dorfjugend traf sich im Fährhaus oder bei Hinze zum samstäglichen Tanz. Hier versammelten sich viele, ob reich oder arm. Nur für die wohlhabenden Bauerntöchter galten strengere Moralvorstellungen, „sie gingen nicht in die Kneipe“. Auch im „Reit- und Fahrverein Lankenau“ vergnügten sich die vermögenden Dorfbewohner unter ihresgleichen, die Arbeiter besaßen keine Reitpferde, ihnen fehlte dafür das notwendige „Equipment“ und Kleingeld. Eigentlich galt das auch für den „weißen Sport“, ein Boot kostete schließlich „eine Stange Geld“. Doch in Lankenau wohnten viele, die auf den Schiffswerften am anderen Ufer arbeiteten, und sie nutzen ihr „Know-how“, um ihre eigenen Schiffe – meist in Gemeinschaftsarbeit zu zimmern. Im benachbarten Woltmershausen gab es sogar einen „freien“ Segelverein, die Mitglieder kamen aus dem Arbeiterstand. Zu den Glücklichen, die an den Sommermonaten fast jedes Wochenende die Weser hinabsegelten, gehörte auch Marie Behling. In Eigenarbeit hatten ihre Brüder und deren Freunde in jeder freien Minute an einem schmucken Segler gebastelt. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen – für die Generation ihrer Eltern ein Stück Freiheit, von der sie selbst in ihrer Jugend nicht zu träumen gewagt hätten. Freizeit war für sie die Zeit, die sie bei der Arbeit auf der eigenen Parzelle verbrachten, und wenn die Frauen sich zum „Klönen“ trafen, war meist ihr Strickzeug dabei. Untätig zu sein, fiel dieser Generation schwer.

Veronika Zill

Die Geschichte der Schule ist in der Chronik von H. Borrmann, *50 Jahre Schule Rablinghausen*, im Kulturhaus Pusdorf nachzulesen. Die anderen Informationen sind den im Anhang genannten Zeitzeugen zu verdanken.

„Im Fährhaus an der Weser, das es heute nicht mehr gibt“

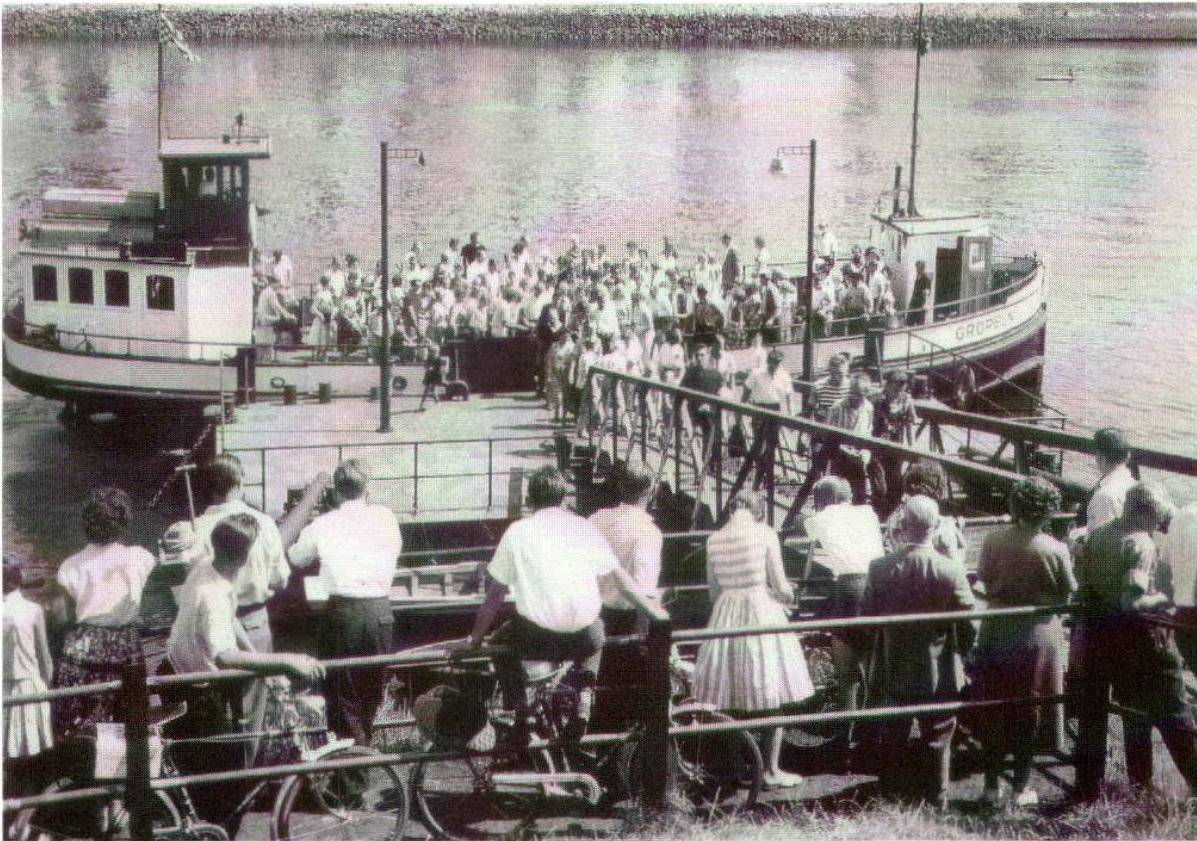
Freizeit bei „Mudder Wähmann“

Auf eine über 220 Jahre lange Geschichte blickte das Fährhaus Lankenu zurück, als auch hier 1962 die Abrissbagger näher rückten und das traditionsreiche Haus dem Hafenausbaue weichen musste. Metta, später nur noch „Mutter“ oder „Mudder“ Wähmann genannt, hatte das Fährhaus 1896 nach dem Tod ihres Vaters übernommen. Sie war damals gerade 21 Jahre alt und trug noch den Nachnamen Pieper – im selben Jahr heiratete sie dann den zwei Jahre älteren Wilhelm Wähmann.

Stets wurde das Fährhaus von der gleichen Familie geführt. Bis zum Schluss hing in der Gaststube eine vergilbte Urkunde, die den „Gründungstag“ des „Fährkrogs“, der später den Namen „Fährhaus Lankenu“ erhielt, verriet: es war der 27. November 1741. An diesem Tag wurde einem Harm (oder Hermen) Pieper die Entrichtung des Meyerzinses an den Ratsherrn Melchior Holler quittiert. In seiner kurzen Beschreibung



Der „Fährkrog“, das spätere „Fährhaus Lankenu“, um 1900



Anleger vor dem „Fährhaus Lankenau“, Ende der 1950er Jahre

Lankenaus im Bändchen „50 Ausflüge in die Umgegend von Bremen“ von 1893 zitiert L. Halenbeck diesen Text:

„Um 27. Nov. 1741 schlossen Dr. Melchior Holler und Hermen Pieper, Eingesessener zu Lankenau, einen Kaufcontract, durch welchen dem H. Pieper, dessen Ehefrau und Erben das Land und die Hausstelle, welche sie derzeit zur Heuer hatten, zu Meierrecht eingethan und überlassen wurde, nämlich Haus, Scheunen und Lufthaus im Garten, für 300 Reichsthaler a 72 Grote in Zweidrittelstücken. Pieper hatt als ‘Meier’ 28 Thlr. Weinkauf zu zahlen, jährlich 11 Thlr., Zins und zwei Paar junge Hühner zu entrichten, alle auf Haus und Grundstück ruhenden Lasten zu tragen und jährlich 8 Hofdienste mit Pferden zu leisten oder 8 Mal den Verkäufer von Bremen nach Lankenau und wieder zurück zu fahren und zwar nach einem Tag zuvor geschehener Ansage; jeder nicht geleistete Dienst wird mit 48 Grote berechnet. – Die Fähre, Staatseigenthum, wurde früher zu 5 Thlr., jetzt zu 40 Mark jährlich verpachtet.“ Fortan hielt man die Zahlungen des Meyerzinses von einem Pieper an einen Holler fest – bis 1828.

Mettas Vorfahr Harm Pieper scheint ein vielseitiger und geschäftstüchtiger Mann gewesen zu sein. Er führte nicht nur die Gaststätte, sondern unterhielt zudem den Fährbetrieb zum anderen Weserufer. So gab es in seinem Haus stets einen eigenen „Fährknecht“. Im 18. Jahrhundert gehörte Lankenau kirchlich noch zu Gröpelingen. Wollten die Kirchgänger den Gottesdienst besuchen, mussten sie allsonntäglich die Weser überqueren. Und wurde ein Lankenauer beerdigt, natürlich auf dem Friedhof der Kirche in



Ständchen vom Gesangsverein „Lorelei“ zum 200jährigen Bestehen des Fährhauses

Gröpelingen, so setzten die Beerdigungsgäste mit Harm Pieper über die Weser – keine Frage, dass man den Leichenschmaus hinterher im Fährkrog einnahm. Aber das war noch nicht alles: Harm Pieper beteiligte sich mit seinen Pferdegespannen auch am so genannten „Aufpferden der Lastkähne“ zwischen Lankenau und der Bremer Landesgrenze an der Ochtummündung. Bis dorthin zogen seine Pferde auf einem gepflasterten Pfad die Kähne, die zu dieser Zeit noch keine eigene mechanische Antriebskraft besaßen. Üblicherweise erfolgte der Transport der Waren zwischen Bremerhaven und Bremen mit Leichterkähnen auf der Weser. Vor allem zwischen Vegesack und Bremen aber waren die Fahrwasserverhältnisse so schlecht, dass selbst die flach gehenden Schiffe bei widrigem Wind oder niedrigem Wasserstand oft tagelang fest gesessen hätten, wären sie nicht von den Bauern des Niedervielands und deren Pferden getreidelt worden.

Nach der Übernahme des Hauses lösten Metta Wähmann und ihr Mann zunächst den Meyerzins ab, der bis dahin noch auf dem Grundstück gelegen hatte. Um die Jahrhundertwende stellten sie den eigenen Fährbetrieb ein. Auf die Zahl der Gäste wirkte sich das jedoch nicht nachteilig aus, übte doch schon damals der Blick zur Weser, der „Lebensader der Hansestadt“, und zu den auf ihr vorbei ziehenden Schiffe eine große Anziehungskraft aus.

Als im Jahr 1905 die „AG Weser“ von der Stephanikirchenweide auf das gegenüber liegende Ufer nach Gröpelingen umgezogen war, erhielt die Aussicht vom Fährhaus eine weitere Attraktion. Der Blick auf den Helgen der Werft, wo die „dicken Pötte“ entstanden, die Arbeitsgeräusche und die manchmal spektakulären Stapelläufe lockten viele

Gäste an. Natürlich wurde auch abends und nachts gearbeitet, so dass der Blick rüber zur Werft dem auf ein hell erleuchtetes Passagierschiff glich. Als man Ende der 1920er Jahre die „Bremen“ baute, lief das Geschäft so gut, dass sich für Metta Wähmann sogar die Anschaffung einer Kellner-Registrierkasse lohnte.

Mit dem Fähranleger, im Jahr 1907 vor dem Gasthaus verankert, rückte Lankenau, und damit natürlich auch sein Fährhaus, noch einmal näher an Bremen heran. Die Gäste mussten nun nicht mehr den Weg über die Stadt und Woltmershausen nehmen, sondern konnten direkt von Gröpelingen aus mit dem Boot übersetzen. Drei Jahre später ließen Metta Wähmann und ihr Mann ein neues Haus bauen. Hatte sich der alte „Fährkrog“ noch reetgedeckt hinter den Deich geduckt, so wurde 1910 der Neubau oben auf dem Deich eröffnet und trug fortan den Namen „Fährhaus Lankenau“.

Mittlerweile war das Dorf an der Weser immer mehr zum Ausflugsziel für Bremer Bürger geworden. Die Lankenauerin Wiltrud Meineke erinnert sich heute: „Am Ende des Dorfes stand an der Weser das Fährhaus Wähmann ... Nachmittags und zum Wochenende kamen die Leute, zumeist Familien aus dem Bremer Stadtgebiet und aus Gröpelingen, mit der Fähre rüber. Zuerst brachten sie ihren Kaffee mit, der dann aufgebriht wurde. Besonders am Wochenende waren alle Plätze besetzt. Am liebsten saßen sie direkt am Wasser, um die Schiffe zu sehen, die damals noch zahlreich in die Häfen fuhren.“

Hier konnte man im Sommer Sonne und Sand genießen und sich zwischendurch im Weserwasser abkühlen. Familien, denen es zur festen Gewohnheit geworden war, sich am Lankenauer Strand zu treffen, stellten ihre Siebensachen für die Badetage bei „Mudder Wähmann“ im Fährhaus unter. Aus dieser Gruppe kam schließlich die Idee, einen Verein zu gründen und die Einrichtung eines Familienbades vorzuschlagen, damit Männer und Frauen – natürlich nur die mit Trauschein – zusammen baden könnten. Dem von Wilhelm Wähmann gestellten Antrag gab der Senat im Jahr 1914 statt. Das Vereinsgelände des „Familien-, Licht- und Luftbades Lankenau“ in unmittelbarer Nähe zum Fährhaus füllte sich alsbald mit immer mehr Mitgliedern, für die Metta Wähmann schnell zu einer Institution wurde. Hier konnte man sich erfrischen, oder – wenn es kühl war – auch mal aufwärmen; für die Kinder gab es Eis, Bonbons oder die berühmte Himbeerlimonade mit Strohalm, und



Kunstmaler am Lankenauer Deich, um 1950

„Mudder Wähmann“ kannte fast alle ihre Gäste mit Namen. Ein Schild mit der Aufschrift „Hier können Familien Kaffee kochen“ zeigte, dass das Fährhaus auch jenen offen stand, die sich das Kaffeesieren auswärts eigentlich nicht zu leisten vermochten. Wer seinen Kaffee selbst mitbrachte, bekam eine Portion heißes Wasser mit Milch und Zucker für 30 Pfennig. Auch selbst gemachten Eier- oder Kirschlikör nahm man zu Wähmann mit – und zahlte dafür ein „Korkengeld“. Für die mitgebrachten Kuchenpakete gab es die Teller gratis. Eine Zeitlang wurde auch die Restauration im Vereinsheim des Familienbades von den Wähmanns, und zwar von Tochter Käthe, betrieben.

Im selben Jahr noch – 1914 – starb Wilhelm Wähmann; Metta musste nun allein für sich, ihre fünf Kinder und nicht zuletzt auch für das Fährhaus sorgen. Darüber hinaus hatte sie von ihrem Mann die Betreuung des Lankenauer Blinkfeuers – zunächst noch mit Petroleum, später mit Stadtgas betrieben – übernommen. Als letzte Leuchtturmwärterin Bremens begrüßte sie so bis 1955 die einkommenden Schiffe.

Metta Wähmann, Zeit ihres Lebens eine tatkräftige Frau, passte ihr Fährhaus den immer größer werdenden Besucherzahlen an: im Jahr 1934 ließ sie einen Saal anbauen, in dem sie auch größere Gruppen unterbringen konnte. Nach dem Krieg und den ersten Jahren des Wiederaufbaus erhielt das Haus 1956 eine Veranda mit buntem Vordach. Zuletzt bot es Raum für 500 Personen.

Die Nachricht vom geplanten Hafenausbau und die Tatsache, dass auch das Fährhaus würde weichen müssen, dürfte „Mudder Wähmann“ hart getroffen haben, waren so doch die Tage des alten Familienbesitzes und ihres „Lebenswerks“ gezählt. Es mutet geradezu zynisch an, dass ausgerechnet die beginnenden Baumaßnahmen dem Fährhaus im Jahr 1961 noch einmal besonders hohe Gästezahlen bescherten, da zahlreiche Schaulustige die Arbeiten beobachten wollten und bei dieser Gelegenheit noch einmal hier einkehrten.

Über die finanzielle Entschädigung, die „Mudder Wähmann“ für ihr Haus und ihren Grund bekommen sollte, wurde munter spekuliert. Man munkelte von 1,8 Millionen DM. Für die lästigen Frager aber soll sie nur die Antwort „So wenig – nee, twee Millionen krieg ich, kannst mi glöven“ parat gehabt haben. Am 4. September 1962 starb Metta Wähmann, „Deutschlands älteste Wirtin“, im Alter von 88 Jahren. Das Fährhaus schloss am 31. Oktober. Die Räumung und den späteren Abriss hat sie nicht mehr mit erleben müssen – vielleicht ja auch nicht mehr erleben wollen.

Frauke Echte

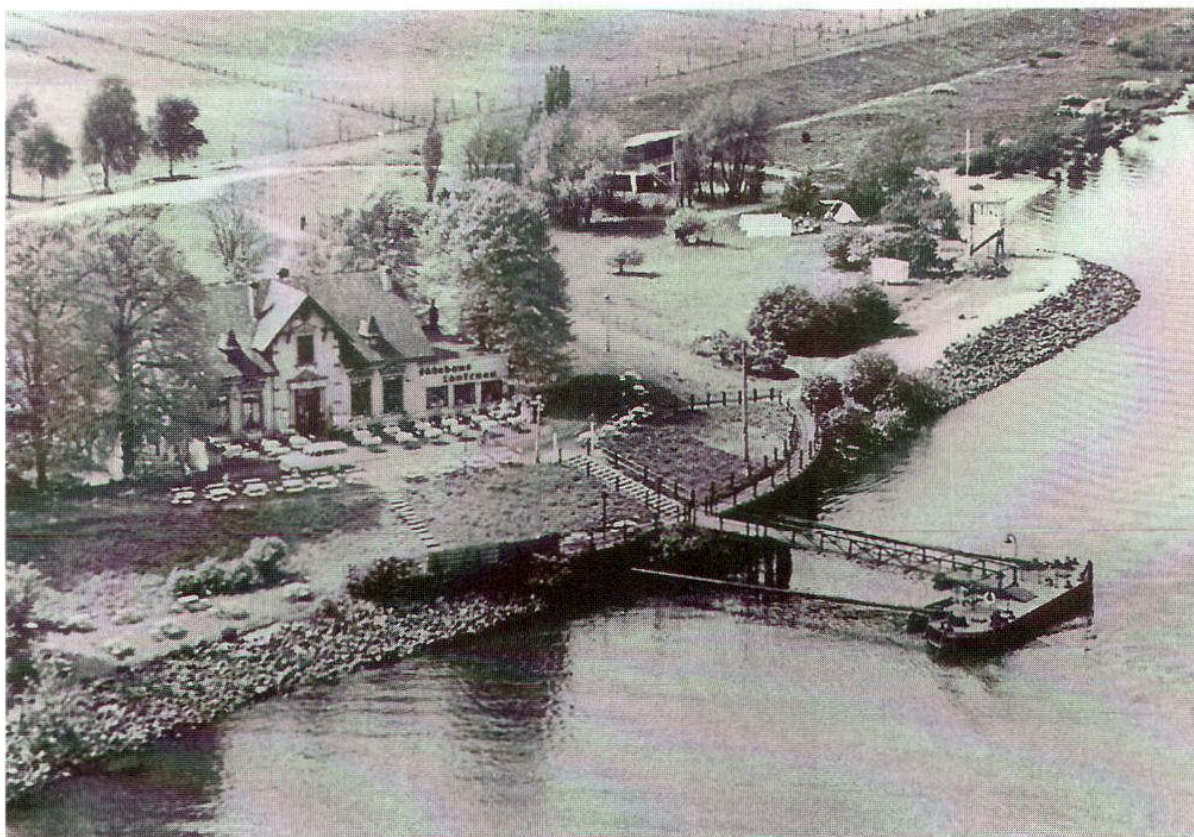
Das Zitat in der Überschrift stammt aus der „Lankenauer Polka“ von Bernd Krause. Die genannte Urkunde ist im STAB unter der Signatur 2-Q.6.B.III.7 einsehbar. Die Geschichte des Fährhauses ist in verschiedenen Zeitungsartikeln aus den 1950er und 1960er Jahren nachzulesen, die im Kulturhaus archiviert und im STAB unter dem Stichwort „Lankenu“ im Sammler (Signatur 9 S 0-677) zu finden sind. Einzelheiten zu Schließung, Räumung und Enteignung enthält die Akte „Andreas, gen. Wähmann“ im STAB unter der Signatur 4,35/3.I.Heli.A.1.

„Lange Weißbrote nach französischer Art“

Der Campingplatz in Lankenau

International ging es zu auf dem Zeltplatz von Lankenau. „Wenn abends hier überall die Lichter angehen und ein großes, hell erleuchtetes Ozeanschiff vorüberzieht, fühl' ich mich bald wie auf dem Meer.“ So zitierten die Bremer Nachrichten am 7. August 1962 einen jungen Mann aus dem Süden der Republik, der gerade zu Gast auf dem Lankenauer Campingplatz gewesen war. Wenig später musste der Erholungsort den heranrückenden Hafenbaumaßnahmen weichen.

Nicht nur die Lankenauer und viele andere Bremer genossen die besondere Atmosphäre am Weserufer. 1953 eröffnete am Lankenauer Deich, gleich neben dem Fährhaus Wähmann, der Campingplatz. Jahr für Jahr trafen Besucher aus aller Welt ein. Vor allem waren es Skandinavier, die auf der Durchreise gern in Bremen Station machten. Aber auch aus England oder Frankreich und sogar aus den USA, Neuseeland, Südamerika und Afrika kamen die Gäste. Insgesamt zählte man in den Jahren von 1953 bis 1962 ungefähr 90 000 Übernachtungen, wie der Weser-Kurier am 21. März 1963 berichtete.



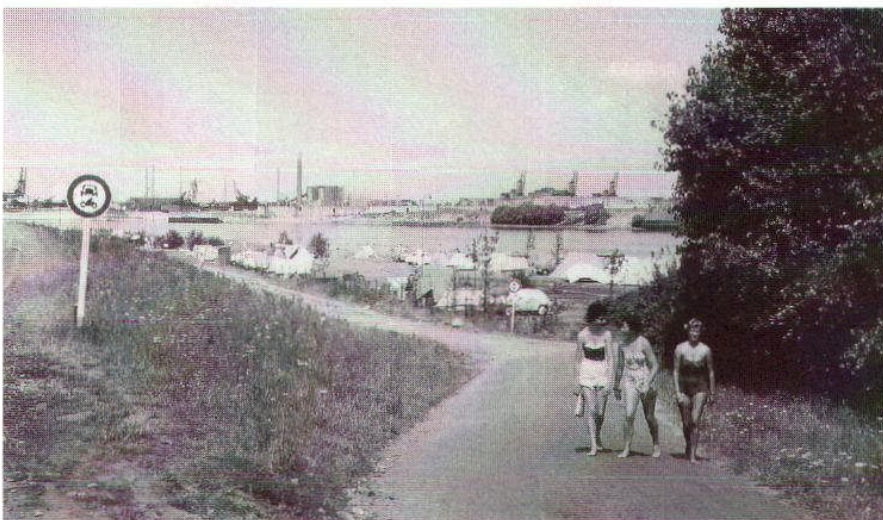
Das „Fährhaus Lankenau“ mit dem dahinterliegenden Campingplatz, Mitte der 1950er Jahre



Campingplatz hinter
Wähmann, Ende
der 1950er Jahre

*Schöner Platz,
Schöne Menchen,
Schöne Tage,
habe ich in Lankenau hier gefunden.
Ich danke für alles Gute und ich
komme wieder.
Herzliche Grüsse.
Garming Hansen.
Frøndivej 22 B i
Søborg
Hilbertshavn*

Auszug aus dem
Gästebuch des
Campingplatzes,
Juli 1960



Campingplatz in
Lankenau, Anfang
der 1960er Jahre

Camping entwickelte sich nicht nur im Deutschland der 1950er und 1960er Jahre zur beliebten, weil erschwinglichen Reiseart. War man zunächst schon stolz auf ein kleines Hauszelt – manchmal selbst genäht und imprägniert und eigentlich nur zum Schlafen geeignet –, so steigerten sich viele Camper im Laufe der Jahre hin zum geräumigen und wohnlichen Steilwandzelt oder gar zum Wohnanhänger. Aber längst nicht alle waren mit dem Auto unterwegs, einige entdeckten die Welt mit dem Fahrrad oder auf „Schusters Rappen“.

Auch die Ansprüche an den Komfort der Plätze waren vor vierzig Jahren noch andere als heute: der in Lankenu besaß zwar eine Küche mit fünf Kochstellen und eigene Toiletten – eine Dusche gab es allerdings nicht. Für ganze 5 000 DM war er 1953 aus Lotto- und Totomitteln eingerichtet worden. Das Häuschen mit der Küche und den sanitären Anlagen kostete dann noch einmal 35 000 DM. Doch der bescheidene Standard scheint der Beliebtheit keinerlei Abbruch getan zu haben. War die Ausstattung auf den meisten anderen deutschen und europäischen Plätzen auch besser, hier in Lankenu konnte man beim Blick auf die vorbei fahrenden Dampfer einen Hauch vom Duft der weiten Welt schnuppern und beim Ertönen der Schiffssirenen von fernen Häfen träumen.

Gemanagt wurde der Camping-Alltag in Lankenu von Anneliese Jenner, die von ihren Gästen immer wieder Postkarten aus aller Welt bekam und in deren Gästebuch sich Besucher aus Rabat oder Hilversum, aus Peru oder Finnland verewigt haben. „Mit viele dank für schöne tagen in Lankenu – und hoffentlich bis snell wiedersehen“, verabschiedete sich eine Familie aus Holland, die wieder einmal einige Tage da gewesen war.

Ein Wiedersehen gab es allerdings nicht mehr. Im September 1962 schloss der Campingplatz endgültig seine Pforten. Vielen Stammgästen war nach Bekanntwerden der Hafenaupläne weh ums Herz geworden. Jetzt standen die Bagger und Planiertraupen vor den Toren. Aber man wollte einen Ersatz schaffen und entwickelte verschiedene Pläne für die Errichtung eines neues Platzes in Rablinghausen – in der Nähe der Hanseaten-Kampfbahn sollte er entstehen. Bis Anfang der 1970er Jahre beschäftigten sich Interessengemeinschaften, Parteien und der Senat immer wieder mit dem Thema. Allein – realisiert wurden die Pläne nie, und nach einigen Jahren verschwanden sie in der Schublade.

Frauke Echte

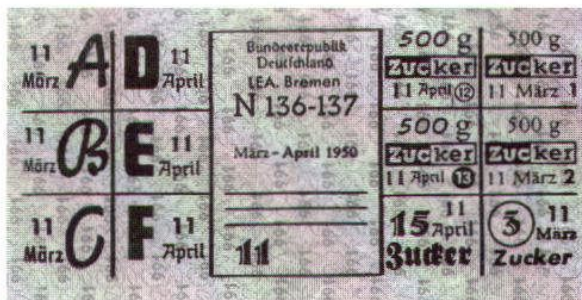
Der Beitrag basiert auf Artikeln der Bremer Tagespresse aus den Jahren von 1961 bis 1963, die im Kulturhaus Pusdorf gesammelt sind.

Die „goldenen“ Jahre

1945 stand der Hafenbetrieb still. 85% der Schuppen und Speicher waren zerstört, zwei Drittel der Kräne nicht mehr einsatzbereit, das Schienennetz verwüstet. Wäre es nach den Nationalsozialisten gegangen, hätte man die Kaimauern noch kurz vor Kriegsende in die Luft gejagt; zum Glück kam es nicht mehr dazu. Es fehlte an Hafendarbeitern, denn viele von ihnen waren als Zwangsarbeiter nach der Befreiung in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Alliierten demontierten die industriellen Anlagen und schlossen die Werften. Sie sprengten den großen Helgen der „AG Weser“ und verschifften die Maschinen der Deschimag Werft an das Schwarze Meer. Zukünftig blieb der Bau von Hochseeschiffen verboten, lediglich Schiffsreparaturen wurden gestattet. Das Potsdamer Abkommen

im August 1945 zur Entmilitarisierung Deutschlands beschränkte den Schiffsbau in einem Maße, dass mit einem baldigen Aufschwung nicht zu rechnen war.

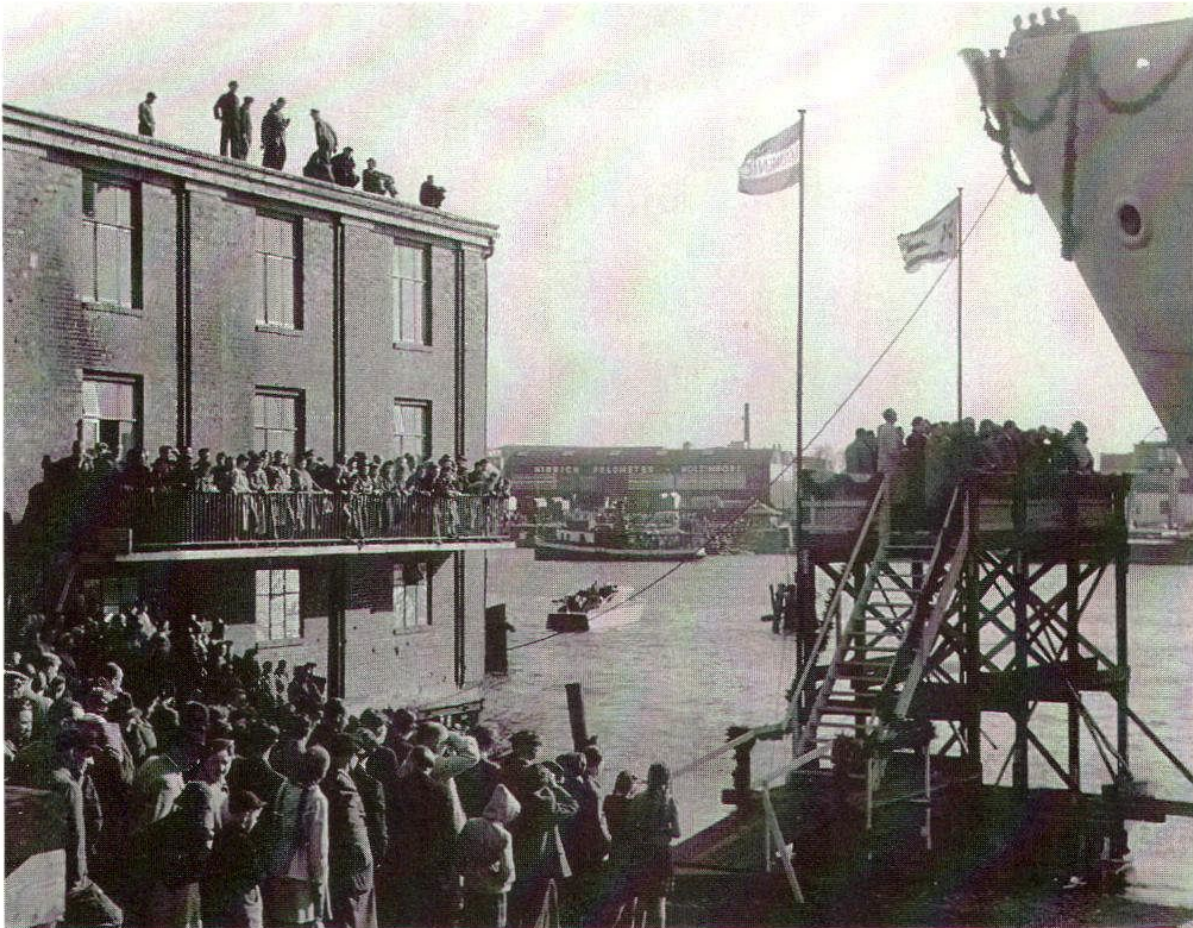
Doch bereits Mitte September 1945 liefen Leichter und Küstenmotorschiffe den Bremischen Überseehafen wieder an. Zuvor war jedoch die Hauptfahrinne von Minen und Wracks zu räumen. Auch vor dem Lankenauer Ufer lagen etliche halb-



Lebensmittelmarken, 1950

versunkene Schiffe und viele hatten noch Ladung unter ihren Luken, die in nächtlichen Tauchgängen von den Dorfbewohnern inspiziert wurde. Immer auf der Suche nach Proviant, Heiz- und Baumaterial machte sich auch Jürgen Rutenberg auf den Weg. Die gefundenen Einkaufstaschen z.B. eigneten sich nach dem Trocknen, Reinigen und Versetzen mit Lederfett noch gut als Tauschgüter. Wenn sich die im Weserwasser halbverrotteten Nähte in Wohlgefallen auflösten, war es meist zu spät für eine Reklamation.

Schneller als erwartet, herrschte in den Bremischen Häfen wieder reges Treiben. Die Amerikaner brauchten Nachschub- und Versorgungsbasen für ihre Streitkräfte, die meisten Lieferungen landeten sie in Bremen an. 1950 waren die größten Schäden in den Häfen beseitigt, drei neue Kajenschuppen im Überseehafen errichtet, der Bau einer Speicheranlage im Europahafen vollendet und der Weserbahnhof fertiggestellt. Nach zehn Jahren Zwangspause kam im November 1949 ein Bananendampfer in Bremerhaven an – eine Sensation! Es ging voran. Die Versorgung der Bevölkerung schien gesichert, man sprach von Vollbeschäftigung – „goldene“ Jahre für die Hansestadt. Die Restriktionen im Schiffbau waren seit November 1949 aufgehoben. 15 000 Werftarbeiter gab es 1953 in Bremen, und noch immer freie Stellen. Das wiedergefundene Selbstbewusstsein setzten die Schiffbauer in den Verhandlungen um kürzere Arbeitszeiten und



Stapellauf, Mitte der 1950er Jahre

Lohnerhöhung erfolgreich ein. 1954 erreichte das Umschlagsvolumen den Vorkriegsstand und verdreifachte sich bis 1964. Die Bremischen Häfen avancierten mit kürzesten Schiffsliegezeiten und schnellen Umschlagsgeschwindigkeiten zur „ersten Adresse“ in Europa. 1959 zählte man stolz 220 regelmäßige Schiffsliniendienste mit über 500 Abfahrten. Im selben Jahr gerieten die Hafenanlagen an ihre Kapazitätsgrenzen. Einlaufende Schiffe mussten Wartezeiten von bis zu drei Tagen einplanen. Bei Wangerooze und in der Wesermündung lagen sie auf Reede, die Beschwerden der Schiffseigner wurden unüberhörbar. Für die Bremer Politiker war es an der Zeit, die Hafenpläne für das linke Weserufer, seit 1908 bereits in den Schubladen, herauszuholen.

Wolf Silaff

Die historischen Daten sind bei Herbert Schwarzwälder, *Geschichte der Freien und Hansestadt Bremens*, Bremen 1995, nachzulesen. Zur Nachkriegszeit finden sich bei Peter Kuckuk (Hg.), *Unterweserwerften in der Nachkriegszeit – Von der „Stunde Null“ zum „Wirtschaftswunder“*, Bremen 1998, wertvolle Hinweise, ebenso bei Peter Kuckuk/Hartmut Roder, *Von der Dampfbarkasse zum Containerschiff – Werften und Schiffbau in Bremen und der Unterweserrregion*, Bremen 1988.

„Sentimentalitäten sind da nicht am Platze“

Grunderwerb und Enteignungen für die Hafenerweiterung auf dem linken Weserufer

„Leider hat das Weserufer durch die notwendig gewordene Verbreiterung des Weserlaufs bereits viel von seiner ursprünglichen Schönheit und Urwüchsigkeit eingebüßt, und was die Weserkorrektur verschonte, wird dieser neuen Zeitnotwendigkeit mehr und mehr geopfert werden müssen. Soweit man auch Rücksicht nehmen möchte auf Landschaftsbild und Stromland, die Wirtschaftsnotwendigkeiten unserer Zeit können nur mit kühlem Verstand und weitschauendem Blick gelöst werden, und die können keine Rücksicht nehmen auf Naturstimmungen und Landschaftsschönheit, selbst wenn sie Eingriffe in das Landschaftsbild noch so schmerzlich selbst empfinden würden.“ So schrieb Harry Wolff im Jahr 1928 in seinem Buch „Bremer Land“ über das linke Weserufer und seine Zukunft. Was er dabei unerwähnt ließ, sind die Menschen, die nicht wussten, wie lange sie noch in ihren Dörfern leben könnten. Seit geraumer Zeit schon schwebte das Damokles-Schwert „Hafenausbau“ über den Dächern der Häuser in Lankebau.

Die ersten Pläne für neue Hafenanlagen links der Weser stammen aus dem Jahr 1908. Auf der anderen Weserseite war genau zwanzig Jahre zuvor feierlich der Freihafen eingeweiht worden, doch seine Kapazitäten reichten schon lange nicht mehr, um Bremens Stellung als Welthandelsplatz zu behaupten. Dies wäre nur möglich, wenn die Stadt sich entschließe, ihre „Hafenanlagen stets so in Bereitschaft zu setzen und zu halten, daß sie [sich] allen zu erwartenden Verkehrsänderungen in befriedigender Weise und zur rechten Zeit anpassen können“, hieß es bereits vor dem Ersten Weltkrieg in einer Mitteilung der Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

Aber erst nach dem Krieg wurden die Hafenplanungen auf dem linken Weserufer konkreter. Am 14. Juli 1922 einigten sich Bürgerschaft und Senat darauf, einen der Pläne des Ingenieurs Tillmann zu verwirklichen und beschlossen die Enteignungen des dafür erforderlichen Geländes. Es handelte sich um die enorme Fläche von 13 Millionen Quadratmetern oder 13 ha, ein „Enteignungsantrag, wie er in der Geschichte Bremens noch nie vorgekommen ist“, lautete der stolze Kommentar. Neun zusätzliche Hafenbecken sollten Bremens Platz als Welthafen festigen, sechs Millionen Quadratmeter Land wurden dafür benötigt. Insgesamt betrug der Flächenbedarf für den allgemeinen Verkehr, für Industrieansiedlungen, Lager und einen Rangierbahnhof 15,2 Millionen Quadratmeter – das entsprach einer Fläche von Seehausen bis zum Neuenlander Feld. Lediglich 2 Millionen Quadratmeter davon befanden sich bereits in staatlichem Besitz.

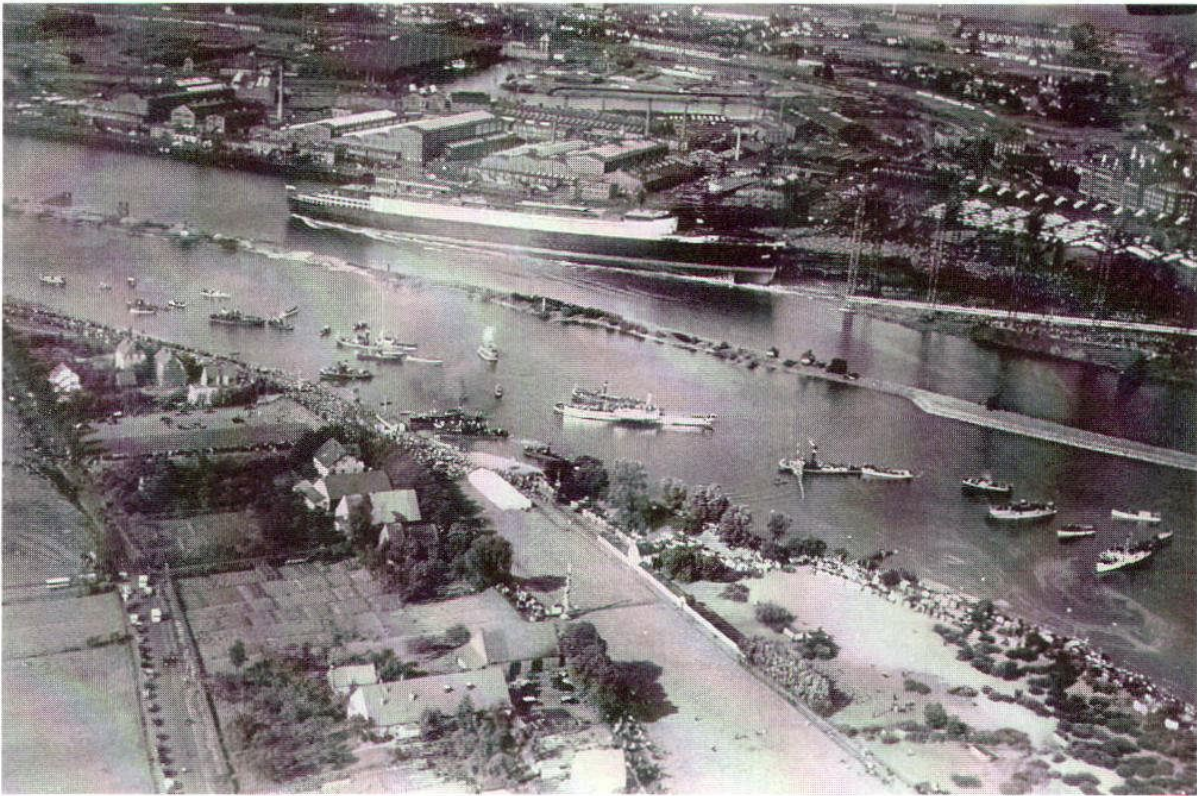
Doch all diesen Plänen bereitete die Inflation ein jähes Ende. Plötzlich fehlte den Verantwortlichen der Mut für das Projekt, und der damals noch vom Bürgerblock getragene Senat zog am 22. Mai 1925 die Konsequenzen aus den sich verdüsternden wirtschaftlichen Aussichten: ein Teil der bereits 1922 beschlossenen Enteignungen sollte rückgängig gemacht werden. Schließlich könne man es den Bewohnern der betroffenen Gebiete nicht zumuten, auf viele Jahre hinaus in Unsicherheit zu leben. Nach zähen Auseinandersetzungen entschied die Bremische Bürgerschaft am 10. Juli 1925, das zur Enteignung freigegebene Gebiet um 4 Millionen Quadratmeter zu verringern. Bereits ein Jahr später hatten der Senat und die Deputation dann offenbar jedwede Hoffnung verloren. Am 12. März 1926 teilte der Senat mit, man hielte es für angebracht, „den Hauptteil des noch nicht erworbenen Geländes aus der Enteignungsbefugnis herauszunehmen, da die wirtschaftliche Entwicklung erheblich ungünstiger verlaufen sei als zunächst angenommen wurde [und] die Finanzlage es zur Pflicht mache, mit größter Vorsicht vorzugehen.“ Bis zu diesem Zeitpunkt waren rund 175 ha für insgesamt 2,25 Millionen Reichsmark erworben worden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Bremen vor allem damit beschäftigt, die zerstörten Hafenanlagen wieder aufzubauen. Den Gedanken eines Hafenneubaus legte man vorerst auf Eis – jedoch niemals „ad acta“.

1954 machte sich schließlich der damalige Hafenbaudirektor Dr.-Ing. Ralph Lutz mit seinem Arbeitsteam wiederum an die Planungen für ein neues Hafenrevier links der Weser. Man verzichtete dabei sowohl auf den Umgehungskanal als auch auf die Weser-



Enteignete Lankenauer Landwirte, um 1965



Ein Teil des Dorfes Lankau mit dem Familienbad und den großen Bauernhöfen am Deich, 1929

verlegung – beides markante Bestandteile der früheren Entwürfe. Die Planer beauftragten das Franzius-Institut der Technischen Hochschule in Hannover, Modellversuche durchzuführen. Dabei sollte u.a. die günstigste Stelle für eine Einfahrt zu den neuen Hafenanlagen gesucht werden. Auch eventuelle Auswirkungen strombautechnischer Maßnahmen musste man klären.

Im Dezember 1959 war man so weit, die detaillierte Gesamtplanung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die alten und wesentlich umfangreicheren Pläne der 1920er Jahre allerdings, so ist einem Schreiben der Senatskanzlei an das Wasser- und Schifffahrtsamt Bremen vom 1. März 1960 zu entnehmen, sollten der Presse nicht zur Verfügung gestellt werden, um „eine unnötige Beunruhigung der Bevölkerung zu vermeiden.“

Nach den aktuellen Plänen waren von den Geländeankäufen für den 1. Bauabschnitt nun ungefähr 230 Eigentümer betroffen, rund 100 davon Bauern. Die größten dieser Betriebe besaßen eine landwirtschaftliche Nutzfläche von ca. 40 bis 50 ha. Darüber hinaus mussten 113 Mietparteien aus dem Gebiet „anderweitig untergebracht werden“, und bis zum 10. November 1960 hatten 40 Pächter städtische Grundstücke zu räumen. Bereits im Frühjahr schickte man ihnen die Kündigung ihrer Pachtverträge zum 1. Juni ins Haus. Insgesamt ging es um 600 ha Land, die noch nicht im Besitz der Stadt waren.

Am 7. Juni 1960 stimmte der Senat den Plänen der Hafenerweiterung zu. Hinsichtlich des Grunderwerbs lautete der Beschluss, die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den betroffenen Eigentümern „zu angemessenen Preisen“ fortzuführen. Das Enteignungsverfahren sollte nur im Falle des Scheiterns dieser Gespräche eingeleitet werden.



Neustädter Hafen, zum Teil fertiggestellt, vor 1976

Zwei Tage später, am 9. Juni, stimmten auch die Deputationen für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, für Wirtschaft und Außenhandel sowie für das Bauwesen dem Projekt zu, am 28. Juni schließlich die Finanzdeputation.

Das Bestreben der Stadtgemeinde war es also, mit den Eigentümern zu einer gütlichen Einigung über die Entschädigungssummen zu gelangen und ein Enteignungsverfahren zu vermeiden. Und so fanden die Lankenauer am 14. Juli 1960 in ihren Briefkästen ein Schreiben des Senators für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Dr. Borttscheller, der ihnen den Beschluss von Senat und Deputationen mitteilte, „die im Planungsgebiet gelegenen Grundstücke nach Möglichkeit freihändig unter Vermeidung eines Enteignungsverfahrens aufzukaufen.“

Bereits im März erhielten die Ortsämter in Seehausen und Lankenau Pläne über den Umfang des Gebietes, das von der Hafenerweiterung betroffen war. Am Ende des selben Monats lud man die Anwohner zu Versammlungen ein und wählte Kommissionen für die Vorverhandlungen mit der Stadtgemeinde.

Parallel zu den Preisverhandlungen beauftragte der Senator für Häfen vier Schätzer mit der zunächst für beide Seiten unverbindlichen Begutachtung der Haus- und Hofgrundstücke. Nicht immer konnten die Männer ihrer Arbeit ungehindert nachgehen. Da tauchen in den Akten schon mal Vermerke auf, dass der Schätzer äußerst unfreundlich wieder abgewiesen wurde.

Die Betroffenen blieben nicht unaktiv. Man beriet über das weitere Vorgehen und einigte sich darauf, welche Entschädigungen gefordert werden sollten. Am 30. Juni 1960

legte die Interessengemeinschaft Seehausen, die auch die Eigentümer in Lankenau vertrat, ein 8-Punkte-Programm vor. Es sollte die Grundlage für die Weiterführung der Vorverhandlungen darstellen. Die Eigentümer verlangten u.a. eine Entschädigung von DM 4,80/m² für Bauernland, eine Pächterentschädigung in Höhe von DM 0,50/m², die Anerkennung sämtlicher an den Straßen gelegener Grundstücke als Bauland, eine Ausgleichspauschale für die betroffenen Mieter und die Zurverfügungstellung von Ersatzgelände.

Diese Vorstellungen deckten sich jedoch nicht mit den Angeboten der Stadt Bremen. Es folgten intensive Verhandlungen. Kurz darauf erhielten die Lankenauer erneut Post vom Hafensenator. Am 21. September 1960 teilte er den Eigentümern die Grundsätze mit, zu denen er bereit war, „dem Senat und den Deputationen eine Gesamtvereinbarung wegen des Grunderwerbs auf dem linken Weserufer zur Annahme zu empfehlen, um ein Enteignungsverfahren zu vermeiden.“

Hiernach sollten die landwirtschaftlichen Flächen mit DM 4,25/m² entschädigt werden und landwirtschaftliche Pächter eine Beihilfe in Höhe von 0,10 DM/m² erhalten. Für Bauland sah man folgende Bewertung vor: für die Grundstücke in Lankenau zwischen Deich und Straße, von Rablinghausen bis einschließlich Wähmann 20 DM/m², für die Grundstücke in Seehausen 16 DM/m², in Hasenbüren lediglich 12 DM/m². „Die Stadtgemeinde zeige mit diesem Verhalten, daß sie nicht gewillt sei, mit dem Holzhammer zu arbeiten,“ sagte Senator Borttscheller dazu gegenüber dem Weser-Kurier am 1. Oktober 1960, „die Grenze für die finanziellen Zugeständnisse liege aber dort, wo auf den Steuerzahler Rücksicht genommen werden müsse.“ Wer das Angebot ablehne, gegen den müsse man unverzüglich das Enteignungsverfahren einleiten.



Abriss Hof Rose, 1964

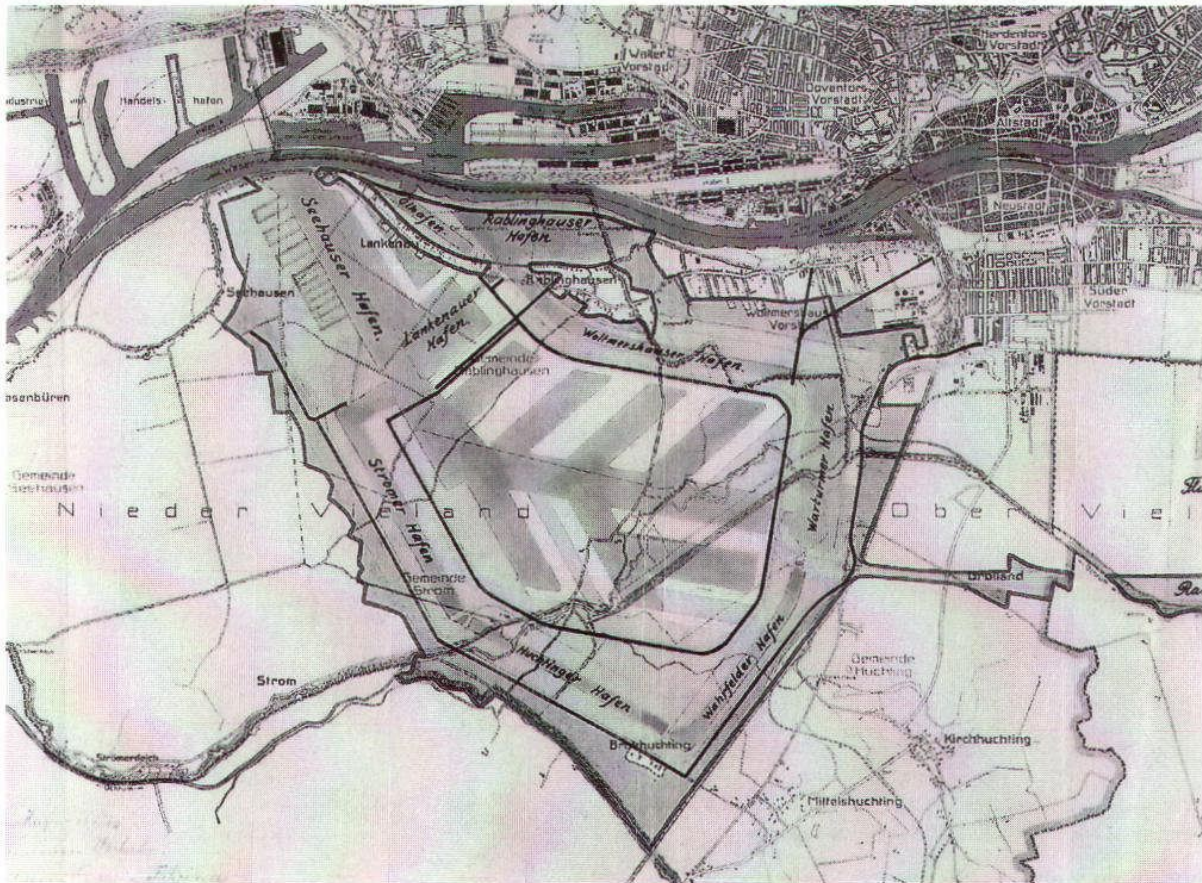


Abriss Hof Vagt, um 1960

Für die überwiegende Zahl der Eigentümer waren die Vorschläge der Stadt jedoch nicht akzeptabel. Mehr noch: sie hatten das Gefühl, die „Pistole auf die Brust gesetzt zu bekommen“. Der Senat teilte jedem Eigentümer erst am 13. Juli mit, inwieweit er selbst betroffen sein würde. Das angekündigte Preisangebot der Stadt ging den Eigentümern jedoch erst mit Schreiben vom 21. September zu. Und dann sollten sie bis zum 30. September – also in der bemerkenswert kurzen Frist von nur 9 Tagen (!) – ihr Verkaufsangebot unterbreiten, andernfalls drohte die Enteignung.

Die Verhandlungen gingen weiter, und der Senat war bereit, die Enteignung zunächst zurückzustellen. Auf einer Sondersitzung am 30. September beschloss man, in gemeinsamer Arbeit einen Vertragsentwurf für eine Gesamtregelung auszuarbeiten, um noch alle Möglichkeiten einer gütlichen Einigung auszuschöpfen. Das Ergebnis der Verhandlungen sollte dem Senat für die Sitzung am 18. Oktober vorgelegt werden. Der Entwurf kam schließlich nach schwierigen Verhandlungen mit den Beauftragten der Eigentümer und Pächter zustande und wurde sowohl den jeweiligen Betroffenen als auch dem Senat unterbreitet. Aber erneut konnten sich die Verhandlungsseiten nicht einigen.

Wieder bekamen die Lankenauer Post vom Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr. Er teilte ihnen mit, dass der Senat die Einleitung des Enteignungsverfahrens für den 1. Bauabschnitt der Hafenerweiterung auf dem linken Weserufer beschlossen hatte, „weil es nicht zu verantworten ist, weitere Zeit im Hinblick auf die Dringlichkeit der Hafengebauten zu verlieren.“ Die Pläne sollten in den nächsten Tagen in den Tageszeitun-



Gigantische Hafenpläne für das linke Weserufer, 1922

gen öffentlich bekannt gegeben werden. Borttscheller hob hervor, dass von Seiten der Behörde in langen Verhandlungen und mit großer Geduld der Versuch gemacht worden war, eine gütliche Einigung herbeizuführen und bat ferner um Verständnis dafür, „daß unter den jetzt gegebenen Umständen kein anderer Weg bleibt, als das Enteignungsverfahren einzuleiten.“ Wie ein Lauffeuer sprach sich diese Hiobsbotschaft schon vor Eintreffen des Briefes im Dorf herum.

Ein Blick in die Vorlage für die Sitzung des Senats macht deutlich, warum plötzlich Eile geboten war. „Die Einleitung des Enteignungsverfahrens kann nicht weiter hinausgeschoben werden, da am 30.10. ds. J. das Bundesbaugesetz mit neuen verfahrensrechtlichen Bestimmungen in Kraft tritt. Hierdurch könnte sich eine zeitliche Verzögerung ergeben, da es dann zweifelhaft sein kann, ob im vorliegenden Falle weiterhin das bremische Enteignungsgesetz oder das Bundesbaugesetz anzuwenden ist. Auch würden, falls das Bundesbaugesetz anwendbar wäre, die Voraussetzungen für die Einleitung des Enteignungsverfahrens im vorliegenden Fall erschwert sein. Um diesen Unsicherheitsfaktor zu vermeiden, muss das Verfahren jetzt eingeleitet werden, damit die Durchführung noch nach dem bremischen Enteignungsgesetz erfolgen kann.“ Parallel zur Einleitung des Enteignungsverfahrens sollten allerdings die Verhandlungen weiter laufen. Immer noch hoffte man auf einen Kompromiss. Enteignet werden sollte nur dort, wo keine gütliche Regelung zu finden war.

Bereits am 28. September hatte der Regierungsdirektor Kohlmann gegenüber den Bremer Nachrichten bestätigt, dass das Auslaufen des Bremer Enteignungsgesetzes die Maßnahmen der Verwaltung bestimme. Der Stadt läge aber nur deshalb daran, – falls erforderlich – das „vertraute Bremer Enteignungsgesetz“ anzuwenden, da man mit dem neuen Bundesgesetz noch keinerlei Erfahrungen habe.

Was zeichnete das bremische Enteignungsgesetz im Gegensatz zum zu erwartenden Bundesbaugesetz aus? Warum sollte das Verfahren unbedingt auf dieser Grundlage durchgeführt werden? Markant am § 39 des bremischen Enteignungsgesetzes ist in diesem Zusammenhang vor allem folgendes: gegen den Enteignungsbeschluss an sich war keinerlei Rechtsmittel möglich, lediglich gegen die Höhe der Entschädigung vermochte der Betroffene vorzugehen. Mit dem Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes am 30.10.1960 änderte sich dies schlagartig: fortan war es jedem Betroffenen möglich, die Enteignung insgesamt gerichtlich überprüfen zu lassen. Was wäre unter diesen Umständen aus den Plänen zum Bau der neuen Hafenanlagen geworden? Nur eine einzige Klage gegen den Enteignungsbeschluss hätte die Bautätigkeiten auf Jahre hinaus verzögern können. Jahre, in denen sich die Ausgangssituation sicher verändert hätte.

Noch aber war die Tür für weitere Verhandlungen nicht zugeschlagen. „Wir liegen nur noch wenig auseinander“, wurden die Verhandlungspartner in der Presse zitiert. In Rundschreiben rieten die Interessenvertreter den Betroffenen, das Angebot der Stadt



Hafensenator Borttscheller bei der Einweihung des Hafenbeckens II am 5. Februar 1964

zu akzeptieren. Diese hatte es jedoch zur Bedingung gemacht, dass mindestens 75 % der Eigentümer (bzw. der benötigten Fläche) dem Teilvergleich beitreten müsse, damit jener zustande kommen könne. Gegenüber einem Enteignungsverfahren bot der Vertrag den Betroffenen entscheidende Vorteile: sie konnten sofort die Höhe der Entschädigung überblicken, und als Gegenleistung dafür, dass sie die un bebauten Flächen unverzüglich auf die Stadt übertrugen, sollten die Eigentümer Vorauszahlungen auf die Entschädigungssummen in Höhe von bis zu 80 % erhalten. Außerdem konnten sowohl sie als auch die Pächter bis zum Räumungstermin ihre Gebäude und Grundstücke zu günstigen Bedingungen weiternutzen. Darüber hinaus wurde für den Erwerb von Ersatzgrundstücken im Lande Bremen Grunderwerbssteuerfreiheit gewährt.

Auch für die Stadtgemeinde beinhaltete der Teilvergleich entscheidende Vorteile: so verzichteten die Betroffenen damit z.B. auf alle Rechtsmittel gegen die Zulässigkeit der Enteignung und verpflichteten sich, sofort nach Maßgabe des Bedarfs für den Hafenausbau den Besitz der un bebauten Flächen an die Stadt Bremen zu übertragen.

Der 5. Dezember beendete die Diskussion – zumindest für 122 Eigentümer und Pächter, die den Gesamtvertrag unterzeichneten. Unter ihnen auch über 30 Lankenauer. Ge einigt hatte man sich u.a. auf eine Entschädigung von DM 4,25/m² für die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Abfindung für Wohnhäuser sollte dem Mittel zwischen Zeit- und Neubauwert entsprechen, landwirtschaftliche Pächter von Staatsländereien erhielten nun DM 0,15/m², und für jede Familie gab es eine Umzugsentschädigung in



Kolonialwarenladen von Martha Lampe, 1960

Höhe von 500 DM. Weiterhin strittig und daher vom Enteignungsrichter zu entscheiden, blieben die Entschädigungen für Bauland, die Abfindung für Pächter nichtstaatlicher Ländereien und der Ausgleich für die Gewerbetreibenden.

Die Bauern konnten mit ihrer Entschädigung wohl zufrieden sein, hatten im Vergleich dazu die Landwirte in Mittelsbüren einige Jahre zuvor lediglich den so genannten „Klößner-Preis“ von DM 3,40/m² erhalten. Auch die Hausbesitzer fand die Stadt – was die materielle Seite anbelangt – durchaus korrekt ab. Die Entschädigung für die Pächter mutet recht gering an, doch hätten sie im Rahmen eines Enteignungsverfahrens keinerlei Rechtsanspruch auf einen Ausgleich gehabt. So bekamen sie eine Hilfe, die wenigstens die Suche nach einer neuen Pachtstelle und die ersten Anlaufschwierigkeiten überbrücken half.

Dies ist die materielle Seite des Konflikts. Eine Frage aber bleibt in den Akten unbeantwortet: Kann man für den Verlust von Haus und Hof wirklich entschädigt werden?

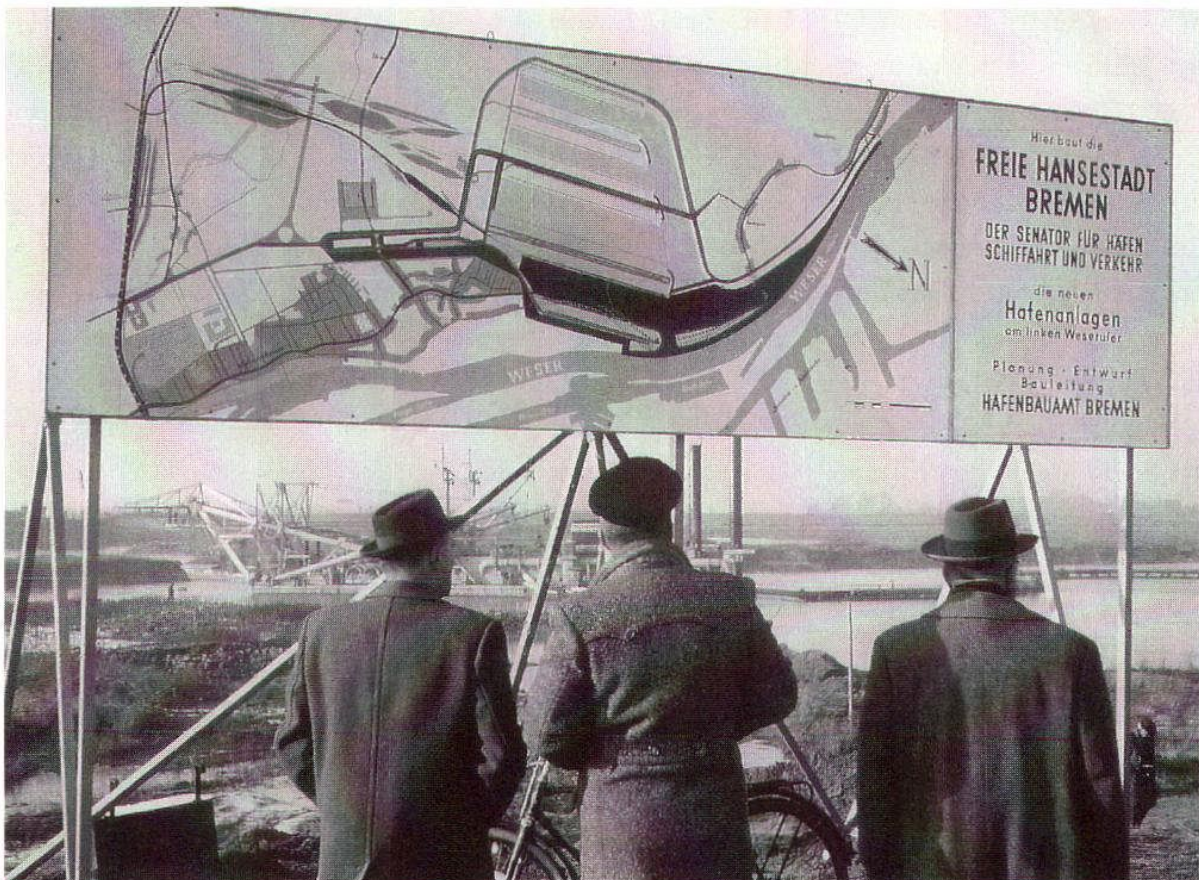
Frauke Echte

Das Zitat am Anfang des Textes über das linke Weserufer ist entnommen aus *Bremer Land – Das Bremer Landgebiet einschließlich der Stadt Vegesack in Wort und Bild* von Harry Wolff, Bremen 1928. Zu den Hafenplänen vor dem Ersten Weltkrieg gibt der Bericht der damaligen Deputation für Häfen und Eisenbahnen Auskunft, hier zitiert nach einer Vorlage für die Sitzung der Deputationen für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Wirtschaft und Außenhandel und Bauwesen vom 30. Mai 1960, STAB 4,35/3 Jli Allgemeines. Zu den Enteignungen in den 1920er Jahren für die neuen Hafenanlagen am linken Weserufer ist der Bestand STAB 4,35 – 1608 (Bd. 1: 1922-1924, Bd. 2: 1925-1926) einschlägig, der Plan zum Ausbau des Hafens auf dem linken Weserufer befindet sich in der Akte 4,31/1 – VII.A.3. Bd. 4. Die Korrespondenz der Senatskanzlei zu den Hafenplänen in den 1950er Jahren kann eingesehen werden im STAB (Senatsregistratur H.6. Nr. 11 Akte 2). Die Senatsvorlagen finden sich unter Sign. 4,35/3 Jli Allgemeines, die Vertragsangebote der Stadt sind unter 4,35/3 I Heli I zusammengefasst, die Einzelakten zu den Enteignungen unter 4,35/3 Heli A-Z. Das Bremische Enteignungsgesetz vom 18. Juli 1899 ist einzusehen in den Bremer Gesetzesblättern (1899, Blatt 354). Der Gesamtvertrag vom 5.12. 1960 wurde von der Registratur der Senatskanzlei zur Verfügung gestellt (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Nr. 67 vom 21.2.1961).

Hafenerweiterung – Grunderwerb – Enteignung: Was schrieb die Presse?

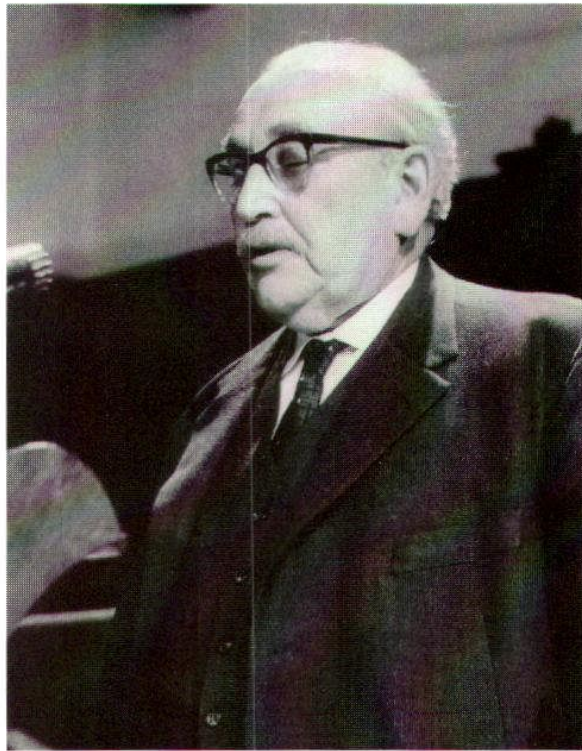
Von Beginn an begleitete die bremische Tagespresse die Realisierung der Hafenbaupläne und vor allem die Verhandlungen zwischen Stadtgemeinde und Eigentümern mit regem Interesse. Über neue Vorschläge und Entwicklungen konnten sich die Bremer stets durch einen Blick in die Zeitung informieren: hier wurden die Inhalte und Ergebnisse der Sitzungen von Interessengemeinschaften, Deputationen oder Senat meist schon am darauf folgenden Tag besprochen.

Der Entschluss zur Verwirklichung der Hafenbaupläne wurde kommentarlos mitgeteilt. Diskussionen sucht man vergebens, kritische Stimmen zu dem Vorhaben selbst tauchten nicht auf. Im Gegenteil: im Februar 1960 mahnt der Weser-Kurier: „Die Zeit drängt zum Handeln“ und bezeichnet es als unumgänglich, die „weitschauenden Pläne“ von 1922 wieder aufzugreifen, wolle man die Existenz des Welthandelshafens Bremen sichern. Die „große gemeinnützige Bedeutung der Hafenbauten“ (Weser-Kurier, 5.10. 1960) stand nie in Frage.



Bautafel zum Hafenausbau, Dezember 1962

Zwar wird die Tatsache, dass zahlreiche Menschen auf dem linken Weserufer Haus und Hof verlassen müssen, schon mal als „ernste Begleiterscheinung“ beschrieben. Im gleichen Satz aber ist darauf hingewiesen, dass es sich um „Geburtswehen“ für ein Vorhaben handelt, das entscheidend sei für die künftige Existenz des Seehafens der Stadt (Weser-Kurier, 1.10.1960). Es war ohne Frage ein Gebot der Stunde, Bremens Hafenskapazitäten zu erweitern, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und bereits im März 1960 meldete der Weser-Kurier, auch die Bauern auf dem linken Weserufer hätten durchaus Verständnis dafür, dass die Stadt etwas unternehmen müsse (4.3.1960).

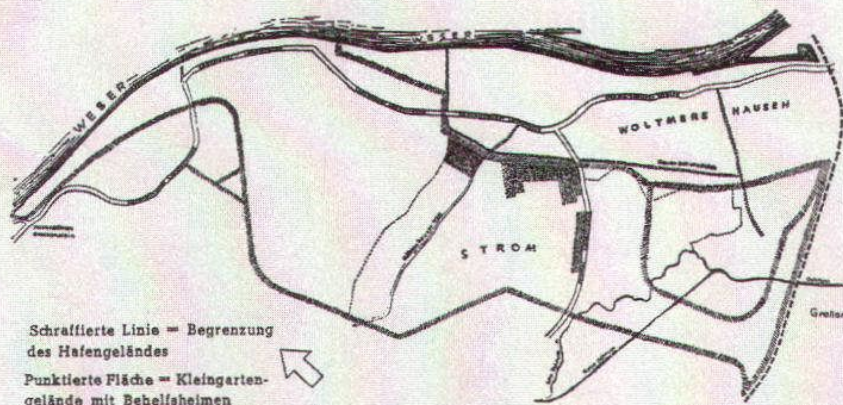


Wilhelm Kaisen in der Bürgerschaftssitzung am 6. November 1963

Die Fakten nehmen breiten Raum in der Berichterstattung ein. Die Beiträge informieren darüber, wieviel m² für die Umsetzung der Pläne benötigt würden und wieviele Familien (Bauern, Hausbesitzer, Mieter, Pächter) weichen müssten (Bremer Bürgerzeitung, 20.8.1960, Weser-Kurier, 1.10.1960, Bremer Nachrichten, 3.10.1960). Bereits am 8. Januar 1960 zitieren Bremer Nachrichten und Weser-Kurier den damaligen Präsidenten der Handelskammer, Richard Bertram, der im Zusammenhang mit der Hafenerweiterung an den „Opfersinn“ der Menschen appelliert. Gemeint ist damit aber nicht etwa das Opfer der zukünftigen „Planungsverdrängten“, sondern das der Stadt Bremen, ihrer Bürger und Steuerzahler, die zu einer enormen finanziellen Leistung bereit sein müssten, um den Kapitalbedarf für das große Projekt zu decken. Zu den Verhandlungen zwischen Stadtgemeinde und betroffenen Eigentümern beziehen die Zeitungen zunächst keine Position. Seit Beginn der Gespräche im Frühjahr 1960 kommen beide Seiten zu Wort – das teils zähe Ringen um die Höhe der Entschädigungen wird dabei nicht bewertet. Am 11. Juni 1960 gesteht die Bremer Bürgerzeitung den zuständigen Stellen der Stadt immerhin „sehr viel Behutsamkeit“ in ihrem Vorgehen zu, „der Auswirkungen auf die weiteren Grundstückserwerbungen links der Weser gedenkend.“ Ab Herbst bringt man den Bremer Steuerzahler ins Spiel, geschickt wird mit den Befürchtungen des Lesers jongliert: „Jeder Groschen, der pro Quadratmeter mehr bewilligt würde, kostet die Stadtgemeinde 600 000 Mark,“ schreibt die Bremer Bürgerzeitung am 1. Oktober 1960, und weiter heißt es, das Angebot der Stadt sei gut, daher müssten im Interesse der Steuerzahler „die Verhandlungen Grenzen haben“. Am 5. Oktober zitiert der Weser-Kurier den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Woltmershausen/Rabblinghausen, Senator a. D. Hermann Mester,

Lankenaus Bauern sollen weichen Kündigungen für den Hafenaufbau

Pachtverträge laufen aus — Die erste Baustufe für Hafenbecken links der Weser



Kürzlich sind den Bauern in Lankenaus die Kündigungen ihrer Pachtverträge mit der Stadtgemeinde Bremen ins Haus geschickt worden. Die Kündigungsfrist läuft ab 1. Juni. Die Räumung muß bis 10. November d. J. (Martini) erfolgt sein. Auch die Pächter des Parzellenlandes zwischen Umdeich und Feldmark sind gekündigt worden.

Es handelt sich in allen Fällen um Gelände, das die Stadtgemeinde vor Jahren vorsorglich erworben hatte. Mit den Bauern — wie auch den Kleingärtnern — wurde damals ein Pachtvertrag über die weitere Nutzung abgeschlossen. Diese Verträge sind nunmehr termingerecht gekündigt worden. Gravierend sind die Kündigungen für vier große Bauernhöfe. Die für diese Höfe aufgekündigte Bodenfläche hat einen Gesamtumfang von 600 bis 700 Morgen, das sind 150 bis 175 Hektar oder

1 500 000 bis 1 750 000 Quadratmeter. Allerdings ist nicht beabsichtigt, dieses gesamte Land unter die Bagger zu nehmen. Beansprucht werden zunächst etwa 200 Morgen, also 50 Hektar oder 500 000 Quadratmeter. Über die weitere landwirtschaftliche Nutzung des Restgeländes soll verhandelt werden. Dabei werden verschiedene Probleme zu bereinigen sein, denn einzelne der Gehöfte und Ländereien werden stark beschnitten. Das gekündigte Gelände wird für die erste Baustufe des Hafenaufbaus

links der Weser in Anspruch genommen werden.

Gütliche Einigung erwünscht

In diesem Zusammenhang wird sich die Diskussion erneut den kommenden Grundstücksankäufen links der Weser zuwenden. Bekanntlich kommt dabei dem Erwerb des Geländes für das Klärwerk Seehausen die Rolle eines Modellfalles zu. Das Amt für Stadtwässerung wird sich

mit diesem großen Bauvorhaben noch eine Zeit gedulden müssen, weil in der Frage des Geländeankaufs über die Festsetzung der mutmaßlichen Entschädigung im Enteignungsverfahren (BBZ vom 15. 4. 60) hinaus noch nichts Neues, Bindendes geschehen ist. Die zuständigen Stellen verwenden auf diese Angelegenheit sehr viel Behutsamkeit, der Auswirkungen auf die weiteren Grundstückserwerbungen links der Weser gedenkend. Beide Partner — der Staat und die Besitzer — sind an einer gütlichen Einigung interessiert. Diese Einigung, die ein Enteignungsverfahren überflüssig machen könnte, steht noch offen.

Bericht der Bremer Bürgerzeitung vom 11. Juni 1960

mit der Warnung an „jenen kleinen Teil der Grundeigentümer, die mehr Geld fordern“ und „starrsinnig“ würden. Zwei Wochen später, am 19. Oktober, meint das selbe Blatt, die Erfüllung der Forderungen von Seiten der Betroffenen könne der „Stadtgemeinde als Treuhänder der Steuerzahler nicht zugemutet werden.“ Schließlich suggerieren Überschriften wie „Niedervieländer Bauern werden Millionäre“ (Bremer Bürgerzeitung, 1.10. 1960) nicht gerade, dass viel verloren, sondern im Gegenteil viel gewonnen würde.

Seit Beginn des Jahres 1960 greift man allerdings auch die Verunsicherung und Bedenken der Betroffenen auf. „Wir sind in großer Sorge wegen der geplanten Hafenerweiterung und aller damit zusammenhängenden Fragen“, zitieren die Bremer Nachrichten am 17. Februar Hermann Mester. „In der Bevölkerung ist eine große Unruhe entstanden.“ In Rablinghausen und Lankenaus wüßten die Bewohner nicht, woran sie seien. Die Kritik der Betroffenen an der Ungewissheit über das weitere Vorgehen der Stadt ist zwei Tage später auch Thema im Weser-Kurier. „Den Einwohnern von Lankenaus winkt

das gleiche Los wie den Bauern in Mittelsbüren. Sie werden ihre Häuser räumen müssen, und die Landwirtschaftsbetriebe werden nicht mehr existenzfähig sein, wenn der Bau von Hafenbecken auf dem linken Weserufer verwirklicht wird“, so Johann Brandt, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Seehausen auf einer Versammlung der Vereinigung im Fährhaus Lankenau. Anlässlich der Sitzung kritisiert Hermann Mester vor allem, dass die zuständige Verwaltung die „Karten nicht auf den Tisch lege, sondern die durch den Hafenbau Betroffenen im unklaren lasse.“ (Weser-Kurier, 19.2.1960) Die Unzufriedenheit der Eigentümer wegen des zeitlichen Drucks, unter dem sie sich entscheiden müssten, ist dann am 28. September 1960 Thema in den Bremer Nachrichten. Und am 18. November 1960 schließlich berichten wiederum die Bremer Nachrichten über die Kritik der Interessengemeinschaft Seehausen an der Tatsache, dass die Stadt „nicht genügend Bauland“ anerkenne.

In der Mehrzahl der Meldungen aber geht es immer wieder um neue Vorschläge, Angebote und Verhandlungsergebnisse sowie um die Frage, ob die Einleitung des Enteignungsverfahrens zu verhindern sei, oder nicht. Über jeden Schritt, den die Verhandlungspartner aufeinander zu oder voneinander weg gehen, wird informiert. Der Senatsbeschluss zur Einleitung des Enteignungsverfahrens ist vor der Kulisse der weiter laufenden Verhandlungen lediglich eine Meldung wert (Weser-Kurier, Bremer Nachrichten, 19. Oktober 1960). Hintergrundinformationen zum bremischen Enteignungsgesetz sucht der Leser vergeblich! Nirgends findet man einen Hinweis auf den Inhalt des § 39, nirgends wird darauf eingegangen, was denn das alte Bremer Gesetz vom zu erwartenden Bundesbaugesetz unterscheidet. Sachlich und objektiv sind schließlich die Berichte über das Zustandekommen und die Zeichnung des Gesamtvertrages. Die wichtigsten Inhalte dieses „kiloschweren Vertragswerks“ (Weser-Kurier, 16./19. November 1960, Bremer Bürgerzeitung, Bremer Nachrichten, 19. November 1960) sind kurz genannt und die Vorteile für beide Vertragsparteien dargelegt.

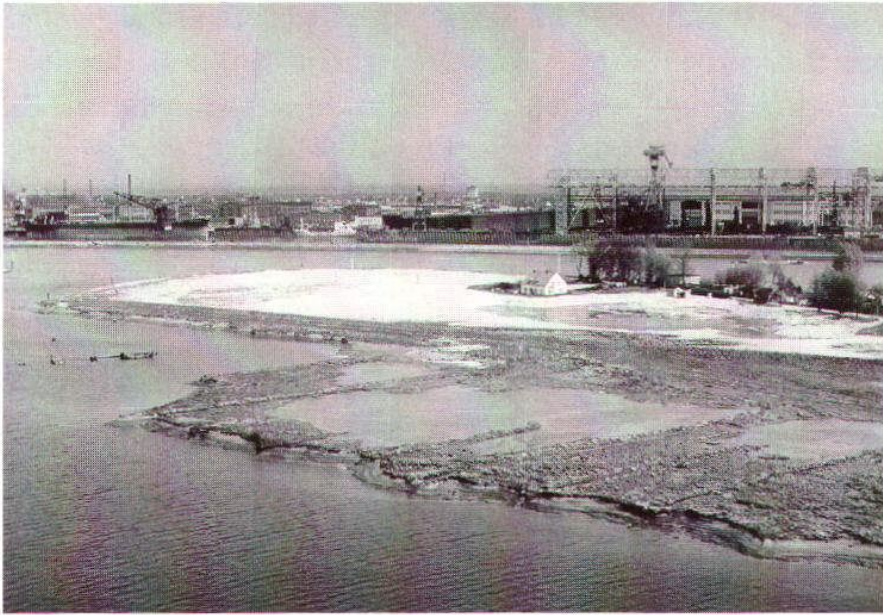
Aus der Fülle der Artikel, allesamt sachlich und ohne Emotionen, fallen jedoch vier Beiträge ins Auge, die andere Töne anschlagen. Angesprochen werden hier Aspekte des Themas Hafenerweiterung, die in den übrigen Meldungen unberücksichtigt bleiben: das Opfern von Naherholungsraum, das Verschwinden schöner alter Bauernhöfe und der Verlust der Heimat.

Vertrag über Hafengelände ist in Kraft getreten

Mit dem heutigen Tag tritt der Vertrag über den Ankauf des weitaus größten Teils des Geländes für den ersten Bauabschnitt der neuen Hafenanlagen links der Weser in Kraft. Er war bereits am 5. Dezember beurkundet worden, jedoch mit einem Rücktrittsrecht für vierzehn Tage. Davon hat der Senat keinen Gebrauch gemacht, erklärte uns gestern ein Vertreter der Verwaltung für Häfen, Schifffahrt und Verkehr.

Wie mehrfach berichtet, hatte der Senat beschlossen, diesem Teilvergleich dann zuzustimmen, wenn die Eigentümer von mindestens 75 Prozent des vom Staat zu erwerbenden Geländes ihr Einverständnis erklären. Vor der Beurkundung waren es 77 Prozent. Da ein Teil dieser Eigentümer weitere, vom Senat abgelehnte Bedingungen stellte, verblieben 72 Prozent der Fläche. Für die Besitzer der restlichen Grundstücke wird die Entschädigung in einem Enteignungsverfahren festgelegt. Den anderen soll die Entschädigung schnell gezahlt werden.

Bericht im Weser-Kurier vom 20. Dezember 1960



Lankenau verschwindet:
Wasser wird zu Land,
und Land zu Wasser



Der Abriss des Vereins-
heimes von Bad
Lankenau, 1970

Der erste Artikel in diesem Tenor erscheint am 26. November 1960 in der Bremer Bürgerzeitung unter der Überschrift „Wem die Stunde schlägt – Gespräche und Meinungen in Lankenau und Seehausen“. Hier kommen Bauern zu Wort, die Haus und Hof zu räumen haben, Grund und Boden verlassen müssen, der sich oft schon seit Jahrhunderten in Familienbesitz befand. Nun ist es vorbei mit der Anonymität, denn in diesem Beitrag ist nicht nur von „den Bauern“ die Rede, es werden auch ihre Namen genannt. Die Schicksale erscheinen persönlicher und eindringlicher. Berichtet wird weiter von der Betroffenheit der Eigenheimbesitzer, der „kleinen Leuten“, die jetzt von Lankenau nach Huchting, Habenhausen oder in die Neustadt umziehen müssen, und auch die Sorgen der Mieter werden angesprochen, die „wirklich unzufrieden“ sind. In Lankenau hatten sie relativ niedrige Mieten zu zahlen, nun müssen sie mit einem wesentlich höheren

Mietzins rechnen und stehen vor einer unsicheren Zukunft. „Diese Entwicklung ist schmerzlich, aber man kann sie nicht aufhalten“, heißt es. Immerhin, „die besitzenden Bauern und Landwirte in Niedervieland [seien] zufrieden“ mit dem Verhandlungsergebnis, aber „auch eine gute materielle Entschädigung schafft die Trennung und den Schmerz über diese Trennung nicht aus der Welt“.

„Was Natur und Menschen schufen, mußte dem Hafenaufbau weichen“, schreibt ein halbes Jahr später der Heimatforscher Bernhard Rutenberg in seinem zweiteiligen Aufsatz über das Verschwinden der alten, nunmehr „unter Schlamm begrabenen“ Lankenaueser Wiedhöfe. (Bremer Anzeiger links der Weser, 21. und 28.4.1961) „Was dem Forscher im Gelände von der Entstehung des Landes und der Arbeit der Menschen etwas zu sagen hatte, wurde in wenigen Tagen von schweren Maschinen vernichtet. Was aber bleibt, ist die Erinnerung an dieses schöne Stück Land. Und dieser Aufsatz, ein Nachruf an die Wiedhöfe, möge die Erinnerung auch dann wachhalten, wenn die Bewohner Lankenaus in alle Winde verstreut sind.“ Erst im späten Frühjahr 1961 taucht das Thema Naturschutz auf. Am 6. Juni berichten die Bremer Nachrichten – allerdings nur in einem kurzen Artikel – von einer Sitzung des Beirats der unteren Naturschutzbehörde Bremen. „Durch die neuen Hafenaufbauten [würde] eine landschaftlich reizvolle Fläche in Lankenu weitgehend zerstört“, heißt es, und es wird eine kleine Wiedergutmachung in Form von Wanderwegen und Grünanlagen angekündigt.

Wesentlich drastischere Worte findet schließlich der Autor des Beitrags mit der Überschrift „An der Unterweser sterben zwei Dörfer“ am 22. November 1961 im Weser-Kurier. Zentrales Thema ist auch hier der Verlust von Naherholungsraum, vor allem des Ausflugsziels Lankenu und seines Fährhauses. „Die Stadt frißt nach und nach ihre liebsten Kinder“, lesen wir und weiter, „unersättlich in ihrer Gier nach Land, hat sie jetzt nach Seehausen gegriffen und nach Lankenu“. Der Riesenbagger „Fabiola“, der aus Belgien für die Hafenaufbauten geholt worden war, wird zum „Ungeheuer“, das in der Lage ist, monatlich bis zu 700 000 Kubikmeter Erde wegzuräumen. Und am Ende erfährt man schließlich, selbst zwei Millionen Mark Entschädigung könnten Metta Wähmann nicht das Gefühl nehmen, „daß sie arm geworden ist – ärmer um einen herrlichen Flecken Erde an der Weser, der nicht zu ersetzen ist.“

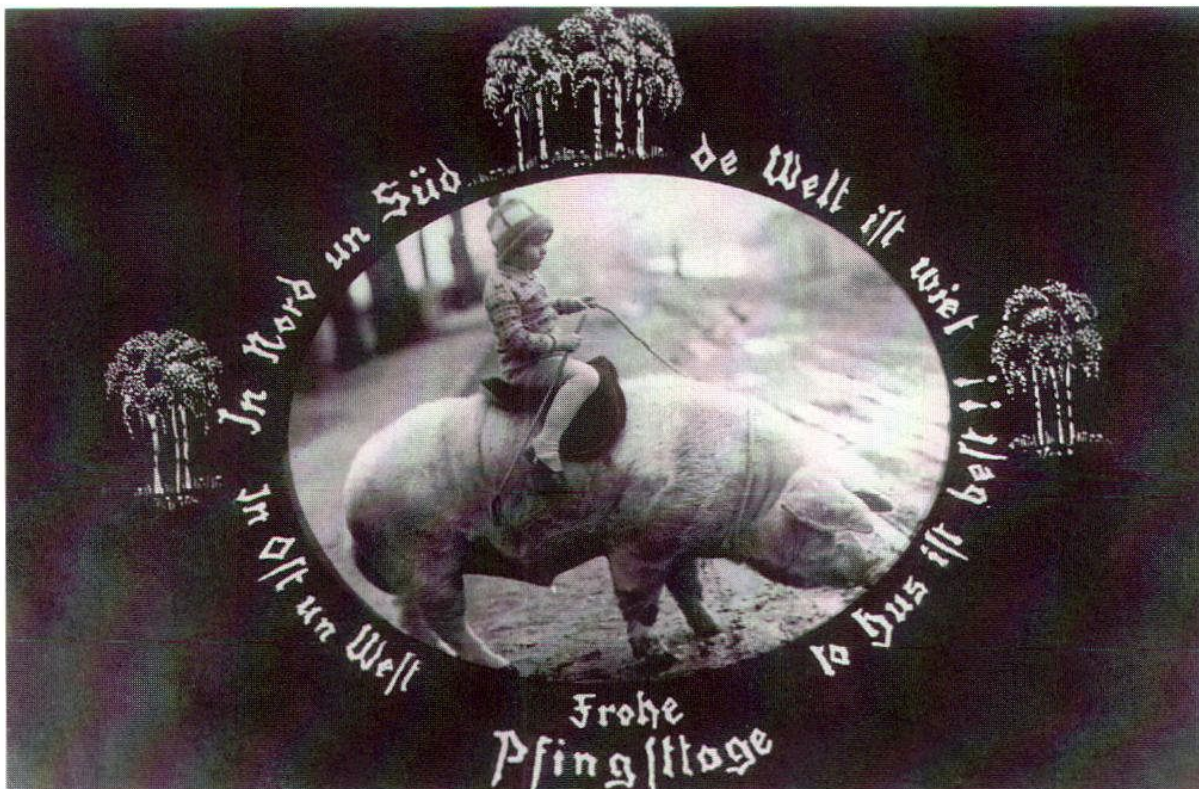
Solch geradezu pathetisch anmutende Artikel blieben jedoch die Ausnahme. In den Jahren des Wirtschaftswunders galt der Blick nicht in erster Linie dem, was man mit Lankenu verlor, sondern vielmehr dem, was man gewann oder was es zu sichern galt: Wettbewerbsfähigkeit, Fortschritt, Arbeitsplätze und Wohlstand.

Frauke Echte

Die Presseartikel sind in der Sammlung der Senatspressestelle im STAB einzusehen unter der Signatur 9, S 9-9, Stichwort „Hafen“, außerdem unter 9, S 0-677 Stichwort „Lankenu“.

Gehen müssen – Über den Verlust von Heimat

„Wo auch immer unsere neue Heimat sein mag, niemals wollen wir wieder am Weserstrom von vorn beginnen“, soll die alte Frau Kruse, eine Witwe aus Seehausen gesagt haben, als klar war, dass sie – wie auch die Menschen in Lankenu – Haus und Hof würde verlassen müssen. Generation für Generation ereilte hier das Schicksal des „Vertrieben-werdens“. In den Jahren 1883/1885 forderte zunächst der Durchbruch der langen Bucht seine Opfer, 1927/1931 legte man den Winterdeich zurück – und wieder verschwanden Häuser. Anfang der 1960er Jahre drohte der dritte „Eingriff“: nun sollte ganz Lankenu für einen neuen Hafen Platz machen. Was bedeutete es für die Lankenuer, ihr Dorf zu verlieren? Brachte der Weggang vielleicht sogar Vorteile für den einen oder anderen mit sich? Sicher waren die Umstände und die Auswirkungen des Umzugs sehr unterschiedlich. Wie der einzelne damit umging, hing von verschiedenen Faktoren ab: War man jung oder alt, Bauer oder Knecht, Mieter oder Hauseigentümer? Hatte man seinen Arbeitsplatz in einem anderen Teil Bremens oder betrieb man vielleicht am Ort ein Gewerbe, war man schon hier geboren oder erst später zugezogen? Für die Schlüsselübergabe vor Ort hatte der Hafensenator einen Außenbeamten im Dorf „stationiert“. Wie mag wohl dem einzelnen Lankenuer zumute gewesen sein, als er diesem Mann schließ-



Grußkarte von Albert Petersen zu Pfingsten, um 1930

lich den eigenen Haustürschlüssel übergeben musste? Sollte ein Haus abgerissen werden, dessen Bewohner noch keine neue Bleibe hatten, so quartierte man sie vorübergehend in bereits geräumten Gebäuden ein, die von den Hafenaumaßnahmen noch nicht berührt waren. Das Wegziehen in Etappen machte den Abschied sicher nicht leichter. Besonders alte Menschen traf es hart, ihre gewohnte Umgebung verlassen zu müssen. Das überrascht nicht, wie heißt es doch so schön: „einen alten Baum verpflanzt man nicht“.

Der Bauer Johann Rose räumte seinen Hof 1964. Er war 67 Jahre alt und zog nun in die Neustadt. Die Landwirtschaft hatte er bereits vorher an den ältesten Sohn Hans-Lür abgetreten, der nach der Enteignung in Altenesch neuen Boden kaufte. An die ungewohnte Umgebung und die Enge in der Neustadt konnte sich Johann Rose nie gewöhnen. Er ging nicht mehr viel nach



Sonntagsausflug von Johann Rose und seiner Familie, 1940

draußen, meist saß er allein im Haus, ohne Ablenkung und Beschäftigung. Seine Frau Dora scheint mit der neuen Situation besser zurecht gekommen zu sein. Nach kurzer Zeit beschloss das Ehepaar, ein neues Haus in Huchting zu beziehen, wo es wenigstens etwas Grün drum herum gab. Den Umzug hat Johann Rose nicht mehr erlebt. Er starb 1967, drei Jahre nachdem er aus Lankenau fort musste. Mit dem Verlust der eigenen „Scholle“ und dem nun völlig veränderten Leben in ungewohnter Umgebung konnte sich der Bauer nicht abfinden. Immerhin hatten die Roses seit über 300 Jahren in Lankenau gesessen. Generation um Generation bearbeitete das selbe Land, das nun zu einem Hafenbecken werden sollte. Das Haus in der Neustadt besaß keinen Garten, es gab keinerlei Zerstreung und Aufgabe für ihn. Regelrecht „eingegangen“ sei er da, in der Stadt, sagen seine Söhne und sind sicher, dass er in Lankenau sehr viel älter geworden wäre. Vielleicht sogar so alt wie seine Frau, die erst kurz vor ihrem 100. Geburtstag starb.

Ein anderer Bauer, Albert Petersen, harrte noch im kalten Winter 1962/1963 allein mit seiner Frau auf dem bereits leeren Hof am Lankenauer Deich Nr. 71 aus. Zwar war die Familie schon im Besitz eines neuen Grundstücks, die beiden Alten aber wollten nicht eher gehen, bis sie die letzten Entschädigungssummen für Haus und Ländereien von der Stadt bekommen hatten. Das Leben in dem leeren Haus war nicht komfortabel. Nur ein Zimmer ließ sich in dem großen Gebäude heizen, erinnert sich die Tochter der beiden, Adeline Ahlbrecht. Das Vieh, das immer etwas Wärme gespendet hatte, war



Familie Petersen, um 1900

längst verkauft, und als es ganz kalt wurde, fror in der Küche auch noch das Wasser ein. Nun mussten die Petersens mit ansehen, wie die Bauarbeiten rund herum immer näher rückten, die Scheune abgerissen wurde und schließlich die stolzen alten Linden vor dem Hof der Baumsäge zum Opfer fielen. Jedes Wochenende bekamen die beiden auf ihrem „einsamen Posten“ Besuch von der Enkelin, die ganz besonders am Hof der Großeltern und an Lankenau hing. Die Tochter und der Schwiegersohn lebten schon auf dem neuen Besitz bei Delmenhorst. Dorthin hatte es die Petersens und Ahlbrechts verschlagen, denn als es darum ging, ein neues Stück Land zu kaufen, war für den Bauern klar: „Wenn es unumgänglich ist, hier weg zu müssen, dann wollen wir wenigstens in der Umgebung und irgendwo am Wasser bleiben.“ Im Jahr 1963 gingen auch die Eltern vom Hof. Albert Petersens „Glück“ war es, dass er mit der Architektur und dem Gartenbau zwei Steckenpferde besaß, die ihn ein wenig ablenken konnten – jetzt, da er sich nicht mehr um Landwirtschaft, Pferde- und Viehzucht kümmern musste. Zwei Jahre lang hat er selbst am neuen Haus gebaut, um sich zu beschäftigen – danach war die Gestaltung des Gartens dran. Für ihn war zudem klar, dass es „in Lankenau auch zu Ende gegangen wäre“. Es gab keinen Hofnachfolger, denn der Schwiegersohn wollte die Landwirtschaft nicht übernehmen. Dennoch war es „am Anfang schon ganz schlimm“. Hart traf die Petersens vor allem, dass sie nicht in der Kirchengemeinde Rablinghausen bleiben durften, da sie nun in Niedersachsen wohnten – für sie besonders bitter, befand sich doch auf dem Rablinghauser Friedhof das jahrhundertealte Familiengrab.

Aber nicht nur die Bauern, die schon sehr lange Zeit mit ihrer Scholle verwurzelt waren, traf der gezwungene Ortswechsel schwer. Auguste Thea Voß, geborene Augustin, war Anfang 70, als sie Lankenau mit ihrer Familie verlassen musste. Sie fand sich in ihrer neuen Umgebung überhaupt nicht zurecht und durfte bald gar nicht mehr aus dem Haus gehen. Auguste Voß hätte sich in der neuen Gegend heillos verlaufen. Schon in Lankenau war sie manchmal etwas durcheinander und vergesslich, aber der Umzug nach Kattenturm bewirkte, dass sie mit dem gewohnten Umfeld auch jegliche Orientierung verlor. Zum Schluss konnte sie sich selbst innerhalb des neuen Hauses nicht mehr zurecht finden, ja sie verlor selbst das Gefühl für Tag und Nacht, also auch jeglichen normalen Lebensrhythmus. Vermutlich wurde ihr Krankheitsverlauf durch den Verlust der vertrauten Umgebung beschleunigt. Sie starb bereits drei Jahre nach dem Umzug im Jahr 1967.

Der Vater von Marie Behling, Friedrich Butteltmann, lebte nur noch ein Jahr, nachdem er Lankenau verlassen musste. Die Familie hatte am Deich zur Miete gewohnt. Auch sie waren am Ende ganz allein im Haus, nur noch die Leute vom Wohnungsamt saßen tagsüber in ihrem Büro im selben Gebäude und vermittelten den „planungsverdrängten“ Mietern die neuen Unterkünfte. Die beiden Alten zogen in einen Block an der Rablinghauser Landstraße, der eigens für die Rentner aus Lankenau



Thea Voß in ihrem Lankenauer Haus, um 1950

gebaut worden war. Natürlich mussten sie jetzt mehr Miete zahlen; dafür besaß die neue Wohnung aber eine bessere Ausstattung, denn immerhin gab es eine Ofenheizung und Kanalisation. Marie Behlings Vater konnte diese Vorteile jedoch nicht genießen und erwiderte seiner Tochter nur: „Schnack man zu. Wenn Du hier aus der Tür trittst, stehst Du auf der Straße.“ Der Wechsel von Lankenau nach Rablinghausen bedeutete eben, vom Lande in die Stadt zu ziehen, und selbst die Mieter waren es aus ihrem Dorf gewohnt, einen kleinen Garten zu haben, in dem sie Blumen pflanzen, Gemüse anbauen oder ein paar Kaninchen halten konnten. Damit war es fortan vorbei. Auch seine Tochter Marie empfand die Nachricht, aus Lankenau fort zu müssen, als bedrohlich. Sie hatte Angst, man vermittele ihr und ihrem Mann eine neue Wohnung „in der Vahr oder so, wo diese ganzen Hochhäuser sind.“ Wochen- und monatelang träumte sie, auf dem Heimweg nicht nach Hause zu finden, weil die Häuser alle gleich aussahen. Statt auf die Vermittlung einer neuen Unterkunft durch die Stadt zu warten, nahm Marie Behling das Heft daher selbst in die Hand. Sie und ihr Mann suchten auf eigene Faust eine neue Bleibe und kauften sich schließlich ein kleines Häuschen in Rablinghausen, ganz in der Nähe des neuen Hafens. Sie mussten sich dafür hoch verschulden, immerhin kostete das Haus stolze 6.500 DM. Aber das war es ihnen wert. Die Kanalisation wollte Marie Behling bald



Abriss Hof Rose, Januar 1965

schon nicht mehr missen, und auch sonst bot die neue Adresse einige Vorteile; freiwillig hätte sie Lankenau jedoch nie verlassen.

Um sich „einen genauen Überblick verschaffen zu können, wer von den Hauseigentümern Wert darauf legt, von der Stadtgemeinde Bremen ein Grundstück zum Bau eines Ersatzhauses zu erhalten“, lud der Hafensenator alle betroffenen Lankenauer ein, am 13. Februar 1961 im Fährhaus Wähmann „vorzusprechen“. Dort konnte man seine Wünsche hinsichtlich der Lage, der Größe und des Charakters des neuen Hauses bzw. Grundstücks äußern. Jeder Sonderwunsch wurde vom zuständigen Beamten vermerkt. Aus den handschriftlichen Notizen ist zu ersehen, dass drei Nachbarn oder Bekannte darum baten, doch möglichst ein gemeinsames Grundstück zu bekommen. Hier wollten also Lankenauer auch in Zukunft zusammen bleiben. Wie aber war es mit den anderen? Was bedeutete der Wegzug für die gewachsenen menschlichen Bindungen und Kontakte, die sozialen Strukturen, in die man meist ein Leben lang eingebunden war? Die Lankenauer wurden buchstäblich „in alle Winde verstreut“. Einige blieben zwar in Rablinghausen oder Woltmershausen, viele aber gingen weiter weg, nach Arsten, Huchting, Habenhausen oder Kattenturm. Die Bauern mussten allesamt nach Niedersachsen ausweichen, da in Bremen nicht mehr genügend landwirtschaftliche Fläche zur Verfügung stand. Nachbarn waren nun nicht mehr Nachbarn, und um die alten Freunde zu besuchen, musste man jetzt lange Wege auf sich nehmen, statt wie bisher „einmal über die Straße zu gehen“. Bei Mutter Petersen gab es auch nach dem Umzug noch ein Kaffee-



Abriss Noltenius, 1966

kränzchen, wo sich einige Lankenauer ab und an trafen. Überhaupt haben die Bauern wohl untereinander immer Kontakt gehalten. Die meisten anderen jedoch verloren sich „irgendwie aus den Augen“, berichtet Marie Behling, denn „jeder hatte mit sich selbst zu tun, dass man wieder in Gang kam. Viele sind weg gegangen, und man hat nie wieder etwas von ihnen gehört.“ Es scheint, als seien vor allem in den Familien der Bauern die Frauen besser mit dem Verlust des alten Zuhauses zu Rande gekommen. Das ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass sie meist erst nach Lankenau eingeheiratet hatten. Ihre Bindung an den Ort war daher nicht so ausgeprägt wie bei ihren Männern, die die Höfe ihrer Väter und Großväter zurück ließen. Auch für die jüngeren Lankenauer war der erzwungene Ortswechsel emotional nicht so problematisch. Vielleicht wäre manch einer von ihnen aus beruflichen Gründen sowieso aus dem Dorf fort gegangen, für einige konnte es gar eine Chance sein, woanders neu anzufangen. So war der Blick der Jungen eher „nach vorn“ gerichtet, die Älteren dagegen konnten sich noch lange nicht von „ihrem Lankenau“ lösen.

Frauke Echte

Der Beitrag basiert auf Gesprächen mit den Zeitzeugen Adeline Ahlbrecht, Marie Behling, Kurt-Arno Kruse und Hermann und Georg Rose. Die Details zur Vermittlung neuer Grundstücke und Häuser sind nachzulesen in den Einzelakten zur Enteignung im STAB 4, 35/3.I. Heli A-Z.

Hafenarbeit im Wandel

Häfen sind nicht nur Anlandeplätze, sondern auch Umschlagsorte für Waren. Was hier geschieht, erfolgt weder zufällig noch willkürlich: Arbeitsteilung und Zusammenarbeit stellen die Basis dar, auf der das „System Hafen“ funktioniert. Früher wurde noch viel mit der Hand gemacht, heute sind es Maschinen, die den Alltag im Hafenleben prägen. Die technologischen Fortschritte der letzten hundert Jahre führten zu einer Rationalisierung der Abläufe und einem Wandel der Transportarten; die Romantik der „christlichen Seefahrt“ ist, falls es sie jemals gab, schon lange vorbei. Der wachsenden Spezialisierung fielen eine Reihe früherer Berufe zum Opfer. Bis vor drei Jahrzehnten löschte man Handelsschiffe noch mit bordeigenem Ladegeschirr oder mit Kränen von den Kajen, transportierte das Gut mit schwerfälligem Gefährt in die Schuppen, lagerte es zwischen, sortierte und packte es um oder lud die Fracht auf Bahnwaggons und Binnenschiffe. Diese Arbeiten erforderten zahlreiche Hände, heute ersetzt die Technologie vielerorts die Menschen.



Stückgutverladung im Hafen II, um 1910

Stauer: Sie löschten und luden Ware, je nach Gut, in bis zu drei „Gängen“ pro Luke. Vier bis acht Mann standen unter dem Kommando eines „Vize“, der als Vormann in Absprache mit den Decksleuten des Schiffes agierte. Die Ladung wurde aus dem Schiffsinnen an die Luken geholt, dort – meist in Akkord – für den Krantransport mit Netzen, Körben oder Ketten vorbereitet und die „Hieve“ an den Haken geschlagen. Die Stauer galten als Experten für das effektive Beladen eines Schiffes. Korrekt gestaute Ladung war auf See, wenn Sturm und hoher Wellengang herrschten, eine überlebenswichtige Angelegenheit. Die Fachleute für diese verantwortungsvolle Tätigkeit hatten ihr Wissen häufig durch eigene Fahrzeit zur See erlangt.

Stapelleute und Karrenschieber: Ihnen oblag der schnelle und sachgerechte Umschlag von der Kaje in die Schuppen, Speicher und auf die bereitstehenden Bahnwagons oder LKWs. Stapler und Stauer mussten im Hafen die körperlich anstrengendsten Tätigkeiten leisten. Bei jedem Wetter, in Tag- und Nachtschichten, schleppten sie bis in die späten 1950er Jahre 2-Zentner-Säcke. Je nach Inhalt hatten einzelne Produkte unterschiedlichen „Popularitätswert“. Den berühmten Kuba-Zucker mochte sich keiner auf die Schulter laden, weil die Melasse aus den Säcken in die Kleidung der schwitzenden Arbeiter tropfte. Ähnlich unbeliebt war Tapioka, das damals noch als Wurzeln angeliefert wurde. Die Einteilung der Arbeitsgruppen erfolgte in „Gängen“, die pro Schicht bis zu siebzig Mann zählte. Die Berufsgruppe verschwand, als in den 1950er Jahren technische Transportgeräte die Arbeitsabläufe beschleunigten. Dazu gehörten die Elektroheber, Gabelstapler und Paletten. In der Folge ersetzten qualifizierte Fahrer und Maschinenbediener die Stapelleute und Karrenschieber.

Tallymann: Der seeromantisch klingende Begriff beinhaltete so ziemlich das Gegenteil: Hier wirkten nüchterne Experten mit guten Kenntnissen über verschiedenste Importwaren und Rohstoffe, die als massenhafte Stückgutartikel anlandeten und gemäß Verträgen und Lizenzen als zu übernehmende Ladung genau zu prüfen waren. Dem Tallymann oblag die Ladungskontrolle, wie das Zählen, Messen und Wiegen.

Küper: Er übernahm als Vertrauensmann im Auftrag der Empfänger die Ladung. Zu seinen Aufgaben gehörte es, die gelieferte Qualität z.B. bei Tabak, Baumwolle, Kaffee, Tee oder Reis zu überprüfen. Dies geschah durch das Ziehen und Bewerten von Proben. In der Kette von sich zuarbeitenden Umschlagexperten standen sie als hochqualifizierte Fachleute an der Spitze, sowohl in Bezug auf ihre Bezahlung, als auch in ihrem Status. Als die Lieferanten begannen, Produkte partienweise in Containern zu verschiffen, brauchte man die Küper nicht mehr.

117

Freie Hansestadt Bremen.



Staatsangehörigkeitsausweis.

(Zur Benutzung im Inland.)

Der Arbeiter *Joseph Georg Topf,*

geboren am *25. Oktober 1887* in *Lankenau, Kreis Wittenberg,*
besitzt die Staatsangehörigkeit in der Freien Hansestadt Bremen.

Bremen, den *17. September 1923.*

Die Polizeidirektion,
Abteilung 3.

Müller

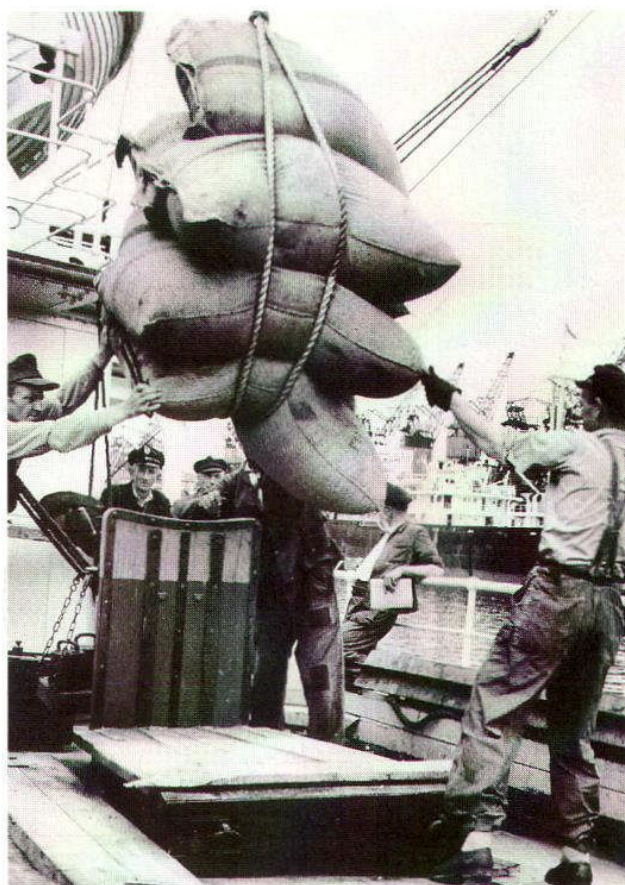


gebühr Mk. ~~240000~~ 240000--

1923 kostete ein Staatsangehörigkeitsausweis 240 000 Mark

In den Bremer Freihäfen wurden bereits vor einem Jahrhundert die Löscharbeiten nicht mehr von den Schiffsbesatzungen abgewickelt, sondern von Stauereiunternehmen mit ihren Spezialkräften geleistet. Obwohl sich dadurch einzelne oder mehrere Arbeitsabschnitte leichter und schneller gestalteten, blieb die Arbeit im Hafen anstrengend und gefährlich. Unfälle kamen häufig vor und sind selbst im „containerisierten“ Güterverkehr nicht gänzlich verschwunden. Nur ein kleiner Teil der Beschäftigten war fest angeheuert, viele forderte man bei Bedarf beim Arbeitsamt oder privaten Arbeitsvermittlern an. Nicht wenige holte man zudem einfach von der Straße oder aus der Kneipe, wenn die Schiffe einliefen. Die Tagelöhner im Hafenbetrieb, „Unständige“ genannt, besaßen keine soziale Absicherung. Erst nachdem sich die Arbeiterschaft organisiert hatte, gelang es mit Hilfe der Gewerkschaften die Bedingungen zu verbessern. Ihre Forderungen unterstrichen sie mit Streiks. In Hamburg legten die Hafendarbeiter 1896 für zweieinhalb Monate den gesamten Betrieb lahm, und in Bremen bestimmte nach dem Ersten Weltkrieg die KPD lange Zeit Richtung und Geschwindigkeit bei den Verhandlungen mit der Arbeiterschaft. Ab den 1920er Jahren verschärfen sich die Lohnkämpfe vor dem Hintergrund der krisenhaften weltwirtschaftlichen Entwicklung. In dieser Zeit war der Lankenauer Christian Brauer im Hafen bei der Bremer Lagerhaus beschäftigt. Als Mitglied der KPD erlebte er den Arbeitskampf an vorderster Front mit, und ihm und seinen Kollegen gelang es, Neueinstellungen durchzusetzen. Sein Sohn Walter Brauer, auch er seit geraumer Zeit arbeitslos, gehörte zu den Privilegierten, die an vier von vierzehn Tagen arbeiten durften. Sein Verdienst war

niedrig, doch glücklicherweise vermochten die Lankenauer in den „schlechten Zeiten“ – Mitte der 1920er Jahre und nach dem Zweiten Weltkrieg – auf die Erträge der eigenen Scholle zurückgreifen. Viele bewirtschafteten eine Parzelle oder ein Stück Land vor der Haustür, hielten Gänse und Schweine, und der Hausschlachter kam zwei Mal pro Jahr. Wurst in Gläsern, Sülze in der Blase, und bei Firnges geräucherter Schinken füllten die Vorratskammern. Von den Löhnen oder staatlichen Zuwendungen allein konnte damals keiner leben, Rentenbezieher oder Gemeindeangestellte traf es besonders hart. Der Lankenauer Gemeindevorsteher schrieb am 24. Oktober 1923 an den Landherrn und bat



Verladung von Zucker im Überseehafen, 1949

– Mitte der 1920er Jahre und nach dem Zweiten Weltkrieg – auf die Erträge der eigenen Scholle zurückgreifen. Viele bewirtschafteten eine Parzelle oder ein Stück Land vor der Haustür, hielten Gänse und Schweine, und der Hausschlachter kam zwei Mal pro Jahr. Wurst in Gläsern, Sülze in der Blase, und bei Firnges geräucherter Schinken füllten die Vorratskammern. Von den Löhnen oder staatlichen Zuwendungen allein konnte damals keiner leben, Rentenbezieher oder Gemeindeangestellte traf es besonders hart. Der Lankenauer Gemeindevorsteher schrieb am 24. Oktober 1923 an den Landherrn und bat



Schlachten bei Bauer Pooß, 1929

um Angleichung der Vergütung für seine Bediensteten und erinnerte daran, dass der Stundenlohn für einen Maurer 744 Millionen Mark betrug, ein Staatsangestellter aber nur 550 Millionen Mark verdiente. Den Vorschlag, die Bezahlung auf 15 Goldpfennige festzusetzen, lehnte der Landherr wegen des „beinahe stündlichen Wechsels der Preise und Löhne“ ab.

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts stieg die Arbeitslosigkeit weiter. 17 000 Menschen meldeten sich 1930 beim Arbeitsamt in Bremen, im März des Folgejahres waren es bereits über 30 000. Die Entwicklung verschlechterte sich. Bei den Reichstagswahlen erreichte die NSDAP in Bremen zwar nicht die absolute Mehrheit, dennoch machte sich auch in der Hansestadt eine antidemokratische Tendenz breit. Der Zweite Weltkrieg bedeutete für Häfen und Werften Umstellung auf Kriegswirtschaft und Versorgungsnotlagen. Der Außenhandel kam zum Erliegen, die Rohstoffimporte gingen zurück. In den Kriegsjahren waren Tausende Menschen – darunter viele Zwangsarbeiter – in den Häfen ums Leben gekommen und die Anlagen fast völlig zerstört worden.

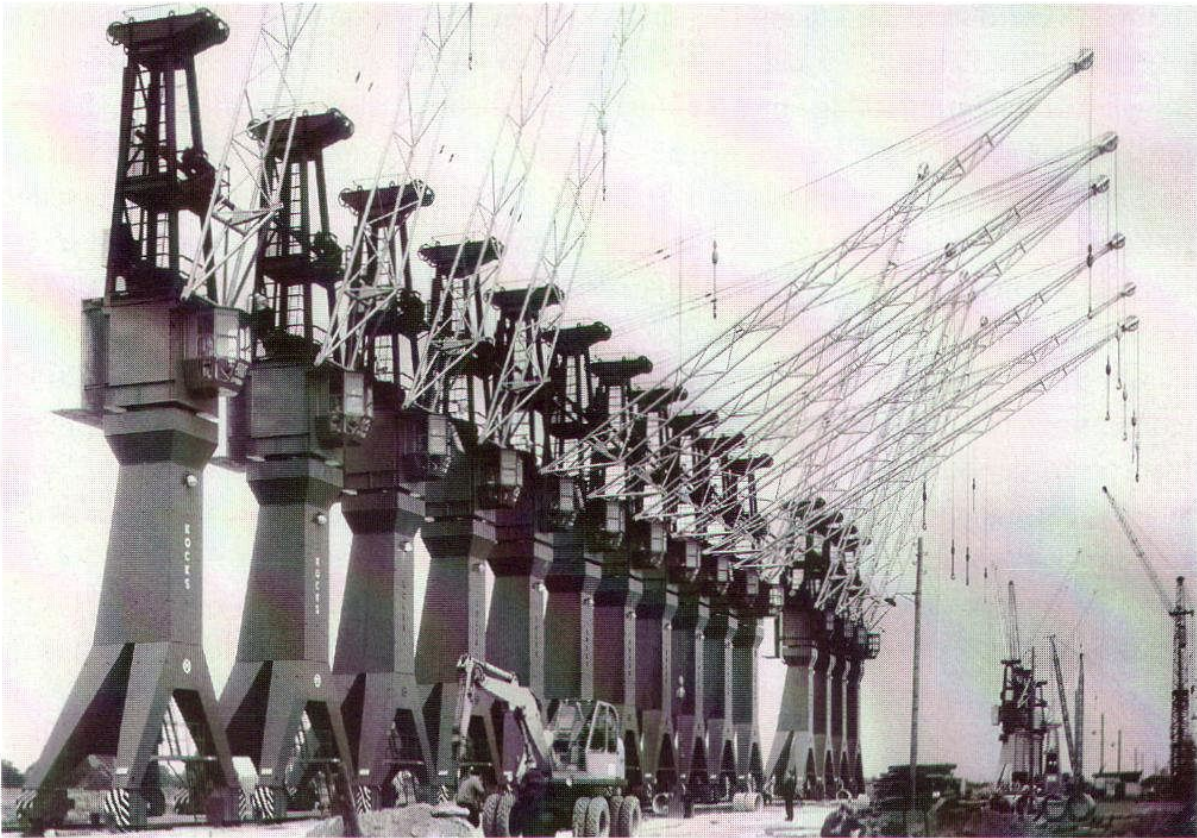
Mit dem Aufschwung in den Nachkriegsjahren setzten sich die technischen Neuerungen durch. Allein die Einführung der Elektrokarren brachte einen enormen Rationalisierungseffekt mit sich: pro Schicht leistete ein einzelner Fahrer dasselbe wie zehn Sackkarrenschieber im Akkord! Zudem entwickelte man schnellere und hubleistungstärkere Kräne mit verstellbaren Auslegern. Das Umschlagtempo nahm ständig zu, Arbeitsabläufe wurden „verdichtet“. Die Frachtraumtechnik auf den Schiffen änderte sich,

und man vergrößerte die Luken. Der Transport von kleinen und mittleren Ladungsteilen erfolgte mit Paletten, immer mehr Gabelstapler kamen zum Einsatz. Beim konventionellen Stückgutumschlag stieg die durchschnittliche Leistung eines Hafendarbeiters von ehemals acht auf 25 Tonnen pro Schicht. Die Situation im internationalen Seeverkehr veränderte sich erneut, als sich Ende der 1960er der Container als universelles Transportmedium durchsetzte. Die Hafenbeschäftigtenzahlen bei der damals halbstaatlichen BLG entwickelten sich in den Folgejahren schnell rückläufig. Neue Berufsbilder entstanden, Gabelstapler- und Ladebrückenfahrer, etwas später Van-Carrier-Chauffeure, wurden zu Umschlagsexperten. Letztere kommunizieren heute mit ihren Arbeitskollegen nur noch über Sprechfunk, begegnen diesen bestenfalls in Pausen und erhalten ihre Transportorders computergesteuert in ihrer 12 bzw. 15 Meter Höhe-Gondel. Sie sind enormem Stress durch permanente Konzentration auf Instrumente und die Verantwortung für das genaue Heben und Absenken der Transportkisten samt ihrer millionenteuren Ladung ausgesetzt. Heute schlägt, dank modernster Technik, ein einzelner Hafendarbeiter Hunderte von Tonnen Ladung pro Schicht um. Die Spezialisten bildet man seit 1975 in den Bereichen Umschlagwesen, Seegüterkontrolle, Gefahrgutbehandlung und Ladungssicherung in der Hafenfachschule aus, deren Rahmenplan flexibel ist und sich den rasch wandelnden Berufsbildern anpaßt.

Die Rationalisierungseffekte während der vergangenen zwei Dekaden haben eine drastische Verringerung der Arbeitsplätze in den Häfen bewirkt. Gespenstisch leer wir-



Aktuelle Generation im Containerschiffbau in Bremerhaven, 2000



Hafenkräne im Neustädter Hafen, um 1970

ken die Häfen heute. Und die Transportmittelherstellerindustrie schläft nicht: das Ideal ist ein komplett menschenleerer Umschlagbereich, wo alles von rechnergesteuerten und selbstfahrenden Elektrovehikeln zu seinem Stellplatz gebracht wird. In dieser Hinsicht sind derzeit Rotterdam-Europoort und Hamburg-Altenwerder Trendsetter in den europäischen Häfen. Den Anschluss werden in Kürze der CT IV in Bremerhaven und der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven erreichen.

Wolf Silaff

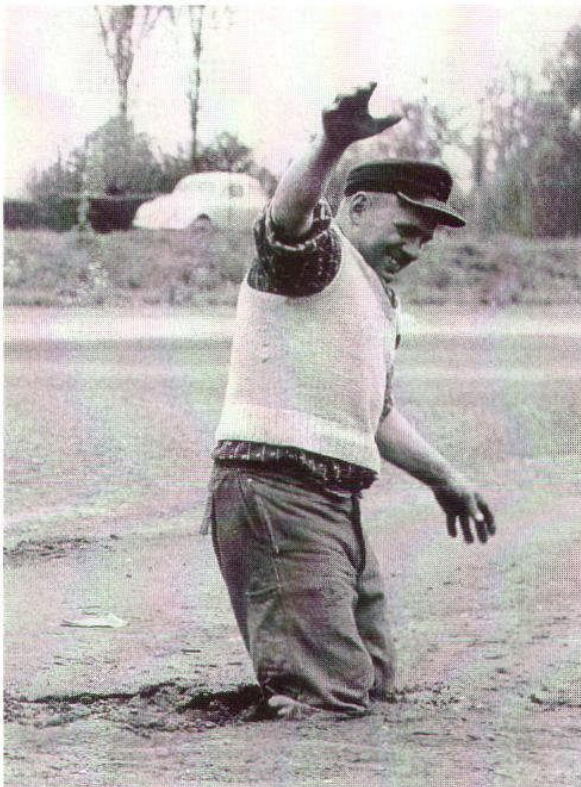
Die Arbeitsverhältnisse im Bremer Hafen aus industriesoziologischer Sicht untersuchten Michael Abendroth, Niels Beckenbach, Siegfried Braun und Rainer Dombois in *Hafenarbeit*, Frankfurt a.M. 1979. Informationen zum Wandel in den Hafenberufen lieferten die Hafenschule (Hafenbetriebsverein im Lande Bremen) und Kollegen der früheren BLG (heute BLG Logistics Group). Zur aktuellen Entwicklung in den Häfen bietet das BLG-Jubiläumsbuch *Zeitsprung 1877-2002*, bearbeitet von Hartmut Schwerdtfeger und Nils Aschenbeck, Delmenhorst 2002, einen guten Überblick.



Feierabend im Hafen, 1950er Jahre

Der Bau des Neustädter Hafens

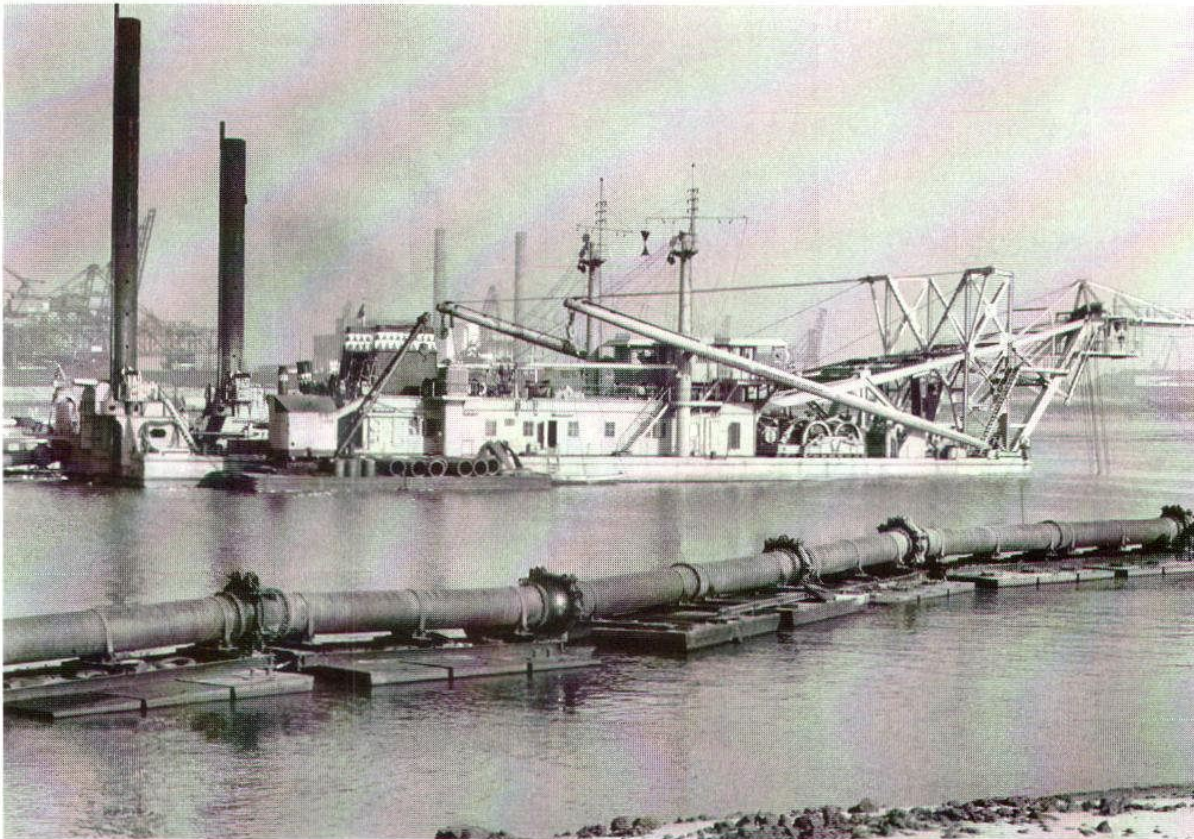
Feierlich und unter den Augen der versammelten Presse wurden an einem kalten und sonnigen Herbsttag im November 1960 die ersten Erdarbeiten ausgeführt. Dabei kam es zu einem Vorfall, von dem in den Zeitungsartikeln des folgenden Tages nichts zu lesen war, an den sich aber Jürgen Rutenberg und seine Pusdorfer Frau Marga sehr wohl erinnern. Nach Bürgermeister Kaisens und Senator Borttschellers schwungvollen Eröffnungsreden, in denen viel von Vollbeschäftigung und steigenden Wachstumsraten im Hafenumschlag zu hören war, begannen zwei Bulldozer mit dem Abtragen der ersten Grassoden. Dabei blieben sie einige Handbreit tief im weichen Boden stecken und kamen nicht wieder frei. Erst als die Presse abgezogen war, hieß es: „Holt bloß schnell die zwei da wieder raus!“ Einige Zuschauer deuteten den Zwischenfall als schlechtes Omen, und sie sollten nicht ganz unrecht behalten. Auch die zwei riesigen Saugbagger, die belgische „Fabiola“ und die niederländische „Wilhelmina“, hatten in den folgenden Jahren mit unvorhergesehenen Problemen zu kämpfen. Immer wieder sorgten große Steine für Beschädigungen an den teuren Maschinen, und nicht nur einmal blieb der Saugkopf so unglücklich hängen, dass sich das schwimmende Oberteil des Fahrzeugs „auf die Hinterbeine stellte“.



Spülfeld auf dem Lankenauer Groden, 1963



Drucksondierung, 1961



Der belgische Schneidkopfsaugbagger „Reina Fabiola“ beim Ausbaggern der neuen Hafeneinfahrt bei Seehausen, 1962

Am 2. Mai 1962 ramnten die Arbeiter die ersten Bohlen für die Spundwand des „Beckens II“ an der Westseite in den Boden. Die numerische Bezeichnung ist irreführend, das Becken war und blieb das einzige auf der linken Weserseite. Im Januar des folgenden Jahres begannen die Erdverschiebungen auf dem Gelände zwischen Lanke-
nauer Deich und Weser, dem sogenannten „Obersten Groden“. Riesige Spülfelder wurden angelegt und wuchsen in die ländliche Kulturlandschaft. Wenige Wochen später unterbrach die Sturmflut vom 16. und 17. Februar 1962 die Arbeiten. Mehr als dreihundert Menschen kamen damals in Norddeutschland ums Leben, drei von ihnen ertranken in Bereich des Lanke-
nauer Grodens und der Parzellen südwestlich im Niedervieland. Dort standen stadteinwärts und bis kurz vor Huchting riesige Flächen unter Wasser. Zwischen Weser und Ochtum stieg die eisige Flut in vielen Häusern bis über einen Meter hoch. Erst im Sommer darauf war in dem betroffenen Gebiet so weit „klar Schiff“ gemacht, dass die Bauarbeiten in vollem Umfang weitergehen konnten. Zu einem neuerlichen kurzen Bau-
stopp, dieses Mal aus durchaus erfreulichen Gründen, kam es am Vormittag des 9. Oktobers 1962. Nur wenige hundert Meter Luftlinie vom ehemaligen Lanke-
nau entfernt, tauchten vor den Augen der überraschten Baggerführer Wrackreste aus dem Wasser auf. Es waren die schwarzen Spanten und Plankengänge eines eichenen Bootskörpers, was für den damaligen Wasserbau-Ingenieur des Bremer Hafenamtes Hans-Werner Jürgen-
sen nicht auf Anhieb zu erkennen war. Trotzdem gab er Anweisung, die Ausbaggerun-



Fund der „Bremer Kogge“ am 9. Oktober 1962

gen zum Wendebecken vor dem Europahafen einzustellen, und seiner weisen Entscheidung ist der sensationelle Fund der „Bremer Kogge“ zu verdanken. Auf das Jahr 1380 datierten die Schiffs- und Unterwasserarchäologen später den Rablinghauser Fund, der Erkenntnisse über mittelalterlichen Schiffsbau, die Handelswege und Segel- und Navigationstechniken jener Zeit preisgab.

Der Ausbau des Neustädter Hafens ging indessen ungehindert voran, obwohl die Zeichen der Zeit ein neuerliches Überdenken der Pläne ratsam gemacht hätten. Im November 1962 entließ man in Bremen dreihundert Hafearbeiter; der Umschlagsboom der drei Vorjahre hatte sich merklich abgekühlt. Doch die „Räder der Politik mahlen langsam“, und im April 1965 bewilligte die Bremische Bürgerschaft weitere 8 Millionen DM für die nächste Ausbaustufe der Häfen am linken Weserufer. Im „Neustädter Hafen“, wie er seit dem 17. August des selben Jahres offiziell hieß, sollte konventionelles Stückgut, wie Holz und Holzprodukte, Stahl und Futtermittel umgeschlagen werden. Dafür bot er die modernsten technischen Voraussetzungen: rampenlose, eingeschossige Schuppen mit einer Lagerkapazität von 120 000 m² und große Stellflächen im Freien. Doch im Transportwesen kündigte sich eine Revolution an, die Stückgutverladung sollte in den folgenden Jahrzehnten auf einstellige Prozentzahlen schrumpfen. Mittlerweile, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, avancierte Bremen zum deutschen Zielhafen für Vollcontainerschiffe aus den USA. Im Mai 1966 lief der Sea-Land-Frachter „m/v Fairland“ mit einer „Blechkastenladung“ den Überseehafen an. Der erste Container fiel



Ausbau des Neustädter Hafens, 1960



Baustraße in Lankau, ab 1960

beim Löschen vom Kran, und die Gerüchte besagen, dass die Hafentarbeiter auf diese Weise gegen die Neuerung im Warentransport protestierten. Sie waren von ihren amerikanischen Kollegen gewarnt und ahnten, dass Rationalisierungsmaßnahmen und der Verlust ihrer Arbeitsplätze die Container begleiten würden.

Am 2. September 1966 begann der Umschlag im Neustädter Hafen an der noch nicht ganz fertiggestellten Kaje vor dem Schuppen 24. Nach Abschluss der Bauarbeiten bot sie auf einer Länge von 1,5 km Platz für drei Schienenstränge der Bahn, eine 4,5 Meter breite Fahrstraße für LKWs und 13 m tiefe Stell- und Arbeitsflächen. Mehrere Vollportalkräne für den schiffseitigen Lade- und Löschbetrieb komplettierten die technische Ausrüstung, die zu diesem Zeitpunkt noch ganz auf den Stückgutumschlag ausgerichtet war. Doch schnell wurde nachgeholfen, denn die Häfen auf der rechten Weserseite hatten im Containerumschlag längst ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Am 1. Oktober feierte man im Neustädter Hafen die Inbetriebnahme des neuen Container-Umschlagplatzes. Die erste Paceco-Containerbrücke mit 35 Tonnen Tragfähigkeit kostete über eine Million Dollar, eine enorme Investition in der damaligen Zeit. Die Betreiber blickten stolz auf ihr technisches Wunderwerk, für die Rablinghauser blieb es „das schwarze Ungeheuer“. Ab Januar 1967 steuerten die Container Marines Lines aus New York die Hansestadt regelmäßig an: Bremen war der einzige europäische Hafen auf den gleich mehrere Container-Liniendienste zurückgriffen. Die Zuwachsraten stiegen und machten den Bau eines Packing-Centers und eines Terminals notwendig.

Auch nachdem der Neustädter Vorhafen, der Hafenkanal und das Wendebassin Neustadt fertiggestellt waren, gingen die Baumaßnahmen weiter. In den 1970er Jahren entstanden an der Ostseite des „Beckens II“ Kajen mit direktem Gleisanschluss, Kränen und Containerverladebrücken. Das Konzept des kombinierten Stückgut- und Containerumschlags mit vier Liegeplätzen behielt man bei. 1977/78 war der Bau der Hafenanlagen auf der linken Weserseite weitgehend abgeschlossen. Die Kosten beliefen sich auf über 300 Millionen DM. Mit der Inbetriebnahme der kompletten Ostseite, die 1991 noch einmal verlängert wurde, und der westlichen Ro/Ro-Anlage wurde das Becken zu einem der modernsten und größten Universalhäfen Deutschlands.

Von weiteren Ausbauplänen – ursprünglich waren vier Hafenbecken geplant – hatten die Politiker inzwischen Abstand genommen. Der Plan von 1975 sah noch ein zweites Becken vor, doch die internationale Entwicklung machte ein weiteres überflüssig. Die Schiffsgößen wuchsen kontinuierlich, der Container als Transportmittel hatte sich längst durchgesetzt, der Anreiseweg nach Bremen schien den Reedern nun doch zu weit. Es mutet wie eine Ironie des Schicksals an, dass der Neustädter Hafen, gerade fertiggestellt und einer der modernsten Europas, im gleichen Moment nicht mehr den Anforderungen genüge. Seit Beginn der 1970er Jahre lautete das langfristige Ziel „stetiger Ausbau des Containerumschlags“ – und zwar in Bremerhaven. Es ist erreicht – 99 % der Container gehen in der Seestadt über die Kajen. Im Neustädter Hafen ließ sich die rückläufige Entwicklung mit bloßem Auge verfolgen. Liefen bis zu Beginn der 1990er Jahre jährlich noch etwa 1.200 Schiffe ein, so sank die Zahl gegen Ende der Dekade auf



Das Schiff MS „Riederstein“ im Neustädter Hafen, 1966



Der Neustädter Hafen nach Fertigstellung der Westkaje, um 1967

knappe 700. 2002 hat der Neustädter Hafen seine ursprüngliche Bestimmung als Stückgutumschlagsplatz wieder übernommen. Dank der Spezialisierung auf Ladung, die wegen ihrer Größe nicht in den genormten Containern Platz findet, verzeichnet der Hafen auf der linken Weserseite seit 2001 wieder steigende Umschlags- und Umsatzzahlen.

Wolf Silaff

Die Zusammenfassung der Baugeschichte basiert neben zahlreichen Presseberichten auf den beiden Veröffentlichungen von Karl Löbe, *Seeschifffahrt in Bremen – Das Schiff gestaltete Hafen und Stadt*, Bremen 1989, und *Seehafen Bremen – 100 entscheidende Jahre*, Bremen 1977. Die Informationen zum Koggefund sind nachzulesen in der Schriftenreihe des Deutschen Schifffahrtsmuseums Bremerhaven. Bergungsdetails sind beschrieben in *Die Bremer Hansekogge*, hrsg. von Rosemarie Pohl-Weber und Siegfried Fliedner, Bremen 1969 und bei Klaus-Peter Kiedel und Uwe Schnall (Hrsg.), *Die Hanse-Kogge von 1380*, Bremerhaven 1989. Die Zahlenangaben sind in verschiedenen Jahrgängen der Hafenstrukturpläne des Hafensenators genannt. Die Hafenentwicklung in Bremen beschreiben Arne Andersen, u.a. in *Die Häfen in Bremen – Kurs Zukunft*, hrsg. vom Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und der BLG, Bremen 1988. Zur Revolution im Transportwesen ist die Publikation von Christoph Barth und Rüdiger Staats (BremerPORTS), *Containerwelt – Bremerhaven, Drehscheibe des internationalen Seeverkehrs*, Bremerhaven 2001, und Hans-Jürgen Witthöft, *Container – Eine Krise macht Revolution*, Hamburg 2000, lesenswert.

Wirtschaftsnotwendigkeiten contra Landschaftsschönheit

Kein stadtbremisches Gebiet hat in den vergangenen vierzig Jahren sein Gesicht so verändert wie das Niedervieland. In den 1950er Jahren sah es aus, wie sich Naturfreunde ein Schutzgebiet vorstellen: Durchzogen von Fleeten und Sielen bot es Lebensraum für Kiebitze, Brachvögel, Uferschwalben, Störche, Reiher oder Bekassinen, die von den Bewohnern „Himmelsziegen“ genannt wurden. Das Leben in den Dörfern Lankenau, Seehausen, Strom und Hasenbüren war bäuerlich geprägt. Der Blick vom Deich ging landeinwärts über kilometerlange Felder, die sich mit der Jahreszeit wandelten. Die Strände an der Weser luden zum Baden, für das leibliche Wohl war in den zahlreichen Gaststätten gesorgt. Die Veränderung begann mit dem Bau des Neustädter Hafens. Er leitete eine Entwicklung ein, durch die in den folgenden Jahrzehnten ein ehemals nur landwirtschaftlich genutztes Areal Gewerbegebiet wurde. Zeitgleich mit dem Hafenbau entstand 1962-1966 die Kläranlage der Stadt Bremen in Seehausen. Etwa dreihundert Menschen aus Lankenau und Seehausen mussten Anfang der 1960er Jahre umziehen.



Am Reedeich im Niedervieland, 1932



Das Güterverkehrszentrum, 1992

Die Bewohner der Stadtteile Woltmershausen und Rablinghausen verloren ein Naherholungsgebiet direkt vor der Haustür. Als „getrennte eigene Welt“ liegt der Hafen mitten im Wohngebiet, eingezäunt, und durch den Lärm stets gegenwärtig. Er durchschneidet die alten Verkehrswege in die ehemaligen Nachbardörfer Hasenbüren, Seehausen und Strom. Als besondere Belastung wird der jährlich zunehmende LKW-Verkehr auf den Zubringerwegen empfunden. Seit 1982 haben sich in Hafennähe Speditionen und Logistikunternehmen angesiedelt, später kam produzierendes Gewerbe dazu. 110 Unternehmen sind es seit 2002; das damit verbundene Verkehrsproblem soll durch die beschlossene Autobahnverbindung A 281 mit zwei Abfahrten in das Gewerbegebiet und in den Neustädter Hafen gelöst werden.

Anfang der 1960er Jahre gab es in der Bremer Bevölkerung noch keinen Dissens über den Hafenausbau auf der linken Weserseite. Selbst die Lankenauer hätten den Plan wohl gut geheißt, wenn sie nicht selbst existenziell betroffen gewesen wären. Viele von ihnen verdienten ihren Lebensunterhalt im Hafen, und zu schlagkräftig waren in der Ära des Wirtschaftswunders die Argumente von der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die Dr. Konrad Gisevius, Referatsleiter Marketing beim Senator für Wirtschaft und Häfen, als Vertreter dieser Position erklärt:

„Der Entschluss, in den 1960er Jahren moderne und leistungsfähige Hafenanlagen am linken Weserufer zu bauen, war unumgänglich. Stunden-, sogar tagelang, warteten die Schiffe damals auf einen freien Platz in den Bremischen Häfen. Die Reeder hätten sich

dies auf Dauer nicht gefallen lassen, zumal Hamburg und das Weser abwärts gelegene Brake schon in den Startlöchern standen, um aus den Kapazitätsengpässen in Bremen Profit zu schlagen. Der neue Stückguthafen galt als der modernste seiner Zeit und erfüllte alle Anforderungen für einen schnellen Umschlag. Breite Kajen und ein ebenerdiger Zugang zu den Schuppen trugen dem Einsatz von Gabelstaplern Rechnung. Im 'alten' Übersee- oder im Europahafen führten Rampen zu den Lagerhallen, sie waren noch für das Löschen der Ladung mit Sackkarren konzipiert und hatten die Höhe von Waggonböden. Das tiefere und breitere Hafenbecken erlaubte größeren Schiffen bis in die stadtbremischen Häfen einzulaufen. Der Tonnenkilometer für Fracht ist bis heute auf dem Landweg teurer als über eine Wasserstraße, und für den Weg von New York quer durch den gesamten Atlantik müssen annähernd die gleichen Kosten veranschlagt werden, wie von Bremerhaven nach München. Immer schon strebten die Reeder danach, möglichst landesinnere Häfen anzulaufen, auch das ein Grund, der für den Bau des Neustädter Hafens sprach. Dies lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: Als die BLG und der Hafensenator ein vollständiges Fahrtgebiet, nämlich das nach Indonesien, an die Seestadt verlegen wollten, weigerten sich die Reeder. Erst als aus Steuermitteln die Mehrkosten der Frachtbeförderung per LKW und Bahn übernommen wurden, erzielte man eine Einigung.

Die wichtige Rolle, die der Neustädter Hafen schon bald übernehmen sollte, konnte in der Planungsphase niemand absehen. 1966 erreichte das erste Schiff mit Containern die Hansestadt. Die neue Transporttechnik kam aus den USA, und keiner wusste, ob sie sich durchsetzen oder als teure technische Spielerei entpuppen würde. Während in Hamburg die Skeptiker die Oberhand behielten, hatten in Bremen die entscheidenden Männer, Hafensenator Borttscheller und BLG-Chef Beier den 'richtigen Riecher'. Natürlich revidierten die Politiker an der Elbe ihre Fehleinschätzung hinsichtlich des Containers schnell, doch bis in das Jahr 1976 blieben die Häfen in Bremen und Bremerhaven führend bei der Abfertigung dieser Ladung.

Heute gehen 99 % der umgeschlagenen Container der gesamtbremischen Häfen über die Kajen der Seestadt. Warum man bei diesen Zahlen nicht von Anfang an auf Bremerhaven setzte, ist leicht zu beantworten: Die Entwicklung in der Schifffahrt war nicht abzusehen. Damals waren die Containerfrachter klein genug, um in die stadtbremische Häfen einzulaufen. Die Stunde der Seestadt schlug, als die größeren Schiffe wegen des Tiefgangs die Hansestadt nicht mehr erreichen konnten. Der Neustädter Hafen wurde als moderner Stückguthafen konzipiert, und genau diese Rolle hat er aktuell wieder übernommen. Beim Umschlag von nicht containerisierten Frachtgut hat die Hansestadt heute 'die Nase vorn'. 2001 wurden 6,3 Millionen Tonnen in den Bremischen Häfen bewegt, fast doppelt so viel wie beim großen Konkurrenten Hamburg. 2,3 Millionen Tonnen davon wanderten durch den Neustädter Hafen. Er ist unverzichtbar, gerade für Spezialgüter wie Stahl, Eisen, Holz oder andere Waldprodukte, die wegen ihrer Ausmaße oder aus anderen Gründen nicht in Containern zu transportieren sind. Die Konzentration auf dieses Marktsegment bedingt die gute Auslastung, seit 2001 steigen die

Umschlagszahlen. Etwa ein Viertel aller Arbeitsplätze in Bremen ist direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Auch deshalb hat sich die Investition in den Neustädter Hafen gelohnt, und er wird auch in Zukunft gebraucht.“

Aus wirtschaftlicher Sicht hat sich der Bau des Neustädter Hafens also gelohnt. Den Preis, den die Lankenauer und andere Niedervieländer dafür zu bezahlen hatten, wird auch heute nicht genannt, wenn sich auch seit den 1980er Jahren der Wind gedreht hatte – die „Grünen“ saßen mittlerweile im Bundestag – und die Bremer Politiker sich mit den Vorwürfen der Naturschützer über die „Totalzerstörung des Niedervielandes“ auseinandersetzen mussten. Obwohl am 20. Januar 1987 noch offiziell in einer Mitteilung des Senat zu lesen war, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit in der Stadt und der Region zwingt, „jede vertretbare Anstrengung zu machen, in Bremen Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neu zu schaffen“, galt es bereits „verkehrliche und wirtschaftliche Aspekte“ gegen den „Schutz der Wohn- und Landschaftsgebiete“ abzuwägen. Der neue Flächennutzungsplan, der die Ansiedlung von Logistikunternehmen und Speditionen im Niedervieland möglich machte, führte zu Kontroversen. Die Errichtung des 1985 eingeweihten Güterverkehrszentrum GVZ war von Protesten der Landschaftsschützer begleitet, die ein „Rettet das Niedervieland“ auf ihre Fahnen geschrieben hatten, und was viele Jahrhunderte dem Gebiet zum Nachteil gereichte, wurde in den 1980er Jahren zu einem



Proteste bei der Einweihung des Weseruferparks, 1973

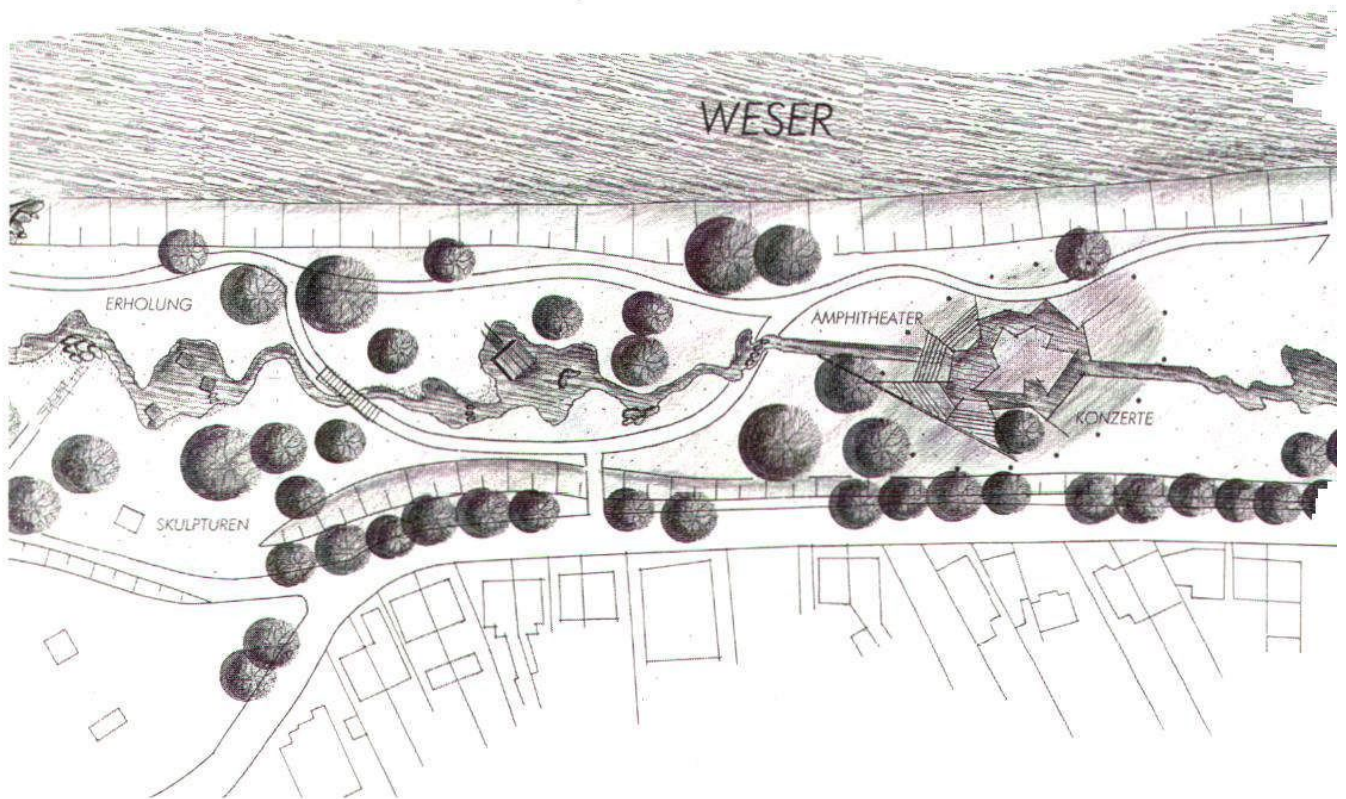


Der 1973 entstandene Rablinghauser Weseruferpark

Argument gegen die Ansiedlung weiterer Industrie- und Gewerbebetriebe. Die landwirtschaftlich nur eingeschränkt zu nutzenden sumpfigen Wiesen avancierten zu ökologisch wertvollen Feuchtgebieten. Der heftige Streit zwischen Hafenplanern und Naturschützern endete 1985 mit einem Kompromiss: In einem Vergleich zwischen der Stadtgemeinde und dem Gesamtverband Natur- und Umweltschutz Unterweser (GNUU) wies man ein 110 Hektar großes Areal im südwestlichen Niedervieland als Schutzgebiet aus, ergänzt von weiteren 15 Hektar Feuchtflächen für die Umsiedlung von Flora und Fauna. Der Bau zusätzlicher Hafenbecken hatte sich bereits erübrigt, der Hochwasserschutzpolder zwischen GVZ und Hafen – nach den ursprünglichen Plänen sollte hier das „Becken III“ entstehen – ist heute ein Rast- und Ruhegebiet für Zugvögel. Für die Lanke- nauer allerdings kamen alle Proteste zu spät, sie standen bei dem Kampf um ihre Heimat noch allein auf weiter Flur.

Die den Bewohnern der angrenzenden Stadtteile Woltmershausen und Rablinghausen zugesagten Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust des Naherholungsgebietes sind bis heute nur zum Teil eingelöst. Weder ein Schwimmbad für Pusdorf noch ein neuer Campingplatz am Fluss ist gebaut worden. Der Weseruferpark allerdings nahm Gestalt an. Im September 1973 weihte Hans Koschnick feierlich die zweitgrößte zusammenhängende Grünfläche in Bremen ein. Direkt an der Weser sollte die Anlage eine Erholungsstätte für Jung und Alt werden: Man pflanzte vierhundert Bäume, stellte sechzig Bänke auf und legte fast vier Kilometer Wanderwege an. Doch die Pusdorfer wollten das aus Steuermitteln finanzierte Geschenk nicht haben. Bei der Einweihung kam es zu

lautstarken Protesten: „Lankenau habt ihr geklaut! Wann wird das Schwimmbad gebaut?“ skandierten die Anwohner unzufrieden. Eine im Weseruferpark aufgestellte Monumentalplastik des Hannoveraner Bildhauers Hans-Jürgen Breuste zog den gesammelten Unmut auf sich. Wenig schmeichelhaft waren die Namen, die nach einem Zeitungsaufwurf für das Werk vorgeschlagen wurden. Das „Breuster Monstrum“, die „Bremer Schrottkiste“ oder den „Karzer von Lankenau“ nannten die Pusdorfer die vom Senat geförderte Kunst im öffentlichen Raum. Bis heute können die Anwohner dem Weseruferpark so recht nichts abgewinnen; als Naherholungsgebiet ist er nur begrenzt akzeptiert, die meisten Stadtbremer kennen ihn nicht. Dem Park fehlt der direkte Zugang zum Wasser, die Ufer sind mit Grobschotter befestigt, Ebbe und Flut können nicht erlebt werden. Seit 2001 gibt es Vorschläge, einen Teil des Weserufers in Woltmershausen zu renaturieren. Beim „Spiel- und Wassergarten Pusdorf“ greifen die Planer auf Ideen zurück, die bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts die Menschen in Scharen an den Weserstrand zogen: Ein Café mit eigenem Anleger für regelmäßig verkehrende Wasser-taxis, einen Strandbereich – immerhin hat das Weserwasser wieder Badequalität –, Spiel-

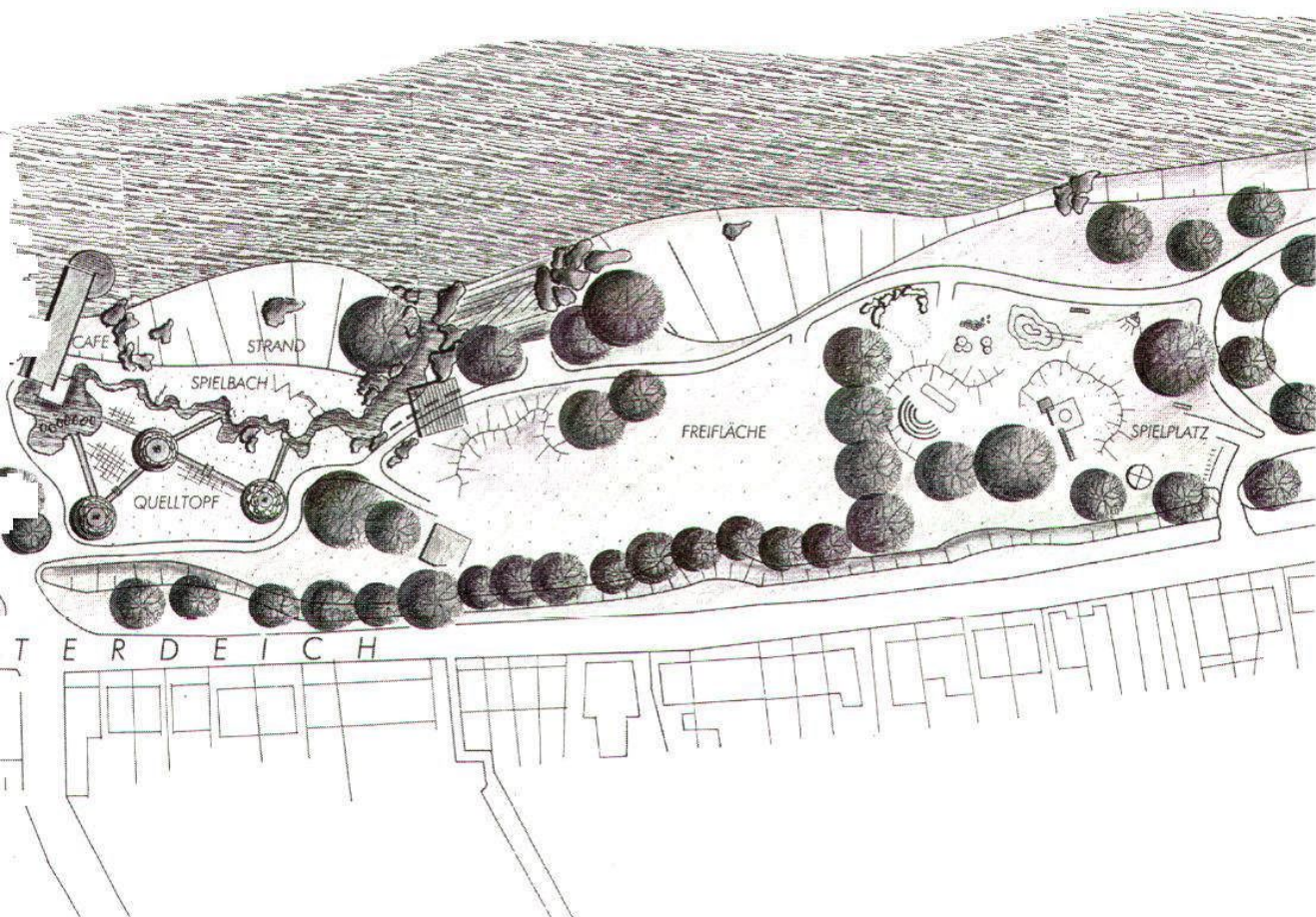


Ideen zum Spiel- und Wassergarten Pusdorf, Entwurf vom Plan+Bau Förderwerk, 2001

plätze für Kinder und Raum für Kunst und Kultur. Die Finanzierung des „Spiel- und Wassergarten“ ist noch nicht gesichert, doch hier würde sich die Gelegenheit bieten, dem Stadtteil einen Teil jener Lebensqualität zurückzugeben, die er in den 1960er Jahren verlor. Von den alten Pusdorfern werden die Vorschläge übrigens recht lakonisch kommentiert: „Hatten wir früher auch alles in Lankenu!“

Wolf Silaff, Veronika Zill

Die Presseberichte zum Rablinghauser Uferpark finden sich im Staatsarchiv Bremen unter den Signaturen 9 S 0-677, 9 S 0 3846 und 9 S 0 4117. Das Projekt „Spiel- und Wassergarten Pusdorf“ wurde in einer Kooperation vom „Kulturhaus Pusdorf“ und dem „Förderwerk Plan und Bau“ erarbeitet. Über die Auseinandersetzungen zwischen Hafenplanern und Umweltschützern berichtete die Presse in Bremen in zahlreichen Ausgaben. Informationen zu diesem Thema erhielten wir auch vom BUND und damals in Initiativen engagierten Bürgern.



Dank

Ohne die Mitarbeit zahlreicher Zeitzeugen wäre dieses Buch nicht entstanden. Unser Dank geht an Adeline Ahlbrecht, Marie Behling, Günter Brauer, Walter Brauer, Friederike Butkus, Annemarie Cording, Joachim Fischer, Hanna Freytag, Hajo Gloystein, Hinrich Haake, Hermann Haake, Ernst Hartmann (†), Otto Hühnerbein, Bernhard Knust, Dr. Kurt-Arno Kruse, Wiltrud Meineke, Bernhard Meyer, Ursula Möse, Marga Pokall, Dora Rose, Georg Rose, Hermann Rose, Jürgen und Marga Rutenberg und Renate Rust.

Für die freundliche Unterstützung danken wir darüber hinaus den Kirchengemeinden Seehausen und Rablinghausen, den MitarbeiterInnen des Staatsarchivs Bremen, der Landesbildstelle und des Focke-Museums, Herrn Schill und Rüdiger Staats von Bremen-PORTS, Dr. Konrad Gisevius, Referatsleiter Marketing beim Senator für Wirtschaft und Häfen, Hartmut Schwerdtfeger von der BLG (Bremen Logistic Group), Herrn Kirchhoff von der AWO Bremen, der Freizeitgemeinschaft Arsten, Herrn Bögemann, Hermann Brandt, Horst Eggers von Bremen Bootsbau Vegesack und Bodo Meyer.

Personenregister

- Adalbert (Erzbischof) 11
Ahlbrecht, Adeline 99, 103
Aumund, Johann 38
Behling, Marie 71, 101
Beier (BLG-Chef) 121
Bertram, Richard 93
Borttscheller, Georg 11, 55, 85 ff., 89, 112, 120
Breuste, Hans-Jürgen 124
Butkus, Friederike 63, 65
Buttelmann, Friedrich 101
Brandt, Johann 95
Brauer, Christian Friedrich 43, 107
Brauer, Günter 44
Brauer, Walter 44, 57
Cording, Annemarie 54
Elisabeth von Oldenburg 13
Engels, Friedrich 48
Franzius, Ludwig 34
Gisevius, Konrad 120
Haake, Georg 60
Haake, Hinrich 60
Haase, Diedrich 50
Halenbeck, L. 73
Harmsen (Bürgermeister) 29
Holler, Melchior 47, 72 f.
Hüneke (Gemeindevorsteher) 40 f., 43
Jenner, Anneliese 79
Jürgensen, Hans-Werner 113
Kaisen, Wilhelm 93, 112
Karl V. 17
Klatte, Hermann Hinrich 35
Klatte, Hinrich 22, 39
Klatte, Tönjes 66
Knust, Bernhard 66
Kohlmann (Regierungsdirektor) 88
Koschnick, Hans 7, 123
Krause, Bernd 76
Kruse, Kurt-Arno 103
Kruse, Hermann 35
Lampe, Martha 90
Lange, Lür 24 ff., 28
Lehde (Familie) 54
Lutz, Ralph 82
Meentzen, Gerhard 33
Meineke, Wiltrud 63 f., 75
Meinertzhagen, Isaak von 24, 47
Mester (Bauunternehmer) 58
Mester, Hermann 94 f.
Meyer, Ahlert 24
Meyer, Christoffer 38
Miltenberg (Aufseher) 33
Möse, Ursula 47
Noltenius (Familie) 46 f.
Noltenius, Friedrich 47
Peltier, Martin 30, 34
Petersen, Albert 39 ff., 98 ff.
Petersen (Familie) 58, 100, 102
Pieper, Diedrich 22
Pieper (Familie) 47
Pieper, Harm 72 ff.
Reiners, August 43
Renner, Johann 17
Richard von Motsele 14
Rose, Dora 45 f., 99
Rose, Georg 46, 59, 103
Rose, Hans-Lür 99
Rose, Hermann 46, 59, 103
Rose, Johann 41 f., 44 f., 99
Rose, Lür 26
Rutenberg, Bernhard 12, 23, 97
Rutenberg, Jürgen 22, 23
Rutenberg, Jürgen 80, 112

Rutenberg, Marga 112
Schnitker, Walter 56
Schöne (Frau) 47
Storck, Adam 48
Tillmann (Ingenieur) 82
Vagt, Johann Henrich 26
Valckenborg, Johann von 17

Voß, Auguste Thea 101
Voß, Johann 44
Wähmann, Käthe 76
Wähmann, Metta 72, 74 ff., 97
Wähmann, Wilhelm 52 f., 72, 75, 76
Wolff, Harry 82, 91
Wrangel, Carl Gustav 18

Bildnachweis

- Adeline Ahlbrecht S. 15, 23, 29, 32, 37, 40, 51, 98, 100
Arbeiterwohlfahrt Bremen S. 61, 62 (unten), 63
Marie Behling S. 70
Friederike Butkus S. 64, 65
Annemarie Cording S. 52, 53 (rechts)
Georg Heil, Kalletal, S. 31
Bernhard Knust S. 43, 59 (unten)
BremenPORTS S. 13, 84, 96 (oben), 110, 112 (links, rechts), 115 (unten)
BLG S. 85, 111, 120
Bernhard Meyer S. 49 (unten), 70 (Mitte, unten)
Familie Rose S. 14 (oben), 20, 42, 45 (oben, unten), 60, 86, 99,
Familie Franzius S. 34
Focke-Museum S. 30, 48 (rechts),
Hanna Freitag S. 49 (oben)
„Hauptmann Ulrich“-Album S. 59 (oben)
Freizeitgemeinschaft Arsten S. 55, 56, 96
Kirchengemeinde Seehausen S. 44
Kurt-Arno Kruse S. 101, 106
Landesbildstelle Bremen S. 28, 46
Ursula Möse S. 47, 103,
Sammlung Brandt S. 123
Sammlung Eggers S. 109
Staatsarchiv Bremen S. 10, 11, 14 (unten), 18, 19, 35, 38, 49 (Mitte), 58, 88, 89, 93, 104, 107, 113
Stadtteilarchiv Kulturhaus Pusdorf S. 8, 9, 12, 16 (oben, unten), 21, 22, 24, 25, 26, 27, 33, 39, 36, 41, 48 (links), 53 (links), 57, 62 (oben), 67 (oben, unten), 68 (oben, unten, Mitte), 69, 72, 73, 74, 75, 77, 78 (oben, Mitte, unten), 80, 81, 83, 87, 90, 92, 94, 95, 102, 108, 114, 115 (oben), 119, 122, 124, 125

Lankenau ist nicht nur ein verschwundenes, sondern auch ein nahezu vergessenes Dorf. Lediglich die Gaststätte „Lankenauer Höft“, wo „Mudder Wähmann“ viele Jahrzehnte lang ihre Gäste bediente, ist noch ein Begriff. Zahlreiche Zeitzeugen haben mitgeholfen, Lankenau wieder und neu zu entdecken. Viele Abbildungen veranschaulichen die mehr als 800 Jahre andauernde Geschichte des Ortes und einstigen Stadtteils von Bremen. Lebendig erzählt, mit viel Engagement und Freude zusammengestellt, ist ein Buch entstanden, das im besten Sinne des Wortes Stadtteil-Geschichte machen wird.

ISBN 3-934836-59-3

